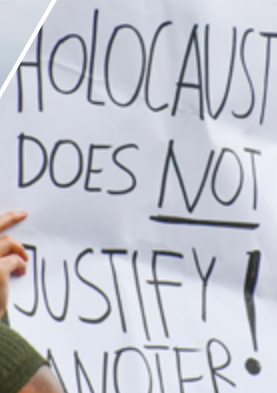


Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung

Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern



RIAS Bayern
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern



Impressum

Herausgeber:innen

Verein für Aufklärung und Demokratie e. V. und dessen Projekt Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), Postfach 33 08 42, 80068 München, Telefon 089 1 222 340 60, info@rias-bayern.de München, 1. Auflage 2022

Diese Broschüre kann auf rias-bayern.de heruntergeladen und außerdem als Printexemplar bestellt werden. Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Wenn Sie die Veröffentlichung per Post zugeschickt bekommen möchten, bitten wir Sie um Erstattung der Portokosten.

V.i.S.d.P.

ist Dr. Annette Seidel-Arpaci, VAD – Verein für Aufklärung und Demokratie e.V., Schellingstr. 109a, 80798 München

Konzept und Redaktion

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern): Felix Balandat, Eva Gruberová, Nikolai Schreiter, Annette Seidel-Arpaci. Namentlich gekennzeichnete Texte müssen nicht unbedingt die Position von RIAS Bayern widerspiegeln.

Lektorat

Marlene Gallner

Druck

Senser Druck, Augsburg

Bildnachweis

Sofern nicht anders vermerkt, verbleiben die Bildrechte bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) bzw. bei den uns bekannten Fotograf:innen.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2022 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber:innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber:innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an RIAS Bayern geschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in dieser Veröffentlichung wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung

Post-Schoah-Antisemitismus
in Bayern

04 **Einleitung**

08 **„Du warst doch in Kaunas!“ – Vorwort von Abba Naor**

16 **Was war die Schoah?**

- 21 Was bedeutet Erinnerung an die Schoah?
- 22 Warum ist die Abwehr der Erinnerung an die Schoah antisemitisch?

26 **Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern**

- 29 „Impfen macht frei“
– Post-Schoah-Antisemitismus und Corona
- 32 „Stop doing what Hitler did to you“
– Post-Schoah-Antisemitismus und Israel
- 36 „Reißt die Holocaust-Denkmäler ab!“
– Post-Schoah-Antisemitismus und (Massen-)Zuschriften
- 38 „Was erzählt Ihr für Lügen?“
– Antisemitische Vorfälle an Orten der Erinnerung

42 **Exkurs I: Von Pösing nach Palästina – Postkoloniale Angriffe auf die Erinnerung**

- 44 Unfreiwillige Übereinstimmungen
- 46 Erfundene Verbote und reine Lehren
- 47 Hohepriester der Erinnerung und Muslime als neue Juden
- 49 „Angeblicher Antisemitismus“
und jüdische „Besessenheit vom Holocaust“
- 52 Kassel: Eine deutsche Stadt sieht keinen Antisemitismus
- 57 Vom Hörsaal auf die Straße

64

Exkurs II: Der Krieg gegen die Ukraine und (mögliche) Auswirkungen auf die deutsche Erinnerung an die Schoah

70

Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945

- 71 Antisemitismus der Nachkriegsjahre:
Hitlers Dämonisierung und kollektive Amnesie
- 74 Frieden mit den Tätern, „Wiedergutmachung“ für die Opfer?
- 76 Antisemitische „Schmierwelle“ (1959/1960)
- 76 Der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatte
und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel
- 78 Israel als Projektionsfläche:
„Ehrbarer“ Antisemitismus der westdeutschen Linken ab 1967
- 80 Olympia-Attentat 1972 und das Versagen der deutschen Behörden
- 81 Ein erinnerungspolitisches Großereignis:
Die US-amerikanische TV-Serie „Holocaust“ (1979)
- 82 Weizsäckers Rede zum 8. Mai und die „Bitburg-Affäre“ (1985)
- 84 Deutscher „Historikerstreit“ (1986–1987)
- 86 Nach 1989/1990: Zweigeteilte Erinnerung im vereinten Europa
- 88 Die Wehrmachtausstellung (1995–1999)
- 90 Die Goldhagen-Debatte (1996)
- 92 „Moralkeule Auschwitz“:
Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche (1998)
- 94 Die Affäre Möllemann (2002)
- 94 Die Wiederkehr der Selbstviktimisierung

98

Exkurs III: Der Wandel der Erinnerungskultur am Beispiel des Umgangs mit dem ehem. KZ Dachau

- 108 Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Einleitung



Deutschland habe seine NS-Vergangenheit aufgearbeitet. Antisemitismus sei mehr oder weniger Geschichte. Er trete allenfalls am rechten Rand der Gesellschaft und/oder unter Islamist:innen auf, es sei an der Zeit, einen Schlussstrich unter die NS-Geschichte zu ziehen und sich aktuellen Problemen zu widmen.

Solche oder ähnliche Aussagen stehen für die weit verbreitete Meinung, dass Deutschlands Erinnerungskultur ein Erfolgsmodell sei. Doch die Realität zeigt ein anderes Bild: Da gibt es allen Umfragen zufolge eine breite Zustimmung zu Haltungen, die sich dem Post-Schoah-Antisemitismus, also dem Antisemitismus nach und wegen der Schoah, und israel-bezogenem Antisemitismus zurechnen lassen. Auch gemessen an den Alltagserfahrungen von Jüdinnen und Juden erweist sich das schöne Bild von der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit als trügerisch. Viele angehende Lehrkräfte verlassen ihre Universitäten, ohne ein einziges Lehrangebot zur Schoah erhalten zu haben.¹ Der öffentlichen und wissenschaftlichen Thematisierung der NS-Verbrechen steht das wirkmächtige private Familiengedächtnis gegenüber, in dem das vermeintliche oder tatsächliche Kriegsleid eigener Familienmitglieder im Vordergrund steht, der Massenmord an europäischen Jüdinnen und Juden aber kaum Platz hat.² Juden sowie dem Staat Israel wird vorgeworfen, Vorteile aus der Schoah ziehen zu wollen und dabei das schlechte Gewissen der Deutschen

auszunutzen. Auf Demonstrationen setzen Impfgegner:innen tatsächliche und vermeintliche Maßnahmen gegen die Coronapandemie mit der Situation der jüdischen Verfolgten während der NS-Zeit gleich. Die Behauptung einer deutsch-jüdischen „Aussöhnung“ nach Auschwitz wird durch einen immer größeren Sicherheitsaufwand konterkariert, der aufgrund der antisemitischen Bedrohung jüdischer Einrichtungen im Land der Schoah nötig ist.

Die mühsam erkämpfte, widersprüchliche und vor allem auf Druck von ehemals Verfolgten und Befreiern entstandene deutsche Erinnerungskultur erlebt heute Angriffe von verschiedenen Seiten: nicht nur aus rechtskonservativen und extrem rechten, sondern verstärkt auch aus sich progressiv dünkenden Kreisen. Die Protagonist:innen der neueren Debatten bestreiten, wie ehemals ihre Vorläufer:innen, die Präzedenzlosigkeit der Schoah, unterstellen ein Vergleichsverbot mit anderen Gewaltverbrechen und Genoziden, das nicht existiert, und sprechen von einer Fixierung auf den Massenmord an europäischen Jüdinnen

und Juden, die die Deutschen angeblich daran hindere, koloniale Genozide angemessen aufzuarbeiten. Sie blenden den Antisemitismus als Wesenskern des Nationalsozialismus aus, universalisieren die Schoah und machen es dadurch möglich, sie von der deutschen Geschichte endlich zu entkoppeln.

Solche Angriffe sind nicht neu. Viele der früheren Argumentationsmuster und für beendet geglaubten Debatten werden heute aktualisiert. Angesichts dessen lohnt es sich, einen Blick auf den deutschen bzw. bundesdeutschen Umgang mit der NS-Geschichte nach 1945 zu werfen.³ Der Wunsch nach Normalisierung zieht sich durch die gesamte westdeutsche Nachkriegsgeschichte. Die oft heftig geführten geschichts- und erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen, die vielen Versuche, deutsche NS-Verbrechen zu relativieren und die Geschichte umzuschreiben, zeigen, wie schwer sich Deutschland mit einem angemessenen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit tat und es teilweise immer noch tut. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der deutschen historischen Forschung war die Schoah lange Zeit kein Thema. Die Werke jüdischer Historiker:innen wurden ignoriert, galten als unwissenschaftlich und voreingenommen.

Die deutschsprachige Wissenschaft nahm sich des Themas Antisemitismus als Deutungsrahmen für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erst in den 1990er Jahren ernsthaft an. Eine

systematische juristische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen begann erst, nachdem die meisten Täter:innen und Profiteur:innen des Naziregimes entweder bereits tot oder sehr alt waren. Die sogenannten Entschädigungsleistungen kamen nur unter dem Druck von Sammelklagen gegen deutsche Firmen vor US-amerikanischen Gerichten und erst ab 1998 in Gang. Viele osteuropäische Schoah-Überlebende und jüdische wie nicht-jüdische Zwangsarbeiter:innen erlebten die Auszahlungen nicht mehr. Die Rückgabe der geraubten Kunstwerke aus jüdischem Besitz an ihre rechtmäßigen Besitzer:innen geht nur äußerst schleppend voran. Ein Restitutionsgesetz ist nicht in Sicht. Das angeblich wiedergutgewordene Deutschland schaffte es dennoch, seine „Vergangenheitsbewältigung“⁴ international als Vorbild feiern zu lassen. Von einer gelungenen, auf einer breiten Debatte fußenden Auseinandersetzung mit der Schoah, die auch jüdische Perspektiven einbezieht, kann trotz einiger positiver Entwicklungen während der letzten zwanzig Jahre jedoch nicht die Rede sein.

Während die Leugnung der Schoah unterdessen strafrechtlich verfolgt werden kann, fallen die Relativierungen und der mit anderen Begründungen vorgebrachte neuerliche Vorstoß für einen Schlussstrich auf einen ‚progressiven‘ Boden. Seit einigen Jahren hat der im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten in weiten Teilen der linken und liberalen Milieus und in den Geistes- und Sozialwissenschaften

durchgesetzte postkoloniale Konsens, der Israel als siedlerkolonialistisches Projekt und Apartheidsregime betrachtet, auch in Deutschland Fuß gefasst. Seit der Verurteilung der BDS (*Boycott, Divestment, Sanctions*)-Kampagne als tendenziell antisemitisch durch den Bundestag im Mai 2019 haben die Vorstöße aus dem kulturellen und akademischen Milieu gegen die Bekämpfung des Antisemitismus und gegen die Erinnerung an die Schoah stetig zugenommen.

Kulminiert ist diese Entwicklung vorerst in der *documenta 15* in Kassel, die zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Broschüre nach wie vor geöffnet ist. Mit der *documenta 15* hat sich auf einer der größten Ausstellungen für Gegenwartskunst ein altes antiimperialistisches, manichäisches Weltbild als tonangebend durchgesetzt, welches nun im angeblich antirassistischen, postkolonialen Gewand auftritt und antisemitisch grundiert ist, wie man überdeutlich an dem Bild *People's Justice* des indonesischen Künstlerkollektivs *Taring Padi* sehen konnte.

Auch unter dem Eindruck dieser aktuellen Debatten um die Erinnerung an die Schoah untersucht die vorliegende Broschüre anhand der von *RIAS Bayern* dokumentierten antisemitischen Vorfälle, wie sich Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern konkret äußert.

Zunächst schildert in einem Grußwort der Schoah-Überlebende Abba Naor, wie er Antisemitismus im Bayern der Nachkriegszeit erlebte und wie er die Situation heute einschätzt. Im Anschluss

werden die Fragen behandelt, was die Schoah war, was Erinnerung an sie bedeutet und warum die Abwehr der Erinnerung an die Schoah antisemitisch ist. Darauf folgt eine Analyse der von *RIAS Bayern* dokumentierten Vorfälle, die sich antisemitisch auf die Schoah beziehen. In Exkursen wird auf postkoloniale Angriffe auf die Erinnerung eingegangen und es werden mögliche Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf die Erinnerung an die Schoah erörtert. Schließlich bietet ein Kapitel eine historische Übersicht über Angriffe auf und Debatten um die Erinnerung an die Schoah seit 1945. Ein dritter Exkurs beleuchtet diese am Beispiel des ehemaligen KZ Dachau.

- 1 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/umgang-mit-nationalsozialismus-hochschulen-ignorieren-den-holocaust/13823598.html>
- 2 Vgl. Harald Welzer, Sabine Möller, Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“ – Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main 2005, S. 210.
- 3 Der Umgang mit der NS-Zeit in der DDR ist nicht das Thema dieser Analyse. Anders als die BRD verstand sich die DDR als „antifaschistischer Staat“ und damit als das „andere“, das „bessere Deutschland“. Demnach hatten deutsche Antifaschist:innen an der Seite der Sowjetunion die „Hitler-Diktatur“ besiegt. Der Nationalsozialismus wurde über die Kategorie „Faschismus“ universalisiert, der Antisemitismus ausgeblendet. Die Schoah hatte in der ostdeutschen Erinnerung keinen besonderen Platz, da der NS im Kontext des antifaschistischen Klassenkampfes gedeutet wurde. Erst 1988 zeigte sich das SED-Regime in seinem Streben nach internationaler Anerkennung bereit, jüdische Opfer zu entschädigen und damit historische Verantwortung zu übernehmen.
- 4 Der in den 1950er Jahren in der Tätergesellschaft aufgekommene Begriff wird heute zu Recht kritisiert, suggeriert er doch, dass man die unliebsame NS-Vergangenheit „bewältigen“ und sie somit „abschließen“ kann. Man kann sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen, sie analysieren, sie vergegenwärtigen oder im wissenschaftlichen Sinn aufarbeiten. Vor allem aber kann man millionenfachen Mord nie „wiedergutmachen“.

„Du warst doch in Kaunas!“

– Vorwort
von Abba Naor

Abba Naor

Bild: Niels P. Jørgensen



Abba Naor wurde am 21. März 1928 im litauischen Kaunas geboren. In der ersten Augustwoche 1941 wurden der damals 13-Jährige und seine Familie in das Ghetto getrieben, 1944 wurde er in das KZ Stutthof und von dort in die Dachauer Außenlager bei Landsberg am Lech verschleppt. Am 2. Mai 1945 befreiten US-Truppen den 17-Jährigen bei Waakirchen im oberbayerischen Landkreis Miesbach – von seiner ursprünglich fünfköpfigen Familie haben nur er und sein Vater überlebt. Abba Naor wurde Mitglied der zionistischen paramilitärischen Haganah, kämpfte 1948 im israelischen Unabhängigkeitskrieg und war Jahre später an der Rettung der äthiopischen Juden beteiligt. Seit bald 30 Jahren pendelt er zwischen Rehovot in Israel und München und klärt Schüler:innen in Bayern über die Shoah und den Nationalsozialismus auf. Seit 2017 wirkt er in der Nachfolge des verstorbenen Auschwitzüberlebenden Max Mannheimer als Vizepräsident des Comité International de Dachau (CID).

Die Philosophin Hannah Arendt hat es auf den Punkt gebracht: „Vor dem Antisemitismus ist man nur auf dem Monde sicher.“ Nun aber hat die UN-Generalversammlung in ihrem Teilungsbeschluss am 29. November 1947 dem jüdischen Volk nicht den Mond, sondern einen Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina als nationale Heimstatt zugesprochen, entsprechend den Plänen ihrer Vorgängervereinigung, des Völkerbundes, von 1922. Eretz Israel¹ war von alters her, seit der Antike, Heimat israelischer Völkerschaften. Nur wenige Stunden nach der Ausrufung der israelischen Unabhängigkeit, um Mitternacht am 14. Mai 1948, griffen die Armeen Transjordanien, des Irak, des Libanon, Ägyptens und Syriens Israel an. Ehemalige SS-Männer berieten die arabischen Truppen. Der Angriff war ein Völkerrechtsbruch, denn das

Existenzrecht Israels ist ein im Völkerrecht verankerter Anspruch, den alle 193 von den Vereinten Nationen als Völkerrechtssubjekte anerkannte Staaten haben. Das zur Klarstellung für all jene, die den jüdischen Staat im Nahen Osten gerne von der Landkarte verschwinden sähen. Darüber machte ich mir damals, in den Gefechten auf dem Weg nach Jerusalem oder in der Wüste Negev, natürlich keine Gedanken. Wir kämpften um unser Überleben. Ich, ein 20-jähriger litauischer Jude, der dem Massenmord an den europäischen Juden entkommen war, trug immer eine Patrone in der Hosentasche. Die Kommandeure hatten uns ermahnt, die letzte Patrone für uns selbst aufzubewahren.

Aber es ging und geht, darüber darf man sich nicht täuschen, nicht allein

um territoriale Konflikte. Die arabische Feindschaft gegen Israel, gegen uns, speist sich aus einem Judenhasse, der im Nahen Osten und anderen vornehmlich muslimischen Ländern bereits in Pogromen im 19. Jahrhundert und viel früher ausbrach, und durch Nazideutschland angeheizt worden ist. Insofern hat sie Recht, die kluge Hannah Arendt, nicht einmal im jüdischen Staat Israel sind wir vor Antisemitismus sicher – aber ohne ihn würde es keine Zufluchtsstätte, keinen Schutz für Jüdinnen und Juden geben, die verstreut in der Diaspora auf der ganzen Welt leben. Von seiner Gründung an ist Israel militärischen Angriffen ausgesetzt und muss sich bis zum heutigen Tag Raketenangriffen und Selbstmordattentaten erwehren, die von palästinensischen Terrorgruppen wie der Hamas oder der vom Iran unterstützten Hisbollah verübt werden. Sie haben nur ein Ziel: die Auslöschung des jüdischen Staates Israels. Wie jeder Krieg wird auch dieser nicht allein mit Waffen, sondern auch mit Worten und Gedanken ausgetragen – in Israel, Europa und in den USA. Unsere Feinde haben Verbündete auch in Deutschland, dem Land, aus dem die Shoah hervorging; das sind Gruppierungen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum, die als Erben der rassistisch-völkischen Naziideologie agieren – seit der Bundestagswahl 2017 sitzen einige davon mit der AfD im Parlament – und seit 1945 für eine ganze Reihe von Mordtaten verantwortlich sind; es sind hierzulande lebende Muslime, die bei Demonstrationen auf deutschen Straßen „Hamas, Hamas, Juden ins

Gas“ skandieren, gelegentlich im Gleichschritt mit Linksextremen, die Ende der 1960er und in den 1970er Jahren brutale Anschläge auf deutsche Juden und jüdische Einrichtungen verübten; es sind Menschen, die ihren Antisemitismus als „Antizionismus“ kaschieren und dem Staat Israel seine Legitimation entziehen wollen, sein Ansehen in der Völkergemeinschaft zu beschädigen versuchen, und das mit einigem Erfolg, indem sie ihn als rassistischen Apartheid-Staat dämonisieren, seine Politik mit der der Nationalsozialisten gleichsetzen.

Erinnerung? Genau das wollte die Mehrheit der Deutschen nach 1945 nicht, zumindest nicht so genau. Man wollte möglichst schnell alles vergessen und vor der Weltöffentlichkeit seine angebliche Unschuld demonstrieren; und so kam es, dass heute auch die Erinnerung an die Jahre nach 1945 viele blinde Flecken aufweist. Der Judenhasse lebte weiter in gewalttätigen Ausschreitungen gegen jüdische Displaced Persons; die Handvoll zurückgekehrter deutscher Juden und die jüdischen Überlebenden und Flüchtlinge aus Osteuropa waren alles andere als willkommen. Viele Deutsche sahen in uns keine Opfer der Nazis, sondern Schwarzhändler und Wucherer. Karl Scharnagl, Münchner Oberbürgermeister von 1945 bis 1948 und Mitbegründer der CSU, beschimpfte die Juden in den DP-Lagern² als „arbeitscheues Gesindel“. Dass es den Deutschen, den meisten jedenfalls, um Aussöhnung nicht mit den Opfern, sondern mit den Tätern, mit ihnen selbst ging, verstand

ich schlagartig, als ich 1945 im Polizeirevier an der Ettstraße in München eine gespenstische Begegnung hatte. Ich war vier Tage lang mit 20 anderen DPs in einer Zelle eingesperrt, nachdem die Polizei mich bei einer Razzia im DP-Camp im Deutschen Museum an der Isar festgenommen hatte. Bei der Entlassung sah ich auf einer Treppe im Polizeigebäude einen Polizisten, der an mir vorbeiging. Ich erstarrte: „Jordan?“ rief ich ihm zu, dann: „Du warst doch in Kaunas! – Der war bei der Schutzpolizei in der Kestucio-Straße!“, brüllte ich. Jordan erschrak und rannte die Treppe hinunter. Als ich seine verdutzt dreinblickenden Kollegen ansprach, zuckten sie nur mit der Schulter und wandten sich ab. Jordan war einer der Mörder, der im Ghetto ein „lustiges Wettschießen“ auf Wasserflaschen veranstaltet hatte, die wir Juden auf den Köpfen balancieren mussten. Manchmal traf eine Kugel auch den Kopf. Es ist bekannt: Bis auf wenige Ausnahmen kehrten Nazis in Politik, Wirtschaft, Kultur, Medizin, Justiz und Sicherheitsorgane zurück, lebten in der demokratischen Bundesrepublik unbehelligt ihr Leben.

Mein Leben nach dem Überleben nahm seinen Ausgang im DP-Camp Landsberg am Lech. „Don't Take Your Guns To Town“ – so lautete die Order für amerikanische Soldaten, die in den 1950er Jahren auf der U.S. Air Base Penzing stationiert waren, wenn sie Ausgang in die Stadt Landsberg am Lech bekamen. Einer von ihnen war Johnny Cash, der unter diesem Titel einen populären Song

schrub. Damals hatte ich das DP-Camp in der Stadt, in der Hitler nach seinem gescheiterten Putsch von 1923 in der Festungshaft „Mein Kampf“ schrieb, schon längst verlassen. Die großen Spannungen zwischen einheimischer Bevölkerung und DPs waren bereits abgeklungen. Das Lager war von den Alliierten am 9. Mai 1945 in der Saarburgkaserne errichtet worden, einem ehemaligen Wehrmachtsbau, und beherbergte bis zu 7000 Überlebende. 1946 kam es zu einem Aufstand der jüdischen DPs, denen die Einheimischen in der Regel mit großer Feindseligkeit begegneten. Man mochte wie anderswo in Bayern die überlebenden Juden nicht. So gab es auch kaum Kontakte zu den Landsbergern und den Deutschen in der Umgebung der Stadt. Wir hatten vor allem mit den Bauern zu tun, von denen wir Fleisch und Kartoffeln gegen Zigaretten, Schokolade und Kaffee, die wir von den Amerikanern erhielten, eintauschten. Das DP-Camp Landsberg war jedoch etwas Besonderes: Hier entstand, wenn man so sagen will, die Keimzelle des israelischen Staates. Von Landsberg aus wurden vor allem illegale Auswanderungen nach Palästina organisiert. Ende Oktober 1945 kam David Ben-Gurion in das DP-Lager, um für die Staatsgründung Israels zu werben. Der Kibbuz³ in Landsberg nannte sich *Lohamei HaGeta'ot*, „die Ghettokämpfer“, in Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943. Es gab zwei zionistische Parteien, und die linksgerichtete, der ich angehörte, bereitete sich besonders konsequent auf

die Auswanderung nach Eretz Israel vor, unter der Anleitung von Mitgliedern der Jüdischen Brigade, die in der britischen Armee gegen Deutschland gekämpft hatte. Im Kibbuz wurde auch ich auf die anstrengende landwirtschaftliche Arbeit im Gelobten Land vorbereitet. Doch damit nicht genug: Eines Tages wurde ich zu einem fremden Besucher gerufen, der hinter mir die Tür verschloss und mich aufforderte, am Tisch Platz zu nehmen. Er legte eine Bibel vor mich hin und eine Pistole. Ich musste die Hände darauflegen und schwören – und damit war ich, mit 18 Jahren, Mitglied der Haganah, der zionistischen militärischen Untergrundorganisation, die 1920 zum Schutz von jüdischen Siedlungen in Palästina vor arabischen Übergriffen gegründet worden war. Danach jüdische Brigade, illegale Auswanderung nach Palästina, die Briten kaperten unser Schiff, fast ein Jahr lang Internierung auf Zypern, schließlich, endlich Ankunft in Haifa, Spion der Haganah, Soldat im Unabhängigkeitskrieg und schließlich die Arbeit in den Sicherheitsorganen. Ich würde mir wünschen, dass die Bedeutung und die Geschichte dieses Kibbuz in Landsberg, der den Staat Israel vorwegnahm, in die deutsche Erinnerungskultur aufgenommen würden, etwa durch ein Museum auf seinem ehemaligen Gelände, im Kratzerkeller dieser Stadt, in der verurteilte Nazikriegsverbrecher nach 1945 in Haft saßen und manche Politiker und Kirchenvertreter ihre Freilassung forderten und gar an Demonstrationen dafür teilnahmen.

Ich hielt es nicht aus und mischte mich ein, sagte ihnen, dass mein Land diesen Krieg nicht wollte. Es musste ihn aber zur Verteidigung führen, weil unsere arabischen Nachbarn uns vernichten wollen. Was sollten wir denn machen, fragte ich sie, etwa tatenlos warten? Im Meer schwimmen können wir nicht. Nach diesem Abend kamen sie nicht mehr.

1967 zog ich mit meiner Familie vom israelischen Rehovot nach München um. Dass wir in Deutschland nicht bei allen willkommen waren, verstand ich, als ich feststellen musste, dass meine dreijährige Enkelin Dana in ihrem Kindergarten von einer Kindergärtnerin immer auf der Toilette eingesperrt wurde. Das verstand ich auch, als mich der Vertreter eines Möbelhauses bei meiner Reklamation, wo denn die längst überfällige Lieferung bliebe, böse anherrschte: „Was wollen Sie hier überhaupt!“ Die Löwenbrauerei München wollte mich schon hierbehalten, denn ich machte als Pächter im Schwabinger Szenelokal „Stop In“ enormen Umsatz. Zu meinen Stammgästen gehörten Studenten, die

sich als aufgeklärte, revolutionäre Linke verstanden. Nach dem Sechs-Tage-Krieg war der Nahostkonflikt ihr beherrschendes Thema, die Gespräche drehten sich lautstark um die vermeintlichen Untaten des Staates Israel und die vermeintliche Unterdrückung der Palästinenser: Israel sei der Aggressor, Israel vertreibe die Palästinenser, Israel das, Israel jenes. Ich hielt es nicht aus und mischte mich ein, sagte ihnen, dass mein Land diesen Krieg nicht wollte. Es musste ihn aber zur Verteidigung führen, weil unsere arabischen Nachbarn uns vernichten wollen. Was sollten wir denn machen, fragte ich sie, etwa tatenlos warten? Im Meer schwimmen können wir nicht. Nach diesem Abend kamen sie nicht mehr. Das ist die Macht der Gewohnheit: Die Juden waren ja immer eine Minderheit, die Unterdrückten. Nach dem Sechs-Tage-Krieg waren sie plötzlich keine Opfer mehr. Diese jungen Deutschen haben den Antisemitismus mit der Muttermilch aufgesogen, einige sind später sogar zu Arafat gefahren, um von palästinensischen Terroristen zu lernen, wie man israelische Flugzeuge kapert. Seit den Übergriffen auf meine Enkelin – mein kleiner Bruder Berale wurde im Alter von fünf Jahren in Auschwitz-Birkenau mit meiner Mutter vergast – haben wir uns ohnehin zur Rückkehr nach Israel entschlossen, der Mond war aus verschiedenen Gründen keine Option.

Viele Jahre später kam es dazu, dass ich als Zeitzeuge, der zwischen Rehovot und München pendelte, zu einem Teil der Erinnerungskultur wurde, gegen die

viel einzuwenden ist, aber die doch auch, weil wir keine bessere haben, der Verteidigung bedarf – gegen die Angriffe von links, rechts, von muslimischer Seite und aus der sogenannten bürgerlichen Mitte. Zum Beispiel die christlichen Kirchen: Ich sehe mir im Fernsehen häufig die Predigten ihrer Vertreter an und ich warte vergebens – kein Wort gegen den aktuellen Antisemitismus, kein Wort für das Existenzrecht Israels. Der Antijudaismus hat dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten den Weg geebnet. Zu den gerade zu Ende gegangenen Jubiläumsfeierlichkeiten von 1700 Jahre jüdischem Leben auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, einem wohlmeinenden Projekt, fiel mir auf, dass verschiedene Redner aus Politik und Kultur immer von dem Beitrag „jüdischer Mitbürger“ zur deutschen Kultur sprachen. Das vertieft, auch wenn sie es nicht so meinen, nur den Graben zwischen nichtjüdischen und jüdischen Deutschen – Jüdinnen und Juden waren keine „Mitbürger“, sondern Deutsche, sie haben keinen „Beitrag“ geleistet, nicht wenige standen gar im Zentrum der geistigen und politischen Entwicklung Deutschlands, kämpften im Ersten Weltkrieg für ihr Land. Wir können tun, was wir wollen, wir bleiben Fremde, Andere, die nicht dazu gehören. Ich bin 94, und was ich mir wünsche, aber wohl nicht erleben werde, ist, dass Juden, bei welchem Anlass auch immer, bei ihrem Namen genannt werden, nicht davon die Rede ist, dass so und so viele Juden dies oder jenes erlebt oder getan hätten.

Wir haben Namen, sind nicht ein von Antisemiten wie auch immer imaginiertes Kollektiv, sondern Individuen.

Ich habe meinen Frieden mit Deutschland gemacht. Das liegt an den Begegnungen mit anderen Deutschen, die zweite, nichtjüdische Frau meines Vaters zum Beispiel, mit der er nach 1945 in München lebte. Sie war ein wunderbarer Mensch. Das liegt auch an der *Stiftung Bayerische Gedenkstätten*, die es mir und anderen Überlebenden ermöglicht, als Zeitzeugen in Schulen aufzutreten – inzwischen habe ich vor Tausenden von Schülern gesprochen. Umso mehr erschüttert mich das aktuelle Anwachsen judenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Gesellschaft, nicht zuletzt auch bei den Corona-Protesten, auf deren Nährboden die alten Verschwörungsmymen gedeihen. Das, was wir heute als Erinnerungskultur bezeichnen, wurde in zähem Kampf erstritten und war nie in der breiten Gesellschaft und zunächst auch in der offiziellen Politik nicht wirklich anerkannt. Vor diesem Hintergrund empfinde ich die wiederkehrenden Angriffe auf die Erinnerungskultur – gegen die Wahrheit der Fakten und Tatsachen, um die Shoah zu relativieren –, die Angriffe auch aus dem Kreis von konservativen wie linksliberalen Historikern und Politologen und in den Feuilletons der Tageszeitungen, als nur zynisch. Eine Aufarbeitung der Verbrechen hat – mit ehrenwerten Ausnahmen – in der Breite nie stattgefunden: Deshalb steht Deutschland aktuell vor dem Problem einer wachsenden Zahl

von antisemitischen Straftaten und Vorfällen – von Übergriffen auf jüdische Mädchen und Jungen in den Schulen bis hin zu Anschlägen wie dem auf die Synagoge in Halle 2019.

Mir bleibt eine Hoffnung: die Jugend. Deshalb trete ich vor Schülerinnen und Schülern in Bayern seit den 1990er Jahren als Zeitzeuge auf, um sie über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären, mitzuhelfen, sie gegen den Antisemitismus immun zu machen und Verständnis für Israel zu fördern. Ihre Reaktionen bestärken mich in der Überzeugung, dass die Erinnerungskultur in Deutschland, was immer man auch kritisch gegen sie einwenden kann, eine Voraussetzung für den Kampf gegen den Antisemitismus ist. In diesem Kampf brauchen wir Juden – in Deutschland wie in Israel – verlässliche Partner, und deshalb freue ich mich über das Engagement von RIAS Bayern, die ihre aktuelle Ausgabe ihrer wichtigen Fachbroschüren dieser Erinnerungskultur widmet. Es tut mir gut, solche Verbündete zu haben, denn, wie gesagt, wir wollen nicht auf den Mond auswandern, können es auch nicht. Wir bleiben, wie wir das seit Tausenden von Jahren tun – auch dank der Hilfe solcher Freunde.

„Mir bleibt eine Hoffnung:
die Jugend. Deshalb trete ich vor
Schülerinnen und Schülern in
Bayern seit den 1990er Jahren als
Zeitzeuge auf, um sie über die
Verbrechen des Nationalsozialis-
mus aufzuklären, mitzuhelfen,
sie gegen den Antisemitismus
immun zu machen und Verständ-
nis für Israel zu fördern.“

- 1 Der Begriff „Eretz Israel“ bedeutet „Land Israel(s)“. Es handelt sich um die traditionelle hebräische Bezeichnung für das den Juden bzw. Israeliten verheißene Land, das bereits an verschiedenen Stellen der Torah genannt wird und die südliche Levante umfasst. Mit der Entstehung des politischen Zionismus im 19. Jahrhundert wurde er im Sinne einer nationalen Heimstätte wieder aufgegriffen und wird auch für den heutigen Staat Israel öfters verwendet.
- 2 Die Alliierten benutzten den Ausdruck „Displaced Person“ für etwa 12 Millionen Menschen, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs aus kriegsbedingten Gründen außerhalb ihres Ursprungslandes befanden; dazu zählten u. a. ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter:innen sowie jüdische Displaced Persons, die sich selbst „She'arit Hapletha“ („Rest der Geretteten“) nannten und meist aus Polen, Litauen, der Ukraine, Russland, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei stammten.
- 3 Die Idee des Kibbutz (hebräisch für Sammlung, Versammlung, Kommune) war eine genossenschaftliche Siedlung gleichberechtigter Mitglieder, in der es kein Privateigentum geben und das tägliche Leben kollektiv organisiert werden sollte.

Was war die Schoah?

Jedes Sprechen über die Schoah abstrahiert vom konkreten Leid der Individuen. Nur die Überlebenden können berichten, wie es wirklich war. Vielen fehlte nach Kriegsende dafür jedoch einfach die Kraft, sie wollten weiterleben, sich selbst und ihre Familien vor dem Trauma der Vergangenheit schützen. Andere wählten den Weg des Erzählens. Aber bei allen ließen sich die schmerzvollen Erinnerungen an die erlittene Demütigung, Hunger, Schmerz und Trauer um die ermordeten Familienangehörigen nicht verdrängen. Kein Text eines Außenstehenden kann dem Grauen „gerecht“ werden. Folgende Gedanken sind daher unvollständig, lassen Aspekte außen vor und werden keine umfassende Darstellung der Geschichte der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden sein können. Dieser Abschnitt soll Elemente der Schoah beleuchten, die für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nach und wegen der Schoah („Post-Schoah-Antisemitismus“, auch „sekundärer Antisemitismus“ genannt) notwendig sind. Insbesondere soll auf die Präzedenzlosigkeit der Schoah und ihre ideologische Grundlage, den Antisemitismus, eingegangen werden.

Sechs Millionen Jüdinnen und Juden, darunter etwa 1,5 Millionen Kinder, wurden durch deutsche Nationalsozialist:innen und ihre Kollaborateur:innen aus anderen Ländern ermordet. Hinter dieser abstrakten Zahl standen Menschen mit Namen und individuellen Lebensläufen, die in unterschiedlichen Orten lebten, verschiedene Berufe ausübten, Hoffnungen und Zukunftsträume, individuelle Begabungen und Charaktereigenschaften hatten. Für ihre Mörder:innen spielte all das keine Rolle. Die Ermordung von europäischen Jüdinnen und Juden fand nicht etwa aus wirtschaftlichen, kriegsrelevanten oder nationalistisch-territorialen Erwägungen statt. Die jüdischen Frauen, Männer und Kinder sollten allein deshalb umgebracht werden, weil sie als Juden im Weltbild deutscher Antisemit:innen als Feind schlechthin imaginiert wurden, der in ihren Augen nach der Welt-herrschaft strebte und den es zu vernichten galt. Die Täter:innen scheuten keine Mühe, um Jüdinnen und Juden aus allen möglichen Ländern in die Vernichtungslager im Osten zu bringen oder sie gleich an ihrem Wohnort zu erschießen.¹ Auch der Übertritt zu einer anderen Religion bot den jüdischen Verfolgten keinen Schutz. Allein die Tatsache, als Jüdin oder als Jude geboren zu sein, bedeutete schon das Todesurteil. Auch Menschen, die nach jüdischem Religionsgesetz keine Juden waren, wurden ermordet. Der ideologische Kern des Nationalsozialismus war der Antisemitismus, der das Mordprogramm legitimierte. Dem staatlich organisierten, systematischen Massenmord fiel zwischen 1939 und 1945 mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Europas zum Opfer. Erst mit dem Vormarsch der alliierten Streitkräfte und der Kapitulation Nazideutschlands im Mai 1945 konnte das deutsche Mordprogramm gestoppt werden. Ein solches Verbrechen ist in der Menschheitsgeschichte ohne Beispiel.

Die systematische Entrechtung und Verfolgung der Juden begann bereits 1933 und war nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten zunächst gegen die jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich gerichtet. Innerhalb weniger Jahre wurden deutsche Juden von Staatsbürger:innen zu völlig Rechtlosen gemacht. Antijüdische Ressentiments und antijüdische Politik haben jedoch eine lange Vorgeschichte. Der im 19. Jahrhundert entstandene moderne Antisemitismus musste kein neues Feindbild erfinden, sondern konnte an eine über zweitausendjährige Geschichte der Judenfeindschaft anknüpfen. Erst mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 wurden deutsche Juden rechtlich gleichgestellt, jedoch weiterhin als Fremde abgelehnt.

„Wir haben davon nichts gewusst“, beteuerten nach 1945 die meisten Deutschen gebetsmühlenartig. Die exkulpernde Erzählung, wonach die Mehrheit der deutschen Bevölkerung keine Schuld an den bzw. keine Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialist:innen getragen habe, ist in Deutschland nach wie vor verbreitet. Doch der Weg in die Schoah fand vor aller Augen statt. Die allermeisten nichtjüdischen Deutschen bekamen die demütigenden Diskriminierungen und Gewalttaten mit, die die etwa 500.000 deutschen Jüdinnen und Juden verunsichern und zur Ausreise veranlassen sollten. Viele bereicherten sich an deren Eigentum. Sie sahen, wie im November 1938 die Synagogen im ganzen Land brannten und jüdische Männer in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen getrieben wurden. Die Abgeordneten des Reichstags applaudierten am 30. Januar 1939 begeistert, als Hitler in seiner Rede gegen das „internationale Finanzjudentum in und außerhalb Europas“ hetzte und „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ prophezeite. Der Entrechtung und Enteignung jüdischer Bürger:innen folgten Zwangsumzüge in sogenannte Judenhäuser und schließlich die Deportationen in die Vernichtungslager in den von den Deutschen besetzten Gebieten.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann der systematische Massenmord an den dort lebenden Jüdinnen und Juden. Deutsche Besatzer und ihre Helfer:innen errichteten vielerorts Ghettos, in denen das Leben von Hunger, Enge und Erschießungen geprägt war. Nach kurzer Zeit starben in den osteuropäischen Ghettos viele der Bewohner:innen. Bis März 1942 ermordeten die SS-„Einsatzgruppen“, oft mit der tatkräftigen Unterstützung durch die Wehrmacht und lokaler Kollaborateure in eroberten Gebieten der Sowjetunion, mindestens 600.000 Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene, Partisan:innen und Kommunist:innen. Allein in der Schlucht von Babyn Jar bei Kiew fielen am 29. und 30. September 1941 mehr als 33.000 Jüdinnen und Juden den Massenerschießungen zum Opfer. Die Entrechtung, Verzweiflung wie auch die Versuche, Widerstand zu leisten, sind in Augenzeugenberichten wie etwa Tagebüchern dokumentiert.² Nur ein sehr geringer Teil der Täter:innen wurde nach 1945 vor Gericht gestellt.

Am 20. Januar 1942 wurde auf der Wannsee-Konferenz in Berlin die systematische Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden beschlossen. Die Schoah hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch schon längst begonnen. Der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden geriet erst mit einer großen Zeitverzögerung ins Bewusstsein der deutschen Bevölkerung.

Begriffe

Shoah (im Deutschen auch ‚Schoa‘ oder ‚Schoah‘) ist der hebräische Begriff für „großes Unglück“, „Katastrophe“ und wird in Israel seit der Staatsgründung 1948 als Bezeichnung des nationalsozialistischen Massenmordes an den Jüdinnen und Juden verwendet. 1959 führte Israel den „Yom HaShoah“, den „Tag der Katastrophe“ als Gedenktag für die ermordeten Jüdinnen und Juden ein. Er findet jeweils im Frühjahr, acht Tage vor dem Unabhängigkeitstag, statt. In Europa und Nordamerika wurde die Bezeichnung erst 1985 einer weiteren Öffentlichkeit bekannt, durch den Film *Shoah* von Claude Lanzmann. Lanzmanns neunstündige Dokumentation zeigt die Schauplätze des Mordens in Treblinka, Auschwitz, Chelmno und Warschau in Aufnahmen, die er zwischen 1973 und 1985 drehte. Archivmaterial benutzte Lanzmann bewusst nicht. Er ließ Überlebende aus den Lagern zu Wort kommen und interviewte auch Täter:innen und weitere Augenzeug:innen.

Häufiger verwendet wird der Begriff **Holocaust**, der sich in Deutschland erst ab 1979 durchsetzte, nach der Ausstrahlung der gleichnamigen US-amerikanischen TV-Serie. Holocaust stammt vom griechischen Wort „holocauston“ ab und bedeutet „Brandopfer“ (wörtlich übersetzt „ganz verbrannt“). Das Symbol des Brand- oder Sühneopfers macht den Begriff jedoch höchst problematisch, weil damit impliziert wird, die Vernichtung habe irgendeinen „Sinn“ gehabt, dem das Opfer diene. Der Begriff „Holocaust“ wird außerdem von vielen Jüdinnen und Juden abgelehnt, weil das Wort in seiner Ursprungsbedeutung eine religiöse, kultische Handlung meint und nicht einen systematischen Massenmord.

Auch der Name „**Auschwitz**“ steht als Symbol für die Schoah. Das Konzentrations- und Vernichtungslager bei Krakau ist ein Sinnbild für den industriellen deutschen Massenmord an den Juden Europas.

Der deutsch-israelische Historiker Dan Diner prägte für Auschwitz den Begriff „**Zivilisationsbruch**“, weil der dort durchgeführte industrielle Massenmord mit einem „Zerbrechen ontologischer Sicherheit“ einherging. Diese zerbrach nicht etwa wegen der Brutalität und der Vernichtung, denn solche Brüche, argumentiert Diner, gehörten

zur Zivilisation. In Auschwitz aber, das stellvertretend für die Schoah steht, seien alle Schranken dessen, was man bis dahin für möglich hielt, durchbrochen worden. Was die Schoah von den anderen Genoziden unterscheidet, sei die Tatsache, dass die deutschen Nationalsozialist:innen beträchtliche Anstrengungen unternahmen, um Juden – allein aufgrund dessen, dass sie Juden waren – auch „jenseits von Konflikt, Gegnerschaft oder politischer Feindschaft“ und unter größtem bürokratischem und logistischem Aufwand zusammenzusuchen, zu verfolgen und zu ermorden. Darin besteht für Diner die „Singularität des Holocaust“.³

Der israelische Historiker Yehuda Bauer nennt die Schoah nicht „singulär“, sondern **„präzedenzlos“** – ein geeigneterer Begriff. Für das Präzedenzlose an der Schoah sprechen laut Bauer drei Faktoren (die ersten zwei sind auch in der Analyse von Diner enthalten): 1. Sie war total, weil allein die Geburt das mit dem Tod zu ahnende „Verbrechen“ war. 2. Sie war global, denn während alle anderen Völkermorde auf bestimmten Territorien stattfanden, richtete sich der Judenmord gegen alle 17 Millionen Juden, die damals verstreut in der Welt lebten. 3. Sie war ausschließlich ideologisch motiviert. Der NS-Antisemitismus war laut Yehuda Bauer eine reine Ideologie mit minimalem Bezug zur Realität. Diese Ideologie lässt sich nicht allein durch gesellschaftliche Strukturen erklären. Sie war, so Yehuda Bauer, „die rationale Folge einer irrationalen Einstellung“, die im christlichen Judenhass wurzelte und über zwei Jahrtausende hinweg die christlich-jüdischen Beziehungen besudelt hatte – „Juden wurden einer Weltverschwörung beschuldigt – eine von mittelalterlichem Judenhass herrührende Idee“. Bei anderen bekannten Völkermorden war das Motiv „noch pragmatisch, sachlich nachvollziehbar“. Der Schoah lag jedoch die rassistisch-antisemitische Ideologie zugrunde, die – zum ersten Mal in der Geschichte – ein reines Phantasieprodukt gewesen war.⁴

Was bedeutet Erinnerung an die Schoah?

„Für mich heißt Jude sein die Tragödie von gestern in sich lasten spüren. Ich trage auf meinem linken Unterarm die Auschwitz-Nummer; die liest sich kürzer als der Pentateuch oder der Talmud und gibt doch gründlicher Auskunft.“⁵ Das schrieb der österreichische Intellektuelle und Widerstandskämpfer Jean Améry, der mehrere Lager überlebte, im Jahr 1965 in seinem Aufsatz *Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein*. Wie nicht wenige europäische Jüdinnen und Juden begriff sich Améry vor der Schoah nicht explizit als Jude, er war nicht gläubig, es bedeutete ihm nicht viel. Er wusste aber, dass seine Familie als jüdisch angesehen wurde, was niemand leugnen wollte. Die Nürnberger Gesetze nahmen diese Freiheit von Zwang zum Bekenntnis, die Schoah zementierte den „Zwang, Jude zu sein“, für quasi alle Jüdinnen und Juden. Es ist eine Erfahrung, die keine Wahl darüber lässt, sich an sie zu erinnern oder nicht. Die eigene Lagerhaft, Folter, Verfolgung und Entrechtung, die ermordeten Familienmitglieder, die alle nicht mehr sind, sie hinterlassen die Überlebenden ohne die Möglichkeit, weiterzumachen als ob nichts gewesen wäre.

Demgegenüber steht nichtjüdisches Gedenken an die Schoah, das erst, und häufig von eben jenen, die es sich nicht aussuchen konnten, sich nicht zu erinnern, erkämpft werden musste. Alleine diese Tatsache zeigt bereits, dass es nach 1945 kein kollektives Bewusstsein davon gab, was die Schoah bedeutete. Denn „Hitler“, schrieb Adorno 1966 in der *Negativen Dialektik*, „hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“⁶ Dieser Imperativ baut auf dem Wissen darüber auf, was die Schoah war, für die Auschwitz steht und die nicht Hitler allein, sondern eine große Zahl antisemitischer Deutscher und ihre Unterstützer:innen verbrochen haben. Er bedarf des Wissens darüber, was sie von anderen, bisherigen Massenverbrechen unterscheidet, wer sie begangen hat, und warum, also im Kern: Was Antisemitismus ist. „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben“, schrieb Primo Levi⁷. „Es“ bedeutet dabei die präzedenzlose Ermordung von sechs Millionen Menschen in industriellen Todesfabriken und den Wäldern Osteuropas, weil sie als Juden gesehen wurden. Diese partikulare Erfahrung, wie sie auch Jean Améry schildert, musste gegen große gesellschaftliche Widerstände behauptet werden, die immer versuchten, sie zu rechtfertigen, oder durch Verweise auf andere reale und vermeintliche Verbrechen herunterzuspielen. Ohne, dass dadurch irgendetwas wieder gutzumachen wäre, gilt es, diese Erinnerung zu verteidigen, das Gedächtnis zu bewahren und genau zu wissen, was der Kern der Katastrophe war, die nicht rückgängig gemacht werden kann: der Antisemitismus.

Warum ist die Abwehr der Erinnerung an die Schoah antisemitisch?

Im Post-Schoah-Antisemitismus drückt sich eine bestimmte Haltung zur nationalsozialistischen Vergangenheit, der Schoah und den Juden als Repräsentanten einer unerwünschten, verdrängten Erinnerung aus. Seine Grundlage erhielt er nicht trotz, sondern gerade in dem Wissen um seine tödliche Konsequenz. Aus dem Bewusstsein, einer Nation anzugehören, die den Massenmord an europäischen Jüdinnen und Juden organisiert und planmäßig durchgeführt hatte, resultiert ein starker Wunsch nach Schuldabwehr zum Zweck einer unbeschwerten, ungebrochen positiven deutschen Identität. Aus diesem Bedürfnis und der mangelnden Bereitschaft, nationale Geschichte mit ihren geschichtlichen Brüchen anzunehmen und sich mit den Verbrechen auseinanderzusetzen, speist sich der Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Der Psychoanalytiker Zvi Rix fasste das scheinbare Paradox in dem oft zitierten Satz zusammen: „Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen!“⁸

Die Abwehr der Erinnerung, bzw. die Schuldabwehr, ist kennzeichnend für den sekundären Antisemitismus. Juden werden hier als diejenigen gesehen, die die Erinnerung an die Verbrechen der Täter:innen wachhalten. Somit werden Juden kollektiv zu „Störenfriedern der Erinnerung“ (Eike Geisel).⁹

Dieses Ressentiment korrespondiert zudem mit alten antisemitischen Bildern von ‚rachsüchtigen‘ Juden und geht nicht selten mit dem Vorwurf einher, Juden bzw. heute gerade auch Israel würden die Erinnerung zum Zwecke eines Vorteils wachhalten. Juden würden aus der Schoah materiellen Profit etwa durch deutsche ‚Wiedergutmachungszahlungen‘ oder/und politischen Vorteil zur Unterstützung von Israel erlangen, so lauten die gängigen antisemitischen Behauptungen nach der Schoah. Damit geht eine Opfer-Täter-Umkehr einher, die den Opfern, den Überlebenden und ihren Nachkommen nachträglich auch die Schuld am ihnen zugefügten Leid zuweist – geradezu, als ob sie die Verfolgung und den Massenmord selbst provoziert hätten, um sich einen Vorteil daraus zu verschaffen.

Relativierungen der Schoah reichen von der Haltung, es habe ‚schließlich auch deutsche Opfer gegeben‘ in den Debatten um alliierte Bombardierungen und Fluchtbewegungen/Vertreibungen nach der Befreiung bis hin zur Gleichsetzung Israels mit NS-Deutschland. Abwehr existiert nach wie vor in der wohl offensichtlichsten Weise, der Leugnung der Schoah.

Der Psychoanalytiker Zvi Rix fasste das scheinbare Paradox in dem oft zitierten Satz zusammen:

„Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen!“

Augsburg, 2. Dezember 2021

Eine Userin postete auf Facebook unter einen Beitrag des *Jüdischen Museums Augsburg-Schwaben* zu einer angekündigten Lesung von Texten von Überlebenden des KZ-Außenlagers Augsburg-Kriegshaber den Satz „Man kann den Quatsch nicht mehr hören“. Darunter kommentierte eine andere Userin: „Gerade wegen Leuten wie Ihnen ist das Erinnern so wichtig“. Daraufhin schrieb die Ersterin mit Nametag der Userin als Antwort: „Erinnern weil sie wieder Geld wollen um was anderes geht es doch nicht“. Hier wird das antisemitische Bild des geldgierigen Juden bedient. „Die Juden“ muss gar nicht erst geschrieben werden, da das Wörtchen „sie“ allseitig im intendierten Sinne verstanden wird. Gleichzeitig wird mit diesem Satz behauptet, Juden würden aus der Schoah profitieren. So wird nicht nur die Erinnerung abgewehrt, die Schoah wird durch die Bezeichnung der Erinnerung als „Quatsch“ auch verharmlost oder geleugnet, die Opfer und Überlebenden werden verhöhnt.

Ingolstadt, 8. April 2022

Eine Bildungseinrichtung postete auf ihrer Facebook-Seite die Ankündigung einer Lesung aus einem Buch über den gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland. Drei Tage später kommentierte ein User den Post so: „Es gibt keinen judenhas es ist nur eine mache der Medien die das Volk zum nachdenken bringen soll und damit das deutsche Volk schön brav weiterzahlt sonst nix.“

Der antisemitische Kontext des Kommentars liegt hier in der Unterstellung einer manipulierenden, mächtigen Medienberichterstattung – eine Referenz auf den antisemitisch konnotierten Begriff der Lügenpresse –, der Erinnerungs- und Schuldabwehr der NS-Verbrechen, insbesondere der Schoah, sowie in der Leugnung des Antisemitismus. Der User behauptet, dass dieser von den Medien nur erfunden worden sei, um dem „deutschen Volk“ ein schlechtes Gewissen zu machen, damit dieses weiterhin zahle. Damit spielt er offenbar auf Entschädigungszahlungen für Schoah-Überlebende und ehemalige Zwangsarbeiter:innen an.

Nürnberg, 28. April 2022

Eine jüdische Referentin hielt in Nürnberg vor künftigen Beamt:innen einen Vortrag über Antisemitismus. Sie berichtete über ihre persönlichen Erfahrungen mit Antisemitismus, den sie seit der dritten Klasse erlebt. Ein Teilnehmer unterbrach die Referentin und sagte, dass dies „völliger Quatsch“ sei und er das nicht glaube. Er habe „keinen Bock mehr darauf“ und sei nicht schuld. Die Referentin sagte daraufhin, dass sie nicht gesagt habe, dass er schuld sei. Der Teilnehmer antwortete, das sei alles über 70 Jahre her und „wir können doch nichts dafür“ und fragte, warum „wir“ uns immer „diesen Scheiß geben“, er habe keinen Bock mehr, es reiche doch jetzt auch. Die Referentin erwiderte, dass sie ihm gerade erzähle, dass sie seit ihrer Kindheit Antisemitismus erlebe in Deutschland, in Nürnberg. Daraufhin sagte der Teilnehmer: „Ja, aber Juden wurden schon immer umgebracht, das heißt das wird sowieso passieren und hat bestimmt auch einen Grund.“

„Ja, aber Juden wurden schon immer umgebracht, das heißt das wird sowieso passieren und hat bestimmt auch einen Grund.“

- 1 Dass die Nationalsozialist:innen nicht nur in Europa die Vernichtung der Jüdinnen und Juden vorsahen, zeigt sich auch etwa daran, dass im Sommer 1942 ein SS-Einsatzkommando im Rücken des Afrikakorps zusammengezogen worden war, um nach Vorbild der Einsatzgruppen in Osteuropa die jüdische Zivilbevölkerung zu ermorden und einen jüdischen Staat zu verhindern. Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Martin Cüppers: „Elimination of the Jewish National Home in Palestine“ – The Einsatzkommando of the Panzer Army Africa, 1942. In: *Yad Vashem Studies* 35 (2007), H. 1, S. 111–141. Auch in der islamischen Welt traf dieser Vernichtungsantisemitismus teilweise auf Unterstützung, wie etwa die Kooperation zwischen dem Großmufti von Jerusalem Amin al-Husseini und dem Deutschen Reich zeigt. Vgl. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus/>
- 2 Vgl. z. B. Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*. Berlin 2015; Dawid Sierakowiak: *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak. Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42*. Leipzig 1998; Ruth Klüger: *weiter leben. Eine Jugend*. München 1994; Chaika Grossman: *Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok – Ein autobiographischer Bericht*. Frankfurt am Main 1993.
- 3 Dan Diner: *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*. Frankfurt am Main 1988.
- 4 Yehuda Bauer: *Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen*. Berlin 2001, S. 321 ff.
- 5 Jean Améry: *Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein*. In ders., *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*. Stuttgart 2014, S. 145–173, hier S. 163.
- 6 Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit*. Frankfurt am Main 2013, S. 358.
- 7 Primo Levi: *Die Untergegangenen und die Geretteten*. München und Wien 1990, S. 205.
- 8 Gunnar Heinsohn: *Wie man die Jugend über Antisemitismus aufklärt*. In *Die Welt*, 22. Januar 2013.
- 9 Siehe das Kapitel *Störenfriede der Erinnerung*. In Eike Geisel: *Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays & Polemiken*. Berlin 2015, S. 386–404.

Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern

RIAS Bayern sind zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 19. Juli 2022 insgesamt 570 antisemitische Vorfälle bekannt geworden, bei denen der Post-Schoah-Antisemitismus (auch) eine Rolle spielte. Der Post-Schoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt wird oder die Schoah, etwa durch bagatellisierende Vergleiche, verharmlost wird. Eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem Phänomen ist im Kapitel „Was war die Schoah?“ zu lesen. Weitere Informationen zum begrifflichen Rahmen und den von RIAS Bayern verwendeten Kategorien sind ab Seite 108 zu finden.

Antisemitische Vorfälle können sich durch verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus auszeichnen, weshalb eine Mehrfachzuordnung der von RIAS Bayern genutzten Klassifikationen möglich ist. Die bekannt gewordenen Vorfälle können immer nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden. RIAS Bayern wurde erst 2019 gegründet. Mit steigender Bekanntheit und mehr Personal könnten auch mehr antisemitische Vorfälle dokumentiert werden. Es ist nach wie vor von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auszugehen, was auch damit zu tun hat, dass Antisemitismus von vielen nicht wahrgenommen wird. RIAS Bayern kann nur Aussagen über bekannt gewordene antisemitische Vorfälle nach RIAS-Kriterien machen, nicht darüber, wie viele Menschen in Bayern beispielsweise antisemitisch denken.

In den gut dreieinhalb Jahren des Bestehens von RIAS Bayern zeichneten sich 55 Prozent aller 1091 dokumentierten Vorfälle durch einen antisemitischen Bezug auf die Schoah aus. Der Post-Schoah-Antisemitismus ist damit die ausgeprägteste Erscheinungsform des Antisemitismus in Bayern bezogen auf die RIAS Bayern bekannt gewordenen Vorfälle.

Als Post-Schoah-Antisemitismus wurden drei Angriffe, 35 gezielte Sachbeschädigungen, 16 Bedrohungen, 79 Massenzuschriften und 437 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 183 Versammlungen, klassifiziert. 40 Prozent dieser Vorfälle fallen in die Kategorie „verletzendes Verhalten“. Nach Einschätzung von RIAS Bayern handelte es sich bei einem Großteil davon nicht um Straftaten. Dies und der hohe Anteil an der Gesamtzahl an Vorfällen zeigt, dass sich der Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern insbesondere als relativ niedrigschwelliges Alltagsphänomen äußert.

Bei 49 Prozent der Vorfälle mit der Klassifikation „Post-Schoah-Antisemitismus“ war es nicht möglich, einen eindeutigen politischen Hintergrund der Täter:innen zu erkennen. Oftmals handelt es sich um Vorfälle, bei denen außer etwa einer gezielten Beschädigung einer Gedenkstätte keine weiteren Informationen vorliegen, anhand derer eine bestimmte politisch-weltanschauliche Motivation ersichtlich wäre.

Bei den Fällen mit einem festgestellten bestimmten politischen Hintergrund steht an erster Stelle mit 120 Fällen (21 Prozent aller Post-Schoah-Antisemitismus-Fälle) das verschwörungsideologische Milieu. 107 Fälle (19 Prozent) sind dem rechtsextremen Spektrum, 40 Vorfälle (sieben Prozent) dem antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen.

Die meisten der antisemitischen Vorfälle mit der Klassifikation „Post-Schoah-Antisemitismus“ ereigneten sich in Oberbayern (307 Fälle, 54 Prozent). Danach folgten Mittelfranken (68 Vorfälle), Unterfranken (48 Vorfälle), Schwaben (45 Vorfälle), Niederbayern (31 Vorfälle) sowie die Oberpfalz und Oberfranken mit jeweils 28 Vorfällen. Da RIAS Bayern ihren Sitz in München hat, ist die Einrichtung hier am bekanntesten und die Vernetzung mit lokalen Akteur:innen ist nach wie vor etwas weiter vorangeschritten als in anderen bayerischen Städten und Regionen. Das führt zu mehr Meldungen antisemitischer Vorfälle. Gleichzeitig ist München die größte Stadt Bayerns, fast die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt in der Metropolregion.

442 von 570 Vorfällen (76 Prozent) ereigneten sich offline. Hierbei ist zu beachten, dass Online-Vorfälle aus operativen Gründen nur dann dokumentiert werden, wenn eine eindeutige Adressierung gegeben ist, etwa durch eine Markierung eines Users auf Social Media.

218 Vorfälle ereigneten sich auf der Straße, 48 in einer öffentlichen Grünanlage, 48 an einem Gedenkort, 23 in einer Bildungseinrichtung, 21 im ÖPNV, 21 im Wohnumfeld, 13 auf dem Gelände eines Gewerbes, elf am Arbeitsplatz, zehn in einer Geschäftsstelle, zehn in einem öffentlichen Gebäude, sieben in oder an einer Synagoge.

Bei der Auswertung dieser Daten haben sich Schwerpunkte herauskristallisiert, die im Folgenden näher beleuchtet werden. Dabei handelt es sich um Vorfälle der Klassifikation „Post-Schoah-Antisemitismus“, die sich im Kontext der Coronapandemie, mit Bezug zu Israel sowie in Form von Massenmails und anderen Zuschriften ereigneten. Zudem werden antisemitische Vorfälle, die sich gegen Orte der Erinnerung an die Schoah richteten, näher untersucht.

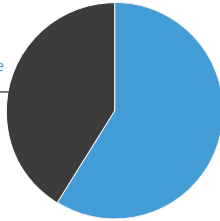
„Impfen macht frei“ – Post-Schoah-Antisemitismus und Corona

235 der 570 von RIAS Bayern dokumentierten antisemitischen Vorfälle mit der Klassifikation „Post-Schoah-Antisemitismus“ (41 Prozent) haben einen Bezug zur Coronapandemie.

Hierbei handelte es sich um eine gezielte Sachbeschädigung, drei Bedrohungen, acht Massenzuschriften sowie 223 Fälle verletzenden Verhaltens. Darunter fallen 140 Versammlungen, die 77 Prozent der insgesamt 183 dokumentierten Versammlungen mit der Klassifikation „mit Bezug zur Coronapandemie“ ausmachen.

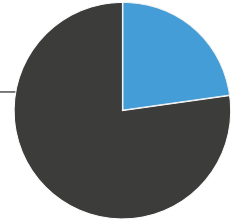
570 dokumentierte
Vorfälle (2019–2021)

41% (235 Vorfälle)
mit Bezug zur Coronapandemie



183 dokumentierte
Versammlungen

77% (140 Versammlungen)
Post-Schoah-Antisemitismus



Ein großer Teil dieser Vorfälle zeichnet sich durch Verharmlosungen der Schoah aus, indem tatsächliche oder vermeintliche staatliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus gleichgesetzt wurden.

Murnau, 17. November 2020

Auf einer Coronademo in Murnau verglich ein Redner die Versammlungsaufgaben, die einen abgetrennten Bereich für Menschen ohne Maske vorsahen, nach Auseinandersetzungen mit der Polizei mit der Selektion in Auschwitz: „Vielleicht machen wir heute Abend hier nochmal eine Demo und ich würde der Polizei dann vorschlagen, dass die Polizei vielleicht eine Rampe macht, wo die Leute dann kommen und an der Rampe wird dann eingeteilt. Nach links die, die keine Maske tragen, die also nicht arbeitsfähig sind, und nach rechts die anderen. [Applaus] Das wäre dann doch der nächste Schritt, könnte man doch vorschlagen, also wäre doch eine gute Maßnahme. Wenn ihr im Geschichtsunterricht aufgepasst habt, diese Aufteilung von Menschen hat es schon gegeben.“

RIAS Bayern sind allein 34 Vorfälle bekannt geworden, bei denen der Satz „Impfen macht frei“ etwa auf Gesichtsmasken oder Schildern gezeigt wurde. Dabei handelt es sich um eine Abwandlung der NS-Parole „Arbeit macht frei“, die über Eingangstüren verschiedener NS-Konzentrationslager, unter anderem des Vernichtungslagers Auschwitz, zu lesen war.

Impfgegner:innen, die diese abgewandelte Parole benutzen, fantasieren sich in die Rolle der „neuen Juden“, die heute – „wie damals im Nationalsozialismus“ – verfolgt und letztlich ermordet würden. Wenn die Coronaimpfung mit der Schoah gleichgesetzt wird, kann der Eindruck entstehen, dass letztere „schon nicht so schlimm“ gewesen sei. Gerade gepaart mit einem rücksichtslosen Verhalten in Zeiten einer Pandemie, das den eigenen Tod oder den anderer bedeuten kann, offenbart diese imaginierte Opferrolle, dass sich die Demonstrant:innen eben nicht aus Solidarität mit den Juden identifizieren. Die Identifikation dient vielmehr der Legitimation des Losschlagens, das als vermeintliche Selbstverteidigung gegen häufig antisemitisch codierte „böse Mächte“ verstanden wird.

Analog verhält es sich mit dem Tragen von „gelben Sternen“ – oft auch mit der Inschrift „Ungeimpft“ – auf Coronademonstrationen. Der sogenannte „Judenstern“ war ein vom nationalsozialistischen Regime eingeführtes Zwangskennzeichen für Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 rechtlich als Juden galten, welches eine öffentlich sichtbare Maßnahme zur Durchführung der Schoah war. RIAS Bayern sind allein 15 Vorfälle bekannt geworden, bei denen Aufkleber mit „gelben Sternen“ und einem Bezug zur Coronapandemie verklebt wurden.

Das öffentliche Zurschaustellen derartiger schoahrelativierender Symbolik im Zuge der Coronaproteste zeigt, wie selbstverständlich der Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern ausgelebt wird.

RIAS Bayern hat mit der Broschüre *„Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona* eine umfassende Analyse des Phänomens veröffentlicht.

In der Veröffentlichung schrieb Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern:

„Man könnte angesichts des antisemitischen ‚Geschwurbels‘ meinen, man sei im finstersten Mittelalter gelandet. Antisemitismus ist ein zentrales Ideologieelement der Coronaproteste. Es ist daher höchste Zeit, die Gefährdung unserer Demokratie, die von

diesen Menschen, die sich immer mehr radikalisieren, wahrzunehmen und aktiv zu bekämpfen. Denn es ist zu befürchten, dass die entstandenen Netzwerke auch nach der Pandemie nicht verschwinden werden.“

Obwohl die Pandemie zur Zeit der Entstehung dieser Veröffentlichung noch nicht gänzlich vorbei ist, bewahrheitet sich die Prognose Schusters leider bereits dahingehend, dass die entstandenen Netzwerke an aktuelle Themen anknüpfen. Im Sommer 2022 war eines der verbreitetsten Themen auf den Coronademos der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, wobei häufig in verschwörungsideologischer Manier „den Amerikanern“, „der NATO“ oder „dem Westen“ eine Mitschuld am oder gar die Hauptverantwortung für den russischen Angriff gegeben wird oder auch antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet werden.

Die Broschüre kann als kostenfreies Exemplar unter info@rias-bayern.de bestellt werden.

Regensburg, 16. Mai 2020

Unter dem Motto „Solidarität mit den Coronaopfern“ versammelten sich in Regensburg um die 300 Menschen. Ein Ordner trug einen „gelben Stern“ aus Filz mit dem Aufdruck „Nicht Corona geimpft!“.

Nürnberg, 19. Dezember 2021

Während einer AfD-Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen mit etwa 1500 Demonstrierenden am Willy-Brandt-Platz in Nürnberg trägt eine Frau ein Schild mit der Aufschrift „Impfung macht frei“.



„Stop doing what Hitler did to you“ – Post-Schoah-Antisemitismus und antiisraelischer Aktivismus

227 der 1091 von RIAS Bayern dokumentierten antisemitischen Vorfälle (21 Prozent) zeichneten sich (auch) durch israelbezogenen Antisemitismus aus. 110 dieser Vorfälle zeigten gleichzeitig Merkmale des Post-Schoah-Antisemitismus, was einen Anteil von zehn Prozent an allen Vorfällen ausmacht.

Bei diesen 110 Vorfällen handelt es sich um drei gezielte Sachbeschädigungen, zwei Bedrohungen, 32 Massenzuschriften und 73 Fälle verletzenden Verhaltens, worunter 37 Versammlungen fallen.

Besonders auffällig ist der Zeitraum während und kurz nach der militärischen Auseinandersetzung im Mai 2021 zwischen den israelischen Streitkräften und der Hamas bzw. dem Islamischen Dschihad. In Zuge dessen kam es weltweit zu antiisraelischen Versammlungen, auch in Bayern. In diesem Zeitraum sind RIAS Bayern 22 Vorfälle bekannt geworden, die sich sowohl durch israelbezogenen als auch Post-Schoah-Antisemitismus auszeichneten, darunter 16 Versammlungen.

Antiisraelische Akteur:innen setzen immer wieder vermeintliche oder tatsächliche Handlungen des israelischen Staates mit dem Nationalsozialismus und der Schoah gleich. Bereits 1972 schrieb das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof in einer Schrift, die im Zuge des Münchner Olympiaanschlags auf israelische Sportler durch palästinensische Terroristen erschien, von „Israels Nazi-Faschismus“, bezichtigte Israel einer „Ausrottungspolitik“ und bezeichnete den damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dajan als „Himmler Israels“.

Im Zuge der antiisraelischen Proteste in Bayern 2021 wurden ähnlich gelagerte Aussagen dokumentiert:

Nürnberg, 14. Mai 2021

Am Nachmittag des 14. Mai 2021 versammelten sich bis zu 300 Personen im Nürnberger Westpark zu einer antiisraelischen Kundgebung. Eine Teilnehmerin zeigte ein Schild, auf dem u. a. stand: „Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch nieder getreten haben [...] und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?“ Auf weiteren Schildern waren die Aufschriften „Stop Doing what Hitler did to you“ und „One Holocaust doesn't justify another“ zu lesen.



München, 16. August 2022

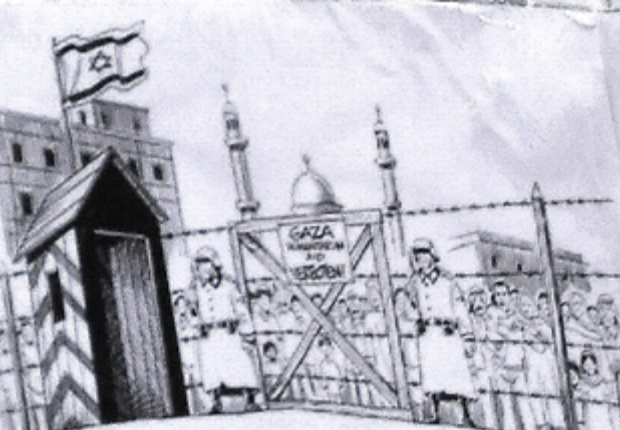
Ein Securitymitarbeiter zeigte israelischen Sportler:innen im Olympiapark den Hitlergruß. Die Delegation war während ihrer Teilnahme an den European Championships auf dem Weg zu Gedenkorten für das Olympia-Attentat von 1972.

München, 23. Mai 2021

Ein Redner verglich auf einer Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz Israel wiederholt mit NS-Deutschland und den Gazastreifen mit NS-Konzentrationslagern. Er sagte unter anderem, er „denke und fühle, dass, wer heute pro Israel ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Drittes Reich gewesen“, wofür er Applaus bekam. „Und wer heute pro Zionismus ist, der wäre im letzten Jahrhundert pro Nationalsozialismus gewesen“, hieß es weiter. Die Israelis seien heute „die Wächter der Mauern [...] dieses KZs“, gemeint war Gaza, und „die Opfer des Holocaust würden jedem eine Ohrfeige verpassen, der sagt, dass KZ-Wächter ein Recht auf Selbstverteidigung hätten“.

München, 29. Mai 2021

Auf einer Kundgebung auf dem Münchner Odeonsplatz sagte ein Redner: „Genau wegen der Geschichte Deutschlands sollte Merkel sich schämen, Solidarität mit dem Staat Israel auszusprechen.“ Auf einem Schild war ein Cartoon von Carlos Latuff zu sehen. Darauf ist ein Wohngebiet mit einer Moschee und einer Menschengruppe hinter Stacheldraht abgebildet. Auf dem Eingangstor steht: „Gaza – Humanitarian Aid Verboten“. Vor dem Zaun sieht man eine Wachhütte mit einer israelischen Fahne. Als Wachen sind zwei Soldaten in Wehrmachtsuniform zu sehen. Auf einer anderen Zeichnung war die Aufschrift „Gaza Ghetto“ an einer Häuserwand zu sehen.



Israel betreibt keinen zweiten Holocaust. Es verschleppt nicht alle Palästinenser:innen, derer es habhaft werden kann, in Vernichtungsfabriken, um die Welt vom „Palästinensertum“ zu erlösen, und plant dies auch nicht. Wer etwas anderes behauptet, versucht, die Schoah, die jüdische Erfahrung von Verfolgung und des Versuchs totaler Vernichtung gegen den jüdischen Staat in Stellung zu bringen. Der Nationalsozialismus und die Schoah werden hier instrumentalisiert, um Israel schlimmstmöglicher Verbrechen zu bezichtigen, die es nicht begangen hat und nicht begehrt.

Davon verspricht man sich Verständnis und Unterstützung für die eigene Situation – selbst wenn man der Angreifer ist. Dies ist eine für den Post-Schoah-Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der zudem der Nationalsozialismus und die Schoah relativiert und verharmlost werden. Wenn Israel als antisemitische Chiffre für „die Juden“ als neuer Nationalsozialismus imaginiert wird, „darf“, ja, „muss“ man Israel und Israelis hassen. So lassen sich antisemitische Gefühle ausleben, ohne sich selbst eingestehen zu müssen, dies zu tun. Zudem sind antisemitische Ressentiments, die sich hinter vermeintlich harmloser ‚Israelkritik‘ verbergen, gesellschaftlich kaum verpönt, während etwa plumper Rassenantisemitismus nationalsozialistischer Prägung viel stärker sanktioniert wird.

Im Antisemitismus werden unerwünschte Anteile des Selbst – Gefühle, Wünsche, Ängste – auf die Juden projiziert. Das antisemitische Bild von den Juden sagt deshalb immer etwas über die Antisemit:innen selbst aus. Wenn also auf antiisraelischen Kundgebungen Israel als neues Nazideutschland imaginiert wird, spiegelt das nicht die tatsächliche Situation im Nahen Osten wider, sondern zeugt vielmehr vom Vernichtungswunsch derer, die so etwas behaupten.

RIAS Bayern hat mit der Broschüre „„From the river to the sea‘ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021“ eine umfassende Analyse des Phänomens veröffentlicht.

In der Veröffentlichung schrieb die damalige Generalkonsulin des Staates Israel in München Sandra Simovich:

„Als israelisches Generalkonsulat suchen wir gezielt den Austausch mit jungen Menschen und gehen dafür an Schulen oder halten gemeinsame virtuelle Gesprächsrunden ab. In jüngster Zeit kam es bei diesen Treffen vermehrt vor, dass die Frage gestellt wurde, ob der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust verglichen werden könne.

Nicht wenige Schüler und Schülerinnen lassen keinen Zweifel daran, dass sie Israel als den alleinigen Aggressor im Konflikt mit den Palästinensern und anderen arabischen Staaten ansehen. So wird Israel bezichtigt, einen Völkermord an den Palästinensern zu begehen, ebenso wie die Nationalsozialisten einen Genozid an den europäischen Juden begingen.

Für Israelis ist dieser Vergleich eine Schockerfahrung, vor allem da der/die Fragende oftmals gar nicht weiß, was der Begriff Holocaust bezeichnet. Das ist gleichermaßen enttäuschend wie tief verletzend. Auf die Nachfrage, ob man denn wisse, was während des Holocausts geschehen sei, antwortete eine Schülerin, dass Juden ‚ausgegrenzt wurden‘.

Wenn Deutsche offenbaren, dass sie unwissend und/oder uninteressiert an der Geschichte des Völkermordes an den europäischen Juden sind, so kommt dies für viele Israelis einer Diffamierung der Ermordeten gleich. Oft muss bei den Gesprächen erklärt werden, dass der Vergleich und die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Genozid an den europäischen Juden die Schuld Deutschlands am Holocaust relativiert. Bei einem Gespräch führte diese Erklärung dazu, dass eine Schülerin sich für ihre Frage, wie der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust zu vergleichen sei, entschuldigte. Es geht aber nicht darum, dass sie diese Frage stellte, sondern darum, warum sie diese Frage stellte.“

Die Broschüre kann als kostenfreies Druckexemplar unter info@rias-bayern.de bestellt werden.



Download der Publikation unter:

https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdanken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf

„Reißt die Holocaust-Denkmäler ab!“ – Post-Schoah-Antisemitismus und (Massen-) Zuschriften

RIAS Bayern sind 91 antisemitische Vorfälle mit der Klassifikation „Post-Schoah-Antisemitismus“ bekannt geworden, die postalisch oder per E-Mail erfolgten. 79 wurden als Massenzuschrift kategorisiert, worunter antisemitische (Online-)Schriften fallen, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten, etwa, wenn eine E-Mail an mehrere Empfänger verschickt wird.

Bei diesen Zuschriften, die an Privatpersonen, Institutionen sowie Personen aus Politik und Presse verschickt werden, handelt es sich oft um äußerst ausführliche Texte, in denen kaum ein antisemitisches Stereotyp ausgelassen wird:

München, 27. März 2021

Eine Münchner Einrichtung der Jugendarbeit erhielt eine E-Mail mit dem Betreff „Reißt die Holocaust-Denkmäler ab! Hundert Jahre Krieg der Zionisten gegen Deutschland und die Welt“. Im Text fügen sich verschiedene Formen des Antisemitismus zusammen, die die gesamte Menschheitsgeschichte entlang der seit Jahrhunderten kolportierten „jüdischen Weltverschwörung“ erklären sollen.

Es wird behauptet, „die Juden“ würden seit „über hundert Jahren Krieg gegen Deutschland führen“. Der Zionismus verfolge „die Eroberung der Weltherrschaft“, „Wesenszüge des Judentums“ seien „Rache und unersättliche Gier“, „jüdisches Recht“ würde eine „Vermischung“ verschiedener Kulturen verbieten. Außerdem würde Israel Palästinenser:innen „massakrieren“ und als Kriegstreiber weltweit und besonders im Nahen Osten fungieren. Israel wird das Existenzrecht abgesprochen, Antisemitismus als „Fiktion“ und die Schoah als „Märchen“, „Lüge“ und „Totschlagargument“ bezeichnet.

Als Anhang wurde ein selbstgemalt wirkendes Bild angefügt, das Angela Merkel zeigt, wie sie sich von einem explodierenden Schiff mit deutscher Fahne nach Israel absetzt. Die Darstellung spielt auf die Behauptung an, die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin sei Jüdin und könne deshalb „dem deutschen Volk“ gegenüber nicht loyal sein. Ihre Agenda oder ihr Auftrag sei es gewesen, Deutschland zu zerstören.

RIAS Bayern dokumentierte neben 60 derartiger E-Mails auch 31 Post-Zuschriften.

Bayernweit, 2021

17 Betroffene meldeten RIAS Bayern jeweils gleichlautende Briefe, mit der Aufforderung, diese zu kopieren und weiterzuverbreiten. Die beiliegenden Kopien relativierten die Schoah und stellten die Funktion der Konzentrationslager in Frage.

So wurde unter anderem die Kopie eines historischen „Daily Express“-Artikels mit der Überschrift „Judea Declares War on Germany“ beigelegt, der die angebliche Schuld der Juden am zweiten Weltkrieg belegen soll. Außerdem wurden Auszüge aus jüdischen Gesetzbüchern angehängt, die antisemitische Stereotype rechtfertigen sollen. Ein weiteres Dokument soll belegen, dass die Misshandlung von KZ-Häftlingen von den Nationalsozialisten unter Strafe gestellt war. Statistiken über die jüdische Bevölkerung zwischen 1933 und 1948 sollen belegen, dass es den Holocaust nicht gegeben haben kann. Ein weiteres Dokument beinhaltet eine technische Zeichnung und Erläuterungen zur Funktion von Gaskammern, die angeblich zeigen, dass es sich dabei um „Entlausungskammern“ und bei Zyklon B um ein „normales“ Entlausungsmittel handelte.

Neben der massiven Abwehr der Schoah ist an diesen Briefen, die wohl von einer Einzelperson verschickt wurden, auffällig, welches Mitteilungsbedürfnis der Antisemitismus mit sich bringen kann: In extra beigefügten Karten wurden die Empfänger:innen aufgefordert, die Schriftstücke möglichst oft zu vervielfältigen und weiterzuverbreiten. Antisemitismus schreitet zur Tat. Das heißt, Antisemiten müssen – in der vermeintlichen Erkenntnis über das existenzielle Unheil in der Welt – als „verfolgende Unschuld“ sich „zur Wehr“ setzen und die Menschheit über „die Wahrheit“ aufklären

Während es sich in diesem Fall um postalische Massenzuschriften handelt, kann der Antisemitismus konsequent zu Ende „gedacht“ auch physisch werden. So glaubte etwa der Attentäter, der am Yom Kippur 2019 die Synagoge in Halle angriff, „der Jude“ stünde hinter allem, was er als Problem in der Welt identifiziert hatte: Feminismus, sinkende Geburtenraten und Migration. Er sagte auch, der Holocaust habe nie stattgefunden. Der Attentäter, der 2020 in Hanau zehn Menschen ermordete, glaubte ebenfalls an antisemitische Verschwörungserzählungen. Und auch die Nationalsozialisten waren überzeugt, die „Vernichtung des Judentums“ sei ein Abwehrkampf gegen die „jüdische Weltverschwörung“.

„Was erzählt Ihr für Lügen?“

– Antisemitische Vorfälle an Orten der Erinnerung

RIAS Bayern sind 48 antisemitische Vorfälle bekannt geworden, die sich an bzw. in Orten der Erinnerung an die Schoah ereigneten. Hierbei ist die hohe Zahl an gezielten Sachbeschädigungen auffällig: In 23 Fällen wurden etwa Gedenkzeichen beschädigt oder antisemitische Parolen hinterlassen.

München, 21. April 2019

Am 21. April wurde RIAS Bayern bekannt, dass Unbekannte über die Osterfeiertage die Inschrift eines Denkmals mit einer Doppelsigrune, dem Zeichen der SS, besprüht hatten. Bei dem Mahnmal handelt es sich um die Skulptur eines Stuhls („Gebeugter leerer Stuhl“). Es steht vor der Obermenzinger Pfarrkirche *Leiden Christi* und wurde im November 2016 an der Westseite der Kirche angebracht. Das Mahnmal erinnert an die von den Nazis verfolgten, vertriebenen und ermordeten Obermenzinger Jüdinnen und Juden.

Gemünden, 21./22. Mai 2019

In Gemünden am Main versuchten Unbekannte eine Inschrift zur Erinnerung an die ehemalige Jüdische Gemeinde von einem Denkmal zu entfernen und brachen dabei eine Ecke der Tafel ab. Die Jüdische Gemeinde im Ort hatte bereits seit dem Mittelalter bestanden, die letzten jüdischen Bürger emigrierten kurz nach Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Das Denkmal am Schloss Adolphsbühl wurde erst wenige Tage vor der Beschädigung errichtet.

Kaufering, 2. Oktober 2021

Während einer Gruppenführung auf dem Gelände des ehemaligen KZ Kaufering VII (heute *Europäische Holocaustgedenkstätte*) entdeckte die meldende Person auf der Rückseite einer Schautafel ein Hakenkreuz und den Satz „Bitte komm zurück“. Die *Stiftung Bayerische Gedenkstätten* erstattete Anzeige bei der Polizei.

Der KZ-Lagerkomplex Kaufering, zu dem das Lager Kaufering VII gehörte, wurde im Frühsommer 1944 errichtet. Es handelte sich um den größten Außenlagerkomplex des KZ Dachau. Überwiegend jüdische Häftlinge sollten dort unter katastrophalen Verpflegung- und Hygienebedingungen drei halbunterirdische Bunker für die Flugzeugproduktion der Luftwaffe bauen. In der Umgebung befinden sich mehrere Massengräber mit sterblichen Überresten jüdischer Häftlinge.



München, 28. April 2022

In der Tengstraße in München wurde in das Erinnerungszeichen für Mina Bergmann ein Hakenkreuz geritzt. Die Polizei wurde informiert, das Erinnerungszeichen wurde ausgetauscht. Mina Bergmann, geborene Spears, kam 1869 in Sonneberg zur Welt. 1898 heiratete sie den 1857 in Gochsheim geborenen Hopfengroßhändler Nathan Bergmann. Das jüdische Ehepaar hatte zwei Töchter. Nathan Bergmann betrieb bis zur sogenannten Arisierung 1938 die Hopfengroßhandlung *N. Bergmann* in der Wilhelmstraße 15. Er verstarb 1940. Die Gestapo deportierte Mina Bergmann am 4. Juni 1942 in das Ghetto Theresienstadt, wo die SS sie am 30. Juni 1942 ermordete.

Bei 20 von RIAS Bayern dokumentierten Vorfällen in und an Orten der Erinnerung handelte es sich um verletzendes Verhalten:

Würzburg, Mai bis Juni 2022

Am Würzburger Hauptbahnhof befindet sich ein Mahnmal, das an die Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Unterfranken in die osteuropäischen Durchgangs- und Vernichtungslager zwischen 1941 und 1944 erinnert. Direkt vor dem Mahnmal führte das *Mainfranken Theater Würzburg* zwischen April und

Juli das Stück „Das Tagebuch der Anne Frank“ auf. Die Darstellung durch eine einzelne Schauspieler:in fand im öffentlichen Raum, in unmittelbarer Nähe zum Würzburger Hauptbahnhof statt.

RIAS Bayern sind durch Meldungen und eigenes Monitoring im Rahmen dieser Aufführung mehrere antisemitische Störungen durch Passant:innen bekannt geworden. So kommentierte am 6. Mai ein Mann die Aufführung mit dem Satz: „Was für eine scheiß Judenveranstaltung hier, was erzählt ihr für Lügen?“. Am 10. Juni rief eine Person im Vorbeigehen „Juden!“, weitere Personen störten die Veranstaltung durch laute unverständliche Rufe, Lachen, demonstratives Kopfschütteln oder zeigten mit dem Finger auf die Schauspieler:in. Am 12. Juni lief eine mit einer Maske und einem „Palästinensertuch“ verummte Person an der Aufführung vorbei und rief mehrfach laut unverständliche Aussagen in Richtung Bühne. Am 13. Juni sagte ein Passant, er werde „in 100 Jahren nicht verstehen, warum stellt man das da hin?“ Außerdem gab es wieder mehrere unverständliche Zwischenrufe. Am 15. Juni begann eine Passantin vor Aufführungsbeginn ein Gespräch mit Mitarbeitern des Theaters. Im Zuge dessen fragte sie: „Habt ihr Juden dabei?“. Außerdem sagte sie, dass sie antisemitisch eingestellt ist, weil sie so erzogen wurde und ihr Vater „im Schützengraben“ war. Die Frau und ihre zwei Begleiter weigerten sich zunächst den Ort zu verlassen und setzten sich demonstrativ in den Bühnenbereich.

Die Aufführung wurde zunächst ohne eigenes Sicherheitspersonal des Theaters durchgeführt. Erst nachdem eine Presseanfrage das Theater erreichte, wurde eine eigens für Sicherheit zuständige Person bereitgestellt.

RIAS-Bayern-Leiterin Dr. Annette Seidel-Arpaci sagte zu den Vorgängen: „Wenn eine öffentliche Theaterinszenierung an einem Ort des Gedenkens an die Shoah vor antisemitischen Pöbeleien nicht sicher ist, so zeigt dies, dass man nicht an die Ermordeten erinnert werden möchte. Das Gedenken stört, man will überhaupt nichts hören von und über Juden. Nichts über die von den Vorfahren Ermordeten aber auch nichts von den Lebenden. Das wird dann auch jederzeit im Alltag zum Ausdruck gebracht, wenn man zufällig auf ‚etwas Jüdisches‘ stößt. Es ist furchtbar, dass die junge Hauptdarsteller:in Angst haben muss, öffentlich aufzutreten. Diese antisemitischen Zustände dürfen nicht verschwiegen oder beschwichtigt werden.“

Am selben Ort wurde außerdem eine Versammlung dokumentiert:

Würzburg, 29. Oktober 2021

Rund zehn Teilnehmer:innen trugen bei einer *Eltern stehen auf*-Kundgebung in unmittelbarer Nähe des *DenkOrt Deportationen* am Würzburger Hauptbahnhof gelbe Punkte auf der Kleidung, auf denen jeweils „ungeimpft“ stand. Die 45 Personen protestierten gegen tatsächliche und vermeintliche staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie.

Der Gedenkort, der aus Koffern besteht, erinnert an die deportierten und ermordeten unterfränkischen Jüdinnen und Juden. Die gelben Punkte der Impfgegner:innen sind eine Abwandlung der historischen gelben Sterne, die ab 1941 im Deutschen Reich zur Kennzeichnung von Jüdinnen und Juden getragen werden mussten. Die Markierungen der Impfgegner:innen sollen ausdrücken, sie würden derzeit behandelt wie Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus. So wird die Schoah verharmlost. Der Kundgebungsort direkt an der Gedenkstätte unterstreicht diese Aussage.

Seit der Gründung von RIAS Bayern 2019 werden kontinuierlich antisemitische Vorfälle in und an Orten der Erinnerung bekannt. Sichtbare Zeichen der deutschen Schuld an der Ermordung der europäischen Juden scheinen für viele Menschen so unerträglich zu sein, dass sie angegriffen werden müssen.

Seit der Gründung von RIAS
Bayern 2019 werden kontinuierlich
antisemitische Vorfälle
in und an Orten der Erinnerung
bekannt. Sichtbare Zeichen
der deutschen Schuld an der
Ermordung der europäischen
Juden scheinen für viele
Menschen so unerträglich zu
sein, dass sie angegriffen
werden müssen.

Exkurs I

Von Pösing nach Palästina – Postkoloniale Angriffe auf die Erinnerung



Dieser Exkurs trägt einer aktuellen gesellschaftlichen Debatte Rechnung, in der es um postkoloniale Perspektiven auf Geschichte geht. In der Debatte kommen zwei Stränge zusammen: Einerseits die wichtige und legitime Forderung nach einer breiten Auseinandersetzung mit der kolonialen Geschichte Europas und auch und insbesondere Deutschlands, und den Auswirkungen des Kolonialismus auf die Gegenwart. Es geht dabei um nicht geleistete Entschädigungszahlungen, um geraubte Exponate und menschliche Überreste in Museen, um Straßennamen, Denkmäler und um Rassismus, der eine Quelle in kolonialer Herrschaft und kolonialem Denken hat. Der Kolonialismus wirkt bis heute fort. Dies beeinträchtigt und bedroht die Leben derjenigen, die im rassistischen Blick als minderwertig betrachtet werden, bis heute täglich. Alles, was damit zusammenhängt, braucht Platz in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Hier gibt es noch erhebliche Leerstellen. Leerstellen, die auch bestehen, wenn es um Antiziganismus oder verweigerte Entschädigungen an von den Nationalsozialist:innen besetzte Länder Europas geht.

Der zweite Strang der aktuellen gesellschaftlichen Debatte, und davon bleibt die Legitimität des ersten unberührt, besteht aus Angriffen auf die mühsam erkämpfte, häufig oberflächliche und mangelhafte, aber doch bestehende Erinnerung an die Schoah, die auch von Protagonist:innen dieser postkolonialen Debatte ausgehen. Die zentralen Argumentationslinien und die Implikationen dieser Angriffe versucht dieser Exkurs nachzuzeichnen. Dabei war weder jeglicher Postkolonialismus per se antisemitisch, noch sind die hier zitierten Äußerungen grundsätzlich als antisemitisch oder schoahrelativierend und im Sinne von RIAS Bayern als antisemitische Vorfälle zu qualifizieren. Es zeigt sich aber die besorgniserregende Tendenz, dass aus diesem Umfeld in immer höherer Frequenz Ereignisse und Debattenbeiträge kommen, die das bei weitem nicht gesamtgesellschaftlich geteilte Bewusstsein über die Präzedenzlosigkeit der Schoah wieder zurückdrängen, die die Erinnerung verblassen und das Wissen sowohl über die Schoah verschwimmen lassen wollen.

Als Schlaglichter und Kulminationspunkte dieser Debatte sind unter anderem die Einladung des postkolonialen Theoretikers Achille Mbembe zur *Ruhrtriennale 2020*, die *documenta 15* in Kassel, die Berliner akademische Konferenz *Hijacking Memory* und einige Debattenbeiträge, Essays und Interventionen im Internet sowie den Feuilletons zu nennen, die im Folgenden zitiert und analysiert werden.

◀ **Pösing, April 2019**

Kapelle „Unschuldige Kinder
– der stumme Schrei“

Foto: Pedro Ximenez, wikipedia

Ausgehend von der historischen Erfahrung, dass Antisemitismus immer auch wesentlich von gebildeten, akademischen, kunstinteressierten und intellektuellen Kreisen ausging, besteht auch aktuell die Gefahr, dass diese schoahrelativierenden Tendenzen aus dem Postkolonialismus Wegbereiter sind – oder sein können – für antisemitische Taten, Angriffe und Anfeindungen. Gerade weil in Bayern die Zahl der Vorfälle, die einem solchen Hintergrund zugeordnet werden können, noch recht gering ist, ist es wichtig, frühzeitig auf die inhaltlichen Gefahren hinzuweisen, um dazu beizutragen, dass Antisemitismus und Relativierung der Schoah durch diesen Strang des Postkolonialismus nicht unwidersprochen weiterverbreitet werden.

Unfreiwillige Übereinstimmungen

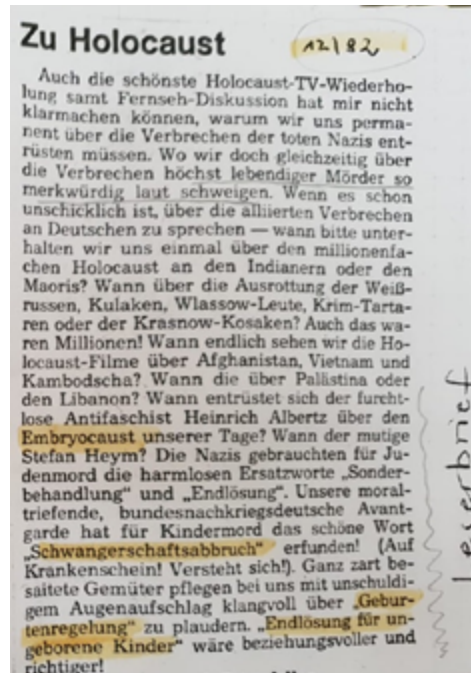
Der erste Angriff auf die Erinnerung an die Schoah, der RIAS Bayern wenige Monate nach Beginn der Arbeit im April 2019 bekannt wurde, ereignete sich im Dorf Pösing im Landkreis Cham in der Oberpfalz in einer privaten Kapelle. Ein christlicher Abtreibungsgegner hatte sie dort errichtet. Er setzt darin Schwangerschaftsabbrüche mit der Schoah gleich und verharmlost diese dadurch.

Daneben, und darum soll es hier gehen, findet sich in der Kapelle auch eine postkoloniale, globalgeschichtliche Komponente. In einem dort ausgehängten Leserbrief von Dezember 1982 heißt es: „Auch die schönste Holocaust-TV-Wiederholung samt Fernseh-Diskussion hat mir nicht klarmachen können, warum wir uns permanent über die Verbrechen der toten Nazis entrüsten müssen. Wo wir doch gleichzeitig über die Verbrechen höchst lebendiger Mörder so merkwürdig laut schweigen. Wenn es schon zu unschicklich ist, über die alliierten Verbrechen an den Deutschen zu sprechen – wann bitte unterhalten wir uns einmal über den millionenfachen Holocaust an den Indianern oder den Maoris? Wann über die Ausrottung der Weißrussen, Kulaken, Wlassow-Leute, Krim-Tataren oder der Krasnow-Kosaken? Auch das waren Millionen! Wann endlich sehen wir die Holocaust-Filme über Afghanistan, Vietnam und Kambodscha? Wann die über Palästina oder den Libanon?“

In diesem Dokument paart sich die Schlusstrichforderung, die bereits kurz nach dem militärischen Sieg über den Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft präsent war, mit einer anderen Form der Schoahrelativierung: Mit dem Versuch, die Präzedenzlosigkeit und damit die bisherige Singularität der Schoah durch Verweise auf alle möglichen tatsächlichen oder vermeintlichen Genozide und Massenverbrechen zu relativieren. Vorzugsweise werden solche Verbrechen ins Feld geführt, die tatsächlich oder vermeintlich kolonialistisch, imperialistisch, nationalistisch oder rassistisch motiviert waren. So wird eine antirassistische Stoßrichtung vorgegeben:

Pösing, 2019

Leserbrief von 1982, ausgehängt in einer privaten Kapelle. Hier wird die Schoah durch Gleichsetzungen mit Schwangerschaftsabbrüchen wie durch den Verweis auf andere gewaltvolle Ereignisse relativiert.



Man wolle die Anerkennung solcher Massenverbrechen im öffentlichen Bewusstsein durchsetzen. Gerade in der Kombination mit dem offensichtlichen Unwillen aber, sich mit der Schoah auseinanderzusetzen, entlarvt sich dieser vermeintliche Antirassismus als Whataboutism, der gerade nicht die Thematisierung anderer Verbrechen zum Ziel hat, sondern in der aktiven Ignoranz gegenüber all den genannten Verbrechen mündet – gegenüber der Schoah ebenso wie der „Ausrottung der Krim-Tataren“.

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz trifft auch vierzig Jahre nach diesem Leserbrief eine Debatte über die deutsche Erinnerungskultur, über das Verhältnis von Gedenken an die Schoah und koloniale Verbrechen und über Fragen nach der Präzedenzlosigkeit der Schoah denselben Nerv. Was lange eine akademische Diskussion war, drängt seit etwa 2020 in die deutschen Feuilletons. Einer der ersten Texte, die viel Beachtung und Reaktionen hervorriefen, war der Artikel *Enttabuisiert den Vergleich!* von Michael Rothberg und Jürgen Zimmerer in der *ZEIT*, zwei Vertretern einer Kontinuitätsgeschichte vom Kolonialismus zur Schoah (Zimmerer: *Von Windhoek nach Auschwitz*) sowie einer „multidirektionalen Erinnerung“ (Rothberg) an koloniale und die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie postulierten, am Ende ihrer Vision einer neuen Erinnerungskultur stünde „nicht weniger deutsche Verantwortung, sondern mehr, nicht weniger, sondern mehr Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus“, was „das Ziel jeder Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den Verbrechen des

Nationalsozialismus sein“ solle. Zudem wiesen sie den „Vorwurf, die Einzigartigkeit des Holocausts und damit die deutsche Schuld und Verantwortung infrage zu stellen“ zurück.

All das mag ihre Intentionen treffend beschreiben. Sie halten dieses selbstgesteckte Ziel aber nicht durch,¹ und die reine Intention ändert wenig an den Inhalten und den Effekten des Geschriebenen. Dazu zählt zentral, und dem widmet sich dieses Kapitel, die Infragestellung der Präzedenzlosigkeit der Schoah.²

Erfundene Verbote und reine Lehren

Das Problem an der postkolonialen Strömung liegt dabei weder darin, das Verhältnis von kolonialen Genoziden und der Schoah untersuchen oder diese vergleichen zu wollen, noch liegt es in der Intention, dominante deutsche Formen des Erinnerns an die Schoah zu kritisieren. Allzu häufig sind diese ohnehin eher Erinnerungstheater als tatsächliche Auseinandersetzung und Reflexion. Auch die Forderung nach Auseinandersetzung mit den deutschen kolonialen Verbrechen ist prinzipiell zu begrüßen.

Ein erstes Problem liegt vielmehr in der Annahme von Rothberg und Zimmerer, dass es ein „Verbot jedes Vergleichs und In-Beziehung-Setzens“ der Schoah mit anderen Genoziden, dem Kolonialismus und überhaupt dem Weltgeschehen gäbe.³ Für diese Behauptung bleiben sie den Beleg aber schuldig. Dies ist wenig verwunderlich, denn weder in Deutschland noch international existiert solch ein „Verbot“. Das zeigen bereits die von Rothberg und Zimmerer kritisierten und weitgehend synonym verwendeten Begriffe „Einzigartigkeit“ oder „Singularität“⁴ der Schoah, denn ohne Vergleich wären solche Diagnosen nicht möglich. Im Gegenteil besteht ein großer Teil der Holocaustforschung eben aus Vergleichen, In-Beziehung-setzen und dem Aufzeigen von Kontinuitäten, Brüchen, Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen der Schoah und anderen Genoziden.⁵ Indem Rothberg und Zimmerer solch ein „Verbot“ behaupten, geschehen zwei Dinge: Erstens können die Kritiker:innen des vermeintlichen Verbots als mutige Tabubrecher:innen im Dienste einer vermeintlich unterdrückten Wahrheit und einer offeneren Gesellschaft auftreten, was ihnen Legitimität verleiht und Aufmerksamkeit garantiert. Zwar mit einer anderen Stoßrichtung, aber ebenfalls als vermeintlicher Tabubrecher ist z.B. auch der Schriftsteller Martin Walser mit seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche 1998 aufgetreten, in der er, „vor Kühnheit zitternd“, Auschwitz als „Moralkeule“ bezeichnete.⁶ Zweitens muss ein Verbot von einer Autorität ausgesprochen, kontrolliert und sanktioniert werden – was unweigerlich zu der Frage führt, wer diese Autorität sei. Rothberg und Zimmerer bleiben hier vage, mit vielen Passivkonstruktionen umgehen sie dieses Problem und lassen das vermeintliche Verbot

als kritikwürdigen kollektiven Wert oder diskursive Realität erscheinen. Sie geben keine Antwort auf die Frage, auch keine antisemitische. Unbeantwortete Fragen nach nebulösen Autoritäten und deren (vermeintlichen) Herrschaftsmitteln sind aber aus historischen Gründen immer anfällig für antisemitische Interpretationen, denn die, denen große, unsichtbare Macht traditionell zugeschrieben wird, sind die Juden.

So ist es wenig verwunderlich, dass antisemitisch unterlegte Motive bald in der Debatte auftauchten: Der Historiker Dirk Moses verteidigte nicht nur Rothberg und Zimmerer, sondern bemühte in seinem Blogbeitrag zum Thema⁷ auch Begriffe und Motive, die deutlich näher am Antisemitismus sind als die offene Frage, wer hinter dem unbelegten Verbot stünde. Er behauptet einen *Katechismus der Deutschen*, der unter anderem dazu diene, im Holocaust „ein heiliges Trauma“ zu sehen, „das um keinen Preis durch andere Ereignisse – etwa durch nichtjüdische Opfer oder andere Völkermorde – kontaminiert werden darf, da dies seine sakrale Erlösungsfunktion beeinträchtigen würde.“ Die Deutschen – selbst eher neueren und nach wie vor mangelhaften – Bemühungen, für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden zu sorgen oder die offizielle Verbundenheit mit Israel, der auch antizionistische und israelfeindliche Politik gegenübersteht, sind für ihn deshalb Ausdruck einer philosemitischen Wendung dessen, was Saul Friedländer „Erlösungsantisemitismus“ nannte. Dieser hatte damit die zentrale Motivation für die Shoah beschrieben.

Hohepriester der Erinnerung und Muslime als neue Juden

Moses schreibt, zur Verteidigung des „Katechismus“ würden „öffentliche Exorzismen“ „unter der Aufsicht selbsternannter ‚Hohepriester‘“ durchgeführt. Damit bedient er sich einer Sprache, die nicht nur die Erinnerungskultur – bei aller Kritik, die es an ihr zu üben gilt – als ausschließlich fetischisiertes und sakralisiertes Ritual delegitimiert und als ideologisch motiviert darstellt, sondern er abstrahiert auch von den historischen Tatsachen, die die Shoah spezifisch machen. Teil des Katechismus seien die Aussagen, der „Antisemitismus ist ein Vorurteil und Ideologem sui generis“, eine einzigartige Ideologie, und er „sollte nicht mit Rassismus verwechselt werden“. Diese Sätze über den Antisemitismus sind richtig, werden aber von Moses zum Teil des vermeintlichen Katechismus erklärt und erscheinen so als dogmatisch und damit illegitim und falsch.⁸ Bei aller Verwobenheit und Überschneidung mit Rassismus, aber auch etwa Sexismus oder Homosexuellenfeindlichkeit, funktioniert der Antisemitismus tatsächlich anders, weil er wie keine andere Ideologie Welterklärungscharakter besitzt und seine Objekte, die Juden, gleichzeitig ab- und aufwertet, indem er ihnen eine heimliche, aber sehr große Macht zuschreibt und eine „jüdische Weltverschwörung“ herbeifantasiert.

Moses behauptete im Verlauf der Debatte, es habe sich seit der Reconquista der iberischen Halbinsel eine „Figur des ‚Semiten‘“ als Feindbild herausgebildet, die für eine „jüdisch-muslimische innere und äußere Gefahr“ für das Abendland gestanden habe.⁹ Der Antisemitismus habe sich gegen diese Figur, also gegen Juden und Muslime gleichermaßen gewendet. Nach der Schoah hätten „westdeutsche politische und kulturelle Eliten – Politiker und Kirchen“ aber einen „theo-politischen Frieden mit ‚den Juden‘“ geschlossen und begonnen, Israel als „ein Stück des Walles gegen Asien“ im „Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei“¹⁰ zu betrachten. Diese „Feindschaft des ‚Ariers‘ gegenüber der Figur des ‚Semiten‘“ sei, insbesondere nach 9/11, auf eine „vermeintliche muslimische Barbarei übertragen“ worden. Die Muslime seien also die neuen Juden. Hier werden die Unterschiede zwischen Rassismus, der auch Muslime treffen kann, und Antisemitismus, der eine ‚jüdische Weltverschwörung‘ herbeifantasiert und aufgrund der den Juden zugeschriebenen Übermacht aus sich heraus zu einer „Endlösung“ tendiert, nivelliert. Im Rassismus gibt es weder diese Zuschreibung von allumfassender, geheimer Macht noch gibt es rassistische Vorstellungen, alle Rassifizierten der Welt zu vernichten. So aber wollte man im Nationalsozialismus aufgrund seines Kerns, des Antisemitismus, mit den Juden verfahren.¹¹

Im *Katechismus der Deutschen* schließt Moses spätestens mit dem Begriff „Hohepriester“ an antisemitische Motive an: Dem jüdischen Hohepriester Kaiphas wurde schon in den Evangelien und der frühen Kirchengeschichte stellvertretend für die Juden Schuld an der Kreuzigung Jesu gegeben. Die Darstellung der Figur „Kaiphas, der Hohepriester“ hat so zum christlichen Vorwurf des Gottesmordes an die Juden beigetragen, einem der Gründungsmomente des christlichen Antijudaismus. Dieser wiederum bildet ein wesentliches Fundament für den modernen Antisemitismus und ist bis heute verbreitet.

Moses benennt neben den „Hohepriestern“ weitere vermeintliche Autoritäten, die hinter dem Vergleichsverbot stecken: Der neue Katechismus sei „im Austausch mit amerikanischen, britischen und israelischen Eliten ausgehandelt“ worden, die israelische Regierung wiederum mache sich für die mittlerweile weit verbreitete Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) stark. Die IHRA-Definition steht aus einer Moses nahestehenden politischen und akademischen Richtung in der Kritik, weil sie israelbezogenen Antisemitismus als Antisemitismus fasst. Moses Formulierungen, „israelische Eliten“ und „die israelische Regierung“, die irgendwie Schuld habe an den angeblichen „erschreckenden Auswirkungen“ der IHRA-Definition, sind dann der Boden, auf dem Antisemitismus als „Gerücht über die Juden“ (Adorno/Horkheimer) gedeihen kann. Die „erschreckenden Auswirkungen“ der IHRA-Definition, darunter eine angebliche „Jagd auf Häretiker“ durch „Hüter der erinnerungspolitischen Orthodoxie“ werde aber

dankenswerterweise von „liberalen Geistern, die Deutschlands Kulturinstitutionen leiten“ mit der *Initiative GG 5.3 Weltoffenheit* entgegengetreten, um gegen ein vermeintliches Verbot solcher Positionen Stellung zu beziehen. Die Strohmannen der angeblichen Verbote des Vergleichs der Shoah mit anderen Genoziden und der Kritik israelischer Politik sind absurd: Die vielgescholtene IHRA selbst listet auf ihrer Seite „Argumente für vergleichende Forschungen über den Holocaust und andere Völkermorde“¹² auf, und stellt keinesfalls jegliche Kritik an israelischer Politik oder auch Israel als Ganzem in Frage. Allerdings geht eine solche Kritik immer wieder in offenen Antisemitismus über, wie die Serie antisemitischer Motive bei der *documenta 15* zeigt.

„Angeblicher Antisemitismus“ und jüdische „Besessenheit vom Holocaust“

Martin Sellner, Kopf der extrem rechten Identitären Bewegung Österreich, zieht zwar aus dem „Schuldskult“ andere Konsequenzen als Dirk Moses, bescheinigte ihm aber, sein Text sei eine „scharfe Analyse“ und „absolut lesenswert.“¹³ Dirk Moses steht hier stellvertretend für eine Art zu denken und hat ein sehr begrenztes Verständnis von Antisemitismus. So spricht er von einem „*angeblichen* Antisemitismus“ des postkolonialen Historikers und Politikwissenschaftlers Achille Mbembe, um dessen Einladung auf die *Ruhrtriennale 2020* eine Debatte entstand, weil er israelfeindliche und antisemitische Positionen vertritt.¹⁴

Hier sollen nur einige Beispiele aus den Schriften Mbembes genannt werden. Es seien etwa „die Effekte des israelischen Projekts auf den palästinensischen Körper [...] viel furchtbarer als die relativ primitiven Operationen, die das Apartheidregime in Südafrika zwischen 1948 und den frühen 1980er Jahren unternommen“ habe.¹⁵ Und weiter: „Das Apartheidsystem in Südafrika und die Vernichtung der Juden in Europa – letztere auf eine extreme Weise und in einem spezifischen Kontext – konstituieren zwei emblematische Manifestationen“ einer „Trennungsfantasie“¹⁶, seien also irgendwie ähnlich. „Die ausgefeilteste Form der Nekromacht ist die gegenwärtige koloniale Besetzung Palästinas.“¹⁷ Er möchte an anderer Stelle darauf wetten, dass es in Palästina „schlimmer als in den südafrikanischen Bantustans“ während der Apartheid sei (ob es auch „schlimmer“ sei als die Shoah, bleibt ebenso unbeantwortet, wie die Frage, warum „schlimm“ die Vergleichskategorie ist) und unterstellt Israel, „Massaker, Zerstörung und schrittweise Vernichtung“ an der palästinensischen Bevölkerung üben zu wollen.¹⁸ Mbembe führt nicht aus, wie er zu diesem Urteil kommt. Warum die israelische „Nekromacht“ ausgefeilter sei als etwa die chinesische den Uigur:innen, die türkische den Kurd:innen, jene des IS den Ezid:innen oder die myanmarische den Rohingya gegenüber, um von tatsächlichen Massakern und Völkermordversuchen zu sprechen, bleibt offen.

An anderer Stelle kontrastiert Mbembe den südafrikanischen Post-Apartheid-Weg mit Israel. Staaten, „die sich hauptsächlich als Opfersubjekte definieren“, was sowohl auf Israel als auch auf Südafrika zuträfe, erschienen als „hasserfüllte Subjekte“, die unermüdlich gezwungen seien, „den Opfermord nachzuahmen und anderen all die Grausamkeiten zuzufügen, deren Sühneopfer sie selbst einst waren.“ Was Südafrika durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission vermieden habe, tue Israel: Das hasserfüllte Subjekt Israel ahme also den Opfermord, die Schoah, an den Palästinensern nach, was ein „Verlangen nach Sühne“ ausdrücke, das „die Form des Rachegeistes – Auge um Auge und Zahn um Zahn‘ annehme.“¹⁹ Das Motiv der Rachsucht selbst hat dabei antisemitische Züge, die hier auf Israel projiziert werden.

Die offensichtlichste Erklärung für diesen unerklärten Fokus auf den jüdischen Staat, den Antisemitismus, sieht Dirk Moses nicht. Ähnliches gilt, wie für einen großen Teil des deutschen Kulturbetriebs, der zu Mbembes Verteidigung antrat, auch für Aleida Assmann, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Jan Assmann 2018 mit dem *Friedenspreis des deutschen Buchhandels* ausgezeichnet wurde – für ihre Arbeit an den „Themen von Geschichtsvergessenheit und Erinnerungskultur“.²⁰ In der Debatte um Mbembe sagte sie, dieser habe sich „als Afrikaner mit der Geschichte des Holocaust und Israels auseinandergesetzt, indem er sie in seine eigene Erfahrungswelt eingeordnet“ habe. „Sein Bezug ist dabei nicht eine Ideologie oder ein Narrativ, das historische Ereignisse erklärt, deutet und bewertet, sondern das Band einer langen historisch geprägten und gelebten Erfahrung.“ Der Antisemitismus aber, die Ideologie, ohne deren Verständnis sich dem historischen Ereignis der Schoah nicht angenähert werden kann, verschwindet so. Alles wird zur „Erfahrung“, die „Verbindungen zwischen unterschiedlichen Ereignissen und Kontinenten“ schaffen soll – gemeinschaftliches Wohlfühlen wird zum Zweck, „den Blick auf den Holocaust und die deutsche Identität zu erweitern“. Was von Assmann als Einordnung der Geschichte des Holocaust und Israels in die eigene Erfahrungswelt bezeichnet wird, kehrt bei der *documenta 15* als „Perspektive des Globalen Südens“ wieder.

Die Spezifika der jüdischen Erfahrung, aufgrund der eigenen schieren Existenz vom Erdboden getilgt werden zu sollen, verschwindet. Assmann plädiert für „einen Antisemitismusbegriff, der uns nicht trennt, sondern zusammenführt und stärkt im entschlossenen Kampf gegen Judenhass, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.“²¹ Kritik an der antiisraelischen Boykottkampagne BDS wird bei Assmann, Moshe Zimmermann zitierend, „eine ‚Technik des Mundtotmachens‘ im Interesse der israelischen Regierung.“²² Die Forderungen von BDS laufen dann auch auf das Ende der Existenz Israels als jüdischer Staat hinaus, der Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus schützt und damit auf genau die jüdische Erfahrung reagiert, die sich eben nicht zur Erweiterung der deutschen Identität eignet.

Dirk Moses schreibt weiter, dass „die AfD Israel als ethno-nationalistischem und anti-islamischem Staat mit einer restriktiven Einwanderungspolitik eine gewisse Bewunderung“ entgegenbringe. Hier zeigt er, dass er ein projektives Bild von Israel eben mit jenen Fraktionen der AfD teilt, auf deren Israelbild seine Beschreibung passt.²³ Das allerdings hat mit dem realen Israel wenig gemein. Wiederum nur ein Beispiel: Im angeblich „anti-islamischen Staat“ Israel gibt es staatlich finanzierte Schariagerichte, so wie es neben dem säkularen Gerichtssystem auch Rabbinats- und christliche Gerichte für Zivilrecht gibt.

Solche Zerr- und Feindbilder von Israel sind zwar bei den Akteuren der postkolonialen Angriffe auf die Erinnerung an die Schoah unterschiedlich stark ausgeprägt, zumeist aber finden parallel zu den Angriffen auf die Erinnerung auch Angriffe auf Israel statt,²⁴ und sie fallen in der deutschen Gesellschaft auf fruchtbaren Boden. Oder andersherum gesagt: Die Angriffe auf die Erinnerung an die Schoah und das Leugnen von Antisemitismus sind unabdingbar für Angriffe auf Israel als jüdischen Staat. Wird Israel bei Mbembe zum „größten moralischen Skandal unserer Zeit“²⁵ und die Schoah zur „Trennungsfantasie“, bezeichnet etwa der Anthropologe und Politikwissenschaftler Mahmood Mamdani den Holocaust als Konsequenz des Imperialismus, der nach Europa zurückgeschlagen habe²⁶ und die israelischen Schutzanlagen gegen den Terror als Mischung aus apartheidähnlichen Bantustans und Nazi-ähnlichen Konzentrationslagern.²⁷

Dass diese Verbindung zwischen Angriffen auf die Erinnerung an die Schoah als präzedenzlosen Zivilisationsbruch und den Angriffen auf Israel keine zufällige ist, bezeugt unter anderem ein Interview mit Michael Rothberg, das der 2021 erschienenen deutschen Ausgabe seines Buches *Multidirektionale Erinnerung* vorangestellt ist.²⁸ Er sagt dort: „Mein Interesse am Holocaust entstand etwa zur gleichen Zeit, als ich begann, mich mit der Politik Israels und Palästinas auseinanderzusetzen.“ Weiter heißt es: „Man hatte den Eindruck, dass die amerikanischen Juden ihre Identität zugleich auf einer Besessenheit vom Holocaust und einer Loyalität zu Israel aufbauten, dessen Besatzungsregime durch die Intifada dramatisch infrage gestellt wurde.“ Er habe israelische Politik „zunehmend als unrechtmäßige Besetzung und Enteignung der Palästinenser“ gesehen und deshalb „einige Glaubensdogmen rund um den Holocaust infrage“ gestellt, die diesen „als Schutzwall gegen eine Kritik der israelischen Politik“ nutzbar gemacht hätten. Es scheint, als ob das dringende Bedürfnis, „die israelische Politik“ zu kritisieren, die damals auf die erste Intifada reagierte, Rothberg dazu gebracht habe, unbenannte „Dogmen“ über den Holocaust anzugreifen. Dass diese vermeintlichen Dogmen aber nicht identitäre Glaubenssätze, sondern treffende Beschreibungen historischer Fakten sein könnten, wird so als undenkbar hingestellt. Gemeint ist vermutlich vor allem die Präzedenzlosigkeit der Schoah oder ihre Bezeichnung als „Zivilisationsbruch“.²⁹

Kassel: Eine deutsche Stadt sieht keinen Antisemitismus

Die Einordnung der Schoah als „Zivilisationsbruch“ kritisierte unter anderem der Kasseler Professor Aram Ziai 2016 in der Einleitung zu seinem Buch „Postkoloniale Politikwissenschaft“, wo er zunächst den Zivilisationsbegriff überhaupt kritisiert. Er wird hier, wie alle, deshalb zitiert, weil sich an seinen Positionen ein verbreitetes Problem des Nichterkennenwollens von Antisemitismus im Postkolonialismus wie in der Gesamtgesellschaft illustrieren lässt, ohne dass seine Positionen dezidiert antisemitisch wären. Aber das mangelnde Verständnis von Antisemitismus zeigt sich auch in seiner Abwehr der Spezifik, die die Schoah von anderen, kolonialen Genoziden unterscheidet.

Vor dem Hintergrund des europäischen Kolonialismus mit rassistisch motivierten Völkermorden und Gewaltherrschaft, schreibt Ziai 2016, seien schon die europäischen Gesellschaften vor der Schoah nicht als zivilisiert zu bezeichnen gewesen.³⁰ Und weiter: „Wer vor diesem Hintergrund erst in Auschwitz einen Zivilisationsbruch sieht, kann dies nur mithilfe der kolonialen Heuchelei tun: Einige Opfer sind gleicher als andere. [...] Die noch so gründliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus führt ohne ebenso gründliche Aufarbeitung des Kolonialismus nur zu einer Reproduktion dieser doppelten Standards.“³¹ Auch Ziai verunmöglicht durch seine Formulierungen die Möglichkeit, dass in der Sache ein Unterschied begründet liegen könnte, etwas, das Auschwitz zum Zivilisationsbruch macht, koloniale Genozide aber nicht in dem Sinne, wie das Wort hier gemeint ist.

Wenn in Auschwitz eben nichts anderes³² gesehen wird als in kolonialen Genoziden ist dies meist auf ein mangelndes Verständnis von Antisemitismus zurückzuführen, so auch bei Ziai. Hinzu kommt häufig die antisemitisch grundierte Vorstellung, Juden seien ‚weiß‘, also mächtig und ein Teil von ‚Herrschaft‘, und die Schoah sei somit eine Ausnahme einer ansonsten gegen ‚nicht-Weiße‘ gerichteten Ausgrenzung und Mordpolitik.

Monate vor der Eröffnung der *documenta 15* war Kritik am Kuratorium und an beteiligten Gruppen und Personen aufgrund ihrer Nähe zu israelfeindlichen und antisemitischen Positionen formuliert und anschließend ignoriert worden. Kurz nach der Eröffnung wurde der Antisemitismus in einigen Ausstellungsstücken so offensichtlich, dass er nicht mehr geleugnet werden konnte. Das großflächige Banner *People's Justice* des Kollektivs *Taring Padi* wurde aufgrund unstrittig antisemitischer Darstellungen zunächst verdeckt, dann abgehängt. Weitere antisemitische Kunstwerke

sowie mangelnde Einsicht und Umgang mit den Geschehnissen führte zu Rückzügen beteiligter Künstler:innen und Berater:innen und dem Rücktritt der Generaldirektorin Sabine Schormann.

Als Kasseler Professor für Postkolonialismus wurde Ziai auch zu den antisemitischen Vorfällen auf der und um die internationale Kasseler Kunstschau im Deutschlandfunk interviewt.³³ Noch vor dem Rücktritt Schormanns sagte Ziai in diesem Interview, dieser sei nicht notwendig, und es solle „der jetzige antisemitische Zwischenfall“ – er meinte damit das Kunstwerk mit den offensten antisemitischen Motiven – „zum Anlass genommen werden, in einen Dialog einzutreten.“ Ein solcher sei ja „unglücklicherweise“ bereits „vor einigen Wochen gescheitert“, wobei ein „Brief des Zentralrats der Juden“ für dieses Scheitern „eine zentrale Rolle gespielt“ habe. Der *Zentralrat* habe, in Ziais Augen offenbar unbegründet, dem Panel einen „antisemitischen Bias“ vorgeworfen, „obwohl mit Meron Mendel da eine ganz wichtige jüdische Stimme in Deutschland vertreten“ gewesen sei. Damit weist er dem *Zentralrat der Juden* die Rolle des Störenfriedes und die Schuld für dieses Scheitern zu und nicht dem Team der *documenta*, den Künstler:innen oder jenen Teilen der Presse, die den Antisemitismus produziert, ausgestellt bzw. verharmlost haben. Wenig später wurde es dann sogar Meron Mendel, dem Leiter der *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt, zu bunt, der häufig auch dort auf Dialog setzt, wo sehr fraglich ist, ob dieser sinnvoll ist. Er zog sich als Berater von der *documenta* zurück, weil er „den ernsthaften Willen, die Vorgänge aufzuarbeiten und in einen ehrlichen Dialog zu treten“³⁴ vermisste.

Es gebe, sagt Ziai weiter, in Deutschland eine sehr ausgeprägte, begrüßenswerte Sensibilität für Antisemitismus, was aber auch die schlechten Seiten einer „Hypersensibilität“ bei „Leuten, die über das Ziel hinausschießen“ mit sich bringe. Die, die Ziai damit meinte, waren vor allem jene, die vor dem sich anbahnenden Antisemitismus rund um die *documenta 15* gewarnt haben – dies sieht Ziai nicht. Im Verlauf des Interviews berichtete er gar von einer eigenen Erfahrung, bei der ihm „Leute, die sich mehr mit Antisemitismus beschäftigt haben“, einiges über Antisemitismus erzählt hätten, wo er „ein Defizit“ gehabt habe. Gefragt, was aus dem Antisemitismus auf der *documenta* zu lernen sei, sagt er, dass ein „Dialog über das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus dringend notwendig“ sei. Er stellte aber unverzüglich klar, „das Problematische an der Sache“ sei „auch, dass Leute, die sich mit Antisemitismus beschäftigen“ sagten, dass Antisemitismus „etwas ganz anderes als Rassismus“ sei. Für ihn hingegen ist Antisemitismus „antijüdischer Rassismus“.

Und darin liegt häufig das Kernproblem. Denn es geht bei dem Beharren darauf, dass Rassismus und Antisemitismus unterschiedlich funktionieren nicht um eine Hierarchisierung des Leids, sondern um eine analytische Schärfe, die notwendig ist, um beide

begreifen und ihnen entgegentreten zu können.³⁵ Die Spezifika des Antisemitismus, die inhärente Logik der vollständigen Vernichtung, die im Nationalsozialismus als „Endlösung der Judenfrage“ versucht wurde, aber damit auch die Spezifika des Rassismus, dessen gewaltförmige Resultate für die Betroffenen auch lebensbedrohlich sein können, aber einer anderen Logik folgen, sieht Ziai nicht und damit auch nicht die notwendigen Unterschiede darin, wie man beidem begegnen kann. Er will sie sich im geforderten Dialog auch von „Leuten, die sich mit Antisemitismus beschäftigen“, offenbar nicht erklären lassen, obwohl er doch selbst positiv auf eine ebensolche Erfahrung zurückblickt.

Ziai, der sich offenbar nicht als jemand sieht, der sich mit Antisemitismus beschäftigt, plädiert vielmehr implizit für eine „etwas engere Antisemitismusdefinition“, weil dann die Schnittstelle zwischen Postkolonialismus und Antisemitismus „verschwindend gering“ sei.

Debatten darüber, ob etwa die Bezeichnung Israels als Kolonial- oder Apartheidstaat antisemitisch sei, stellte er als offene Streitpunkte dar. An anderer Stelle bezeichnet er diese Begrifflichkeiten immerhin als „problematisch“.³⁶ „Leute, die sich mit Antisemitismus beschäftigen“ könnten erklären, warum dies nicht nur problematisch, sondern eben antisemitisch ist.³⁷ Und Leute, die wissen, dass es unter anderem deshalb keinen palästinensischen Staat gibt, weil die arabische Seite kaum eine Gelegenheit ausgelassen hat, einen jüdischen nicht zu akzeptieren, könnten erklären, dass Israel nicht auf „den Palästinenser_innen versprochene[m] Land“ entstand, das ihnen „weggenommen“³⁸ worden sei, wie Ziai schreibt. Hier paart sich sein mangelnder Begriff des Antisemitismus, der schon in der Passage über Auschwitz zu finden war, mit historischer Ungenauigkeit und produziert so antiisraelische Mythen. Vermeintlich differenziert, tatsächlich aber ungenau und umso selbstüberzeugter wird nahegelegt, dass die Jüdinnen und Juden sich mit der Schoah und ihrem Staat – dem Versuch, sich vor dem Antisemitismus zu schützen – nicht so haben sollten und man über all das doch mal in einen Dialog treten solle.

Mit Kulturen der Welt und Perspektiven des „Globalen Südens“ gegen die Erinnerung

Einen akademischen Höhepunkt erreichte die oben skizzierte Debatte nur rund eine Woche vor Eröffnung der *documenta 15* bei der Konferenz *Hijacking Memory* im Juni 2022 im Berliner *Haus der Kulturen der Welt*. Der Untertitel der Konferenz lautete „Der Holocaust und die Neue Rechte“ und in der Kurzbeschreibung war unter anderem zu lesen: „In welchem Verhältnis stehen die Ritualisierung des Holocaust-Gedenkens und der internationale Aufstieg der radikalen Rechten? Mit welchen unterschiedlichen Strategien versucht diese, das Gedenken zu kapern – und was lässt sich dem entgegensetzen?“³⁹ Vier Tage lang sollte in Berlin darüber diskutiert werden, wie man die Erinnerung an die Shoah international vor einem „Kapern“ durch die Rechte bewahren könne. Eine der Organisatorinnen begann die Tagung unter anderem mit den folgenden Worten: „Keine jüdische Person, nirgends, wird die reale Gefahr des Antisemitismus anzweifeln“, sagte Susan Neiman, die Direktorin des *Einstein-Forums* und eine der drei Konferenz-Organisatorinnen. „Doch wir sind überzeugt, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs auf zynische Weise für nationalistische Zwecke eingesetzt wird.“⁴⁰ Damit wurde klargestellt, was gemeint war. Es ging darum, wie schon bei vorangegangenen offenen Briefen der letzten Jahre, einen echten Antisemitismus abzugrenzen von einem angeblich illegitimen „Antisemitismus-Vorwurf“. Letzterer wird meist dann so benannt, wenn es um israelbezogenen Antisemitismus geht, den man lediglich als Propaganda israelischer oder zionistischer Organisationen betrachtet, zum Zwecke der Tabuisierung jeglicher „Israelkritik“. Wenig verwunderlich stand dann auch die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) in der Kritik. Als ‚tatsächlicher Antisemitismus‘ hingegen wurde fast ausschließlich der von (extrem) rechts betrachtet. Die Auseinandersetzung um die Konferenz kann hier nicht erschöpfend wiedergegeben werden. Kaum eine akademische Tagung allerdings hat in den letzten Jahren das Medienecho gefunden, das *Hijacking Memory* zuteil wurde. Die *Süddeutsche Zeitung* etwa betitelte ihren Beitrag am 12. Juni mit einem aufatmenden *Ein fairer Streit, endlich*.⁴¹ Der Soziologe Natan Sznaider stellte am 27. Juni in der *Jüdische Allgemeinen* fest: „Nicht weit, von wo die Befehle erteilt wurden, jüdisches Leben zu vernichten, fand unlängst im Haus der Kulturen der Welt eine Konferenz statt, die sich der einzigen relevanten Erinnerung für Deutsche entledigen wollte – unter dem Namen »Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte«. Neue Opfer wurden dort geschaffen. Das progressive Milieu sieht sich als Opfer der partikularen jüdischen Erinnerung.“⁴² Einzig den Jüdinnen und Juden soll nationale Selbstbestimmung und Selbstverteidigung nicht zustehen, bei dem was als „globaler Süden“ bezeichnet wird ist das im postkolonialen Denken anders. Hier wird auch in kulturalistischer Weise argumentiert, dass es eben verschiedenen Perspektiven gebe,

unterschiedliche Erfahrungen und Erinnerungen, und letztlich ist dann auch Antisemitismus aus einer anderen „Perspektive“ kein Antisemitismus mehr – sei es beim „palästinensischen Widerstand“, bei BDS oder bei Werken von Künstlerkollektiven. Hier zeigt sich auch ein antiuniversalistischer, rassistischer Blick wie auch – nicht zuletzt medial – eine Erleichterung darüber, dass jüdische Konferenzteilnehmer:innen oder Künstler:innen aus dem „globalen Süden“ endlich „ein Tabu brechen“.

Die Konferenz „Hijacking Memory“ ist bislang einer der Höhepunkte der Angriffe aus progressiven Kreisen auf die Erinnerung an die Shoah.



Vom Hörsaal auf die Straße

Doch es muss nicht so akademisch und differenziert zugehen bei den Angriffen auf die Präzedenzlosigkeit der Schoah. Bei Michael Rothberg schien bereits das Motiv auf, diese Präzedenzlosigkeit habe unter anderem die Funktion, Kritik an Israel abzuwehren. Dieses kehrt auch in aktuellen antisemitischen Vorfällen in Bayern wieder. Die Münchner Gruppe *Frauen in Schwarz* etwa verteilt regelmäßig antisemitische Flugblätter, in denen es unter anderem heißt, Israel werde „mit dem Hinweis auf den Holocaust“ eine „Sonderrolle“ zugestanden. Diese erlaube es dem jüdischen Staat, „sich über Völker- und Menschenrechte hinwegzusetzen“, was aufgrund dieser „Sonderrolle“ nicht kritisiert werden könne. Solche Aussagen sind nicht weit vom antisemitischen Vorwurf entfernt, die Juden würden aus der Schoah Profit ziehen.

An einer Figur lässt sich zeigen, wie dieselben antisemitischen Motive sowohl in den höheren Sphären von Kunst und Wissenschaft als auch im Aktivismus auf der Straße bemüht werden. Etwa sechs Wochen nach der Eröffnung wurden auf der *documenta 15* abermals Exponate mit antisemitischem Inhalt gefunden. Die *documenta* prüfte, fand keinen Antisemitismus und stellte die Bilder wieder aus.⁴³ Einige von ihnen stammen aus der Feder Naji al-Alis und zeigen seine ikonische Figur Handala.⁴⁴ Handala, in der arabischen Welt sehr bekannt, ist ein kleiner palästinensischer Junge, der stets von hinten zu sehen ist. Der Zeichner, Naji al-Ali, bestand Zeit seines Lebens auf einer „Lösung“ des sogenannten Nahostkonflikts, die alles Land zwischen Jordan und Mittelmeer palästinensisch machen sollte – für Israel gibt es da keinen Platz, es dürfe also nicht existieren. Während al-Ali auch arabische Politiker kritisiert – sie werden als Schnecken dargestellt, die nichts für diese palästinensische Sache täten – gilt sein Hauptaugenmerk Israel und den USA. Israelische Soldaten werden in den Cartoons stets in antisemitischer Weise gezeichnet, haben etwa große Nasen oder werden als „Spinne im Netz“ entmenschlicht. Handala ist meist passiver Beobachter, manchmal aber wird er auch aktiv, etwa um eine israelische Flagge anzuzünden. Kurz: Die Handala-Cartoons sind voller antisemitischer Motive.

Die Figur ist unter anderem das Maskottchen der antisemitischen BDS-Kampagne, die zum Boykott Israels aufruft und deren Forderungen auf das Ende des jüdischen Staates hinauslaufen würden. Auch in Bayern war Handala auf antiisraelischen Demonstrationen, auf denen auch antisemitische Inhalte dokumentiert werden mussten, immer wieder zu sehen.

Ebenso wird im eingangs zitierten Leserbrief aus Pösing die Verbindung zwischen Angriffen auf Israel und die Erinnerung an die Schoah bereits deutlich. Der Verfasser möchte „Holocaust-Filme“ über Palästina und den Libanon sehen. Er unterstellt

dort also einen Holocaust durch Israel. Im Sommer des Jahres 1982 hatte Israel im libanesischen Bürgerkrieg interveniert. Im Zuge dieses Krieges verübten mit Israel verbündete christliche Milizen in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila Massaker an Palästinenser:innen. Unterschiedlichen Quellen zufolge wurden zwischen 700–800 (israelisches Außenministerium) und 3300 (PLO) Menschen getötet. Israelische Kräfte waren daran nicht unmittelbar beteiligt, dennoch wurde „Sabra und Shatila“ zum Schlachtruf des Antizionismus, um Israel Kriegsverbrechen vorzuwerfen. Ungeachtet der genauen Rolle Israels kann jedenfalls nicht von einem „Holocaust“ in Palästina oder dem Libanon gesprochen werden, wie im Leserbrief nahegelegt wird.

Auch auf den zahlreichen Demonstrationen gegen Israel, zuletzt 2021⁴⁵ und 2022, kam es immer wieder zu antisemitischen Aussagen, die die Schoah relativierten. Am 14. Mai 2021 etwa wurden auf einer Nürnberger israelfeindlichen Demonstration Schilder gezeigt, auf denen stand: „One Holocaust does not justify another #freepalestine“ oder „Stop doing what Hitler did to you #free #palestine“. Am 15. Mai 2022 war auf einer Demonstration zum sogenannten Nakbatag in München zu lesen: „Aus deutscher Geschichte lernen heißt Apartheid unterstützen?“ Als Mahmood Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde am 16. August 2022 im Kanzleramt Israel vorwarf, „50 Holocausts“ begangen zu haben, fand dieser antisemitische und schoahverarmlosende Vorwurf an Israel eine weltweite Bühne. Der gastgebende Bundeskanzler Olaf Scholz, der später twitterte, er sei „zutiefst empört“, denn „gerade für uns Deutsche“ sei so eine Aussage unerträglich, intervenierte aber nicht, sondern liess die Pressekonferenz protokollgemäß enden.

Ein letztes Beispiel soll illustrieren, worin die Gefahr der Verwischung der Unterschiede zwischen kolonialen, nationalsozialistischen, rassistischen, antisemitischen und sonstigen Verbrechen besteht. Am 15. Mai 2021 wurde auf einem Schild auf dem Münchner Königsplatz ein Schild gezeigt mit der Aufschrift: „It wasn't okay in South Africa [...], it wasn't okay in Nazi Germany [...], Why is it okay (sic!) in Palestine?“ Außerdem war darauf zu lesen: „Remember 1941–1945. Now you are doing the same to Palestine (sic!)“.

Hier werden nicht nur Israel bzw. die Juden bezichtigt, das gleiche mit Palästina zu tun, was die Nazis mit den Jüdinnen und Juden gemacht haben: des systematischen, industriellen Massenmordes mit dem Ziel der vollständigen Vernichtung. Es verschwimmt zudem alles zu etwas irgendwie Schlechtem: Apartheid in Südafrika ist genauso wenig „okay“ wie der Holocaust und das, was Israel angeblich mache, auch nicht. Neben der offenen Schoahrelativierung und dem israelbezogenen Antisemitismus werden alle Spezifika verwischt. In der akademischen postkolonialen Debatte, aus der in diesem Kapitel einige Beispiele analysiert wurden, ist diese Verwischung



München, Mai bis Juli 2021

Das Plakat mit der Figur Handala wurde auf mehreren israelfeindlichen Demonstrationen sowie auf einer Demonstration von Black Lives Matter gezeigt. Die Landkarte (im QR-Code in rot) zeigt außerdem das ganze Land zwischen Jordan und Mittelmeer, als palästinensisch. Dadurch wird ausgedrückt, dass es kein Israel geben soll.

nicht so plump oder offen wie auf diesem Schild, aber gerade durch die akademischen und kulturbetrieblichen Angriffe auf die Erinnerungspolitik und Israel werden Nivellierung und Banalisierung nicht nur der Schoah und des Antisemitismus durch die vermeintliche Differenziertheit sagbarer und anschlussfähiger.

Die Angriffe auf die Erinnerung an die Schoah aus postkolonialen, vermeintlich antirassistischen und sich als links und progressiv verstehenden Milieus sind besorgniserregend. Weil sie nicht von mehr oder weniger extremen Rechten kommen, gegen die es einen weitgehend geschlossenen und begrüßenswerten ablehnenden gesellschaftlichen Konsens gibt, ebnen sie der Relativierung der Schoah den Weg in breitere gesellschaftliche Schichten. Sie tragen zur Kritik des Antisemitismus und Rassismus mehr Verwirrung bei, als dass sie auch nur einer dieser Ideologien gerecht würden. Zuletzt war mit den Debatten um Achille Mbembe auf der *Ruhrtriennale*, der *documenta 15*, der Konferenz *Hijacking Memory*, der deutschen Ausgabe des Buches von Michael Rothberg und den zitierten Texten in Presse und Internet eine erhöhte Zahl solcher Angriffe auf die Erinnerung festzustellen. Auch die Erklärungen und offenen Briefe, die einen vermeintlichen Verlust der Meinungsfreiheit beklagen oder für das Recht eintreten, diesen Israelkritiker oder jene Antizionistin auf Steuerzahlerkosten einladen zu dürfen, stehen in diesem Kontext.

Diese Entwicklung fällt in Deutschland mit seiner Geschichte der Erinnerungsabwehr und des Schuldabwehrantisemitismus, später der „Wiedergutwerdung der Deutschen“ (Eike Geisel) als Erinnerungsweltmeister, auf fruchtbaren Boden, auf dem auch die Ablehnung Israels und damit der israelbezogene Antisemitismus gedeihen. Israelbezogener und Post-Schoah-Antisemitismus, die schon lange häufig zusammen auftreten, finden zunehmend in einem gesellschaftlichen Milieu Resonanz, das bislang damit beschäftigt war, „Biotop mit toten Juden“ (Eike Geisel) einzurichten. Die lebenden Juden aber, insbesondere wenn sie, wie die meisten, zionistisch waren, kamen darin schon bisher kaum vor.⁴⁶ Nun besteht die Gefahr, dass auch die Erinnerung daran vollends entsorgt wird, was die toten Jüdinnen und Juden umgebracht hat und die lebenden bedroht: Der Antisemitismus.

München, 15. Mai 2021

Apartheid, Schoah, irgendwas mit Palästina: Alles „not okay“. Vermischung und Verharmlosung auf einem Schild.



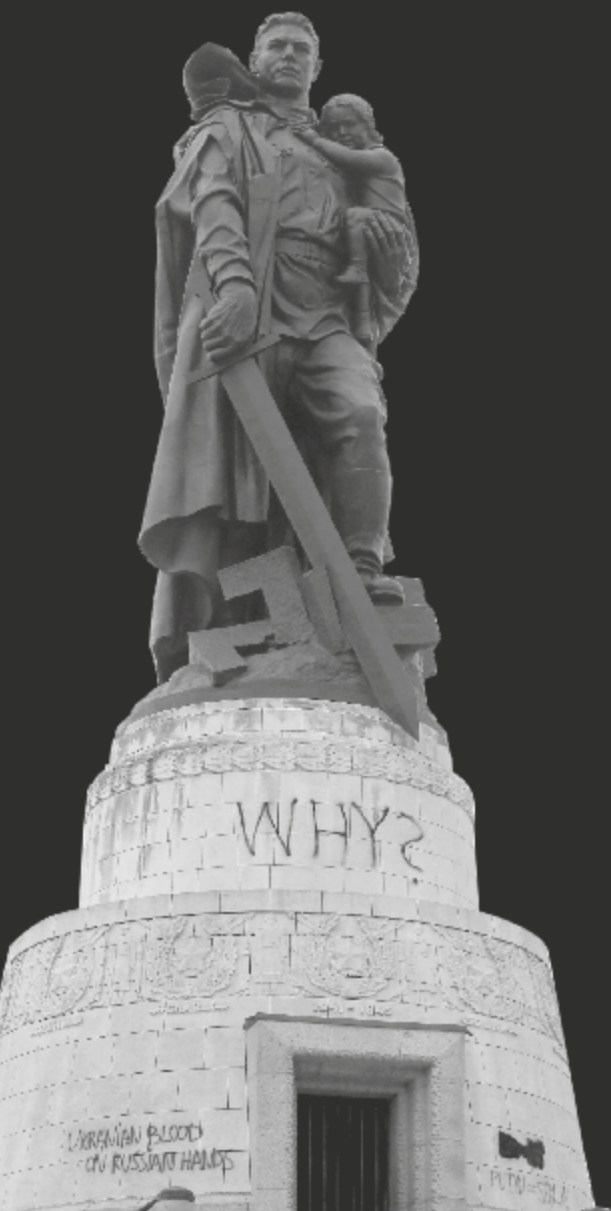


- 1 Vgl. dazu: Ingo Elbe, Gestalten der Gegenauflklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg 2020, S. 231ff.
- 2 Vgl. Kapitel Was war die Schoah?, S. 16
- 3 Vgl. <https://www.zeit.de/2021/14/erinnerungskultur-gedenken-pluralisieren-holocaust-vergleich-globalisierung-geschichte/komplettansicht>
- 4 Vgl. Kapitel Was war die Schoah?, S. 16. Bemerkenswert ist auch, dass der von Yehuda Bauer geprägte Begriff „Präzedenzlosigkeit“, der die Spezifik der Schoah am besten fassen kann, kaum verwendet wird.
- 5 Vgl. dazu etwa: Saul Friedländer et al: Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München 2020.
- 6 Vgl. Kapitel Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945, S. 70
- 7 <https://geschichtedergewalt.org/der-katechismus-der-deutschen/>
- 8 Für eine Analyse von Moses' Verständnis des Holocaust als „subaltern genocide“, weil sich die Deutschen als von den Juden kolonisiert gefühlt hätten, vgl. Steffen Klävers: Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung. Berlin und Boston 2021, S. 121. Auch hier wird deutlich, wie der Antisemitismus für Moses seine Bedeutung als zentraler Antrieb des Nationalsozialismus verliert.
- 9 <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/dirk-moses-warum-wir-die-dialektik-der-normalisierung-ergaenzen-muessen-li.184931>
- 10 Diese Worte des frühen zionistischen Theoretikers Theodor Herzl zitiert Moses hier zustimmend und macht sich dieses Bild von Israel zu eigen. Darin zeigt sich sein instrumentelles Verhältnis zu diesem Zitat eines der Begründer des Zionismus von 1896. Denn nicht nur hat dieser Satz Herzls mit dem realen Israel, das 1948 gegründet wurde, wenig gemein, sondern Moses verschweigt auch die Schoah, die für das Verständnis des Zweckes Israels als jüdischer Schutzraum vor dem Antisemitismus für Jüdinnen und Juden elementar ist.
- 11 Für eine Kritik des Begriffs „Islamophobie“, der ebenfalls dazu tendiert, Muslime zu „den neuen Juden“ zu machen und gleichzeitig Kritik am Islam oder spezifischen islamischen Praktiken und Gedanken als Rassismus brandmarkt, vgl. Luzie H. Kahlweiß, Samuel Salzborn: „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff. Zur konzeptionellen und empirischen Kritik des Islamophobiebegriffs. In Armin Pfahl-Traughber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), S. 248–263. Online verfügbar: https://www.hs-bund.de/SharedDocs/Downloads/2_Zentralbereich/20_Referat_W/Publikationen/20_Schriften_Extremismus_Terrorismusforschung/band_06.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 12 <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/educational-materials/holocaust-und-andere-voelkerermorde>
- 13 <https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-mythos>
- 14 Zu dessen Antisemitismus, seiner christlich inspirierten Märtyrerverehrung, dem Bild von Israel als – aufgrund des zum Fetisch erhobenen Holocaust – zum Morden gezwungenen Staat und seinen politischen Aktivitäten im Umfeld der BDS-Kampagne vgl. Alex Gruber: Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus. Achille Mbembes ‚Nekropolitik‘ als Handreichung für deutsche Erinnerungskultur. In sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 17, S. 5–25.
- 15 Im englischen Original: „[T]he effects of the Israeli project on the Palestinian body are much more formidable than the relatively primitive operations undertaken by the apartheid regime in South Africa between 1948 and the early 1980s“. In Achille Mbembe, Necropolitics. Durham 2019, S. 44.
- 16 Im englischen Original: „The apartheid system in South Africa and the destruction of Jews in Europe — the latter in an extreme fashion and within a distinct context — constitute two emblematic manifestations of this fantasy of separation.“ Ebd., S. 46.
- 17 Im englischen Original: „The most accomplished form of necropower is the contemporary colonial occupation of Palestine.“ Ebd., S. 80.
- 18 Achille Mbembe: Foreword. On Palestine. In John Soske, Sean Jacobs (Hg.): Apartheid Israel. The politics of analogy. Chicago 2015.
- 19 Alle Zitate Mbembes in diesem Absatz nach: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/jessica-hoyer-die-cause-mbembe-antisemitismus-und-postkolonialismus-83087/>
- 20 <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/die-preistraeger/2010-2019/aleida-und-jan-assmann>
- 21 Für eine Kritik des Begriffs Islamophobie vgl. Fußnote 11.
- 22 <https://rotary.de/gesellschaft/arbeit-am-antisemitismusbegriff-a-16090.html>
- 23 Zum antisemitischen Gehalt dieses projektiven Zerrbildes von Israel vgl. Nikolai Schreiter: Nicht an Israels Seite, an seiner Stelle wollen sie sein – Der Antisemitismus und ein verändertes Verhältnis von AfD und FPÖ zum jüdischen Staat. Eine psychoanalytisch inspirierte Analyse. In Schmidt et al. (Hg.): Antisemitismus zwischen Kontinuität und Adaptivität. Interdisziplinäre Perspektiven auf Geschichte, Aktualität und Prävention. Göttingen 2022, S. 243-256.
- 24 Für einen Überblick über postmoderne Angriffe auf Israel vgl. Ingo Elbe: Gestalten der Gegenauflklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg 2020, S. 254ff.

- 25 Achille Mbembe: Foreword. On Palestine. In John Soske/Sean Jacobs (Hg.): Apartheid Israel. The politics of analogy. Chicago 2015.
- 26 Im englischen Original: „The Holocaust was the imperial chickens coming home to roost.“, <https://www.documenta-platform6.de/making-sense-of-political-voilence-in-postcolonial-africa/>
- 27 Im englischen Original: „apartheid-style Bantustans and Nazi-style concentration-camps“, Zit. n. Ingo Elbe: Gestalten der Gegenauflklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Extintentialismus und Postmoderne. Würzburg 2020, S. 256.
- 28 Die englische Erstausgabe erschien 2009.
- 29 Vgl. Kapitel Was war die Schoah?, S. 16
- 30 Dan Diner meint aber, wie Steffen Klävers herausarbeitet, mit dem Begriff nicht, dass vor der Schoah alles zivilisiert zugegangen sei, sondern dass die Vernichtung von Menschenleben einzig um ihrer Vernichtung willen diesen präzedenzlosen und bislang auch nicht wiederholten Zivilisationsbruch darstellte. Vgl. Steffen Klävers: Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung. Berlin und Boston 2021, S. 178f.
- 31 Aram Ziai: Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Bezüge. Bielefeld 2016, S. 17.
- 32 Beim Bestehen auf den qualitativen Unterschieden zwischen der Schoah und anderen Gewaltverbrechen geht es nicht um Relativierung des individuellen Leids der jeweiligen Opfer: „Selbst bei den schrecklichsten Massenmorden stirbt jedes Opfer für sich, das Leiden jeden einzelnen Menschen ist unvergleichbar, und der kollektive Tod der Ermordeten, seien es Tutsi, Armenier, Kambodschaner, sowjetische Opfer des Stalinismus, Hereros, Kongolesen oder Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und sowjetische Gefangene im NS-beherrschten Europa ist zugleich einzigartig für jeden Menschen und als Massenvernichtung ähnlich. *Der Unterschied liegt im historischen Kontext des jeweiligen Genozids. In diesem Sinne – und nur in diesem – ist der Holocaust besonders und tatsächlich präzedenzlos.*“ Saul Friedländer, Ein Genozid wie jeder andere? In Friedländer et al: Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München 2020, S. 17.
- 33 <https://www.deutschlandfunk.de/postkolonialismus-und-antisemitismus-auf-der-documenta-aram-ziai-politologie-dlf-27d8abb1-100.html>
- 34 <https://www.hessenschau.de/kultur/antisemitismus-eklat-meron-mendel-nicht-laenger-berater-der-documenta,meron-mendel-tritt-zurueck-100.html>
- 35 Vgl. hierzu etwa Ulrike Marz: Kritik des Rassismus. Eine Einführung. Stuttgart 2020, S. 79ff.
- 36 <http://kassel-postkolonial.de/2020/06/25/artikel-antisemitismus-rassismus-und-postkoloniale-studien-draengende-fragen-zur-cause-mbembe/>
- 37 Vgl. hierzu „From the river to the sea.“ Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021.
- 38 <http://kassel-postkolonial.de/2020/06/25/artikel-antisemitismus-rassismus-und-postkoloniale-studien-draengende-fragen-zur-cause-mbembe/>
- 39 https://www.hkw.de/de/programm/projekte/2022/hijacking_memory/start.php
- 40 <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/hijacking-memory-wie-eine-konferenz-die-engpaesse-deutscher-debatten-aufzeigt-li.245534>
- 41 <https://www.sueddeutsche.de/kultur/tagung-antsemitismus-erinnerungskultur-1.5601726?reduced=true>
- 42 <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/gekaperte-erinnerung/>
- 43 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240158351/Documenta-Zufallsfund-offenbart-neuen-Antisemitismus-Skandal.html>
- 44 Für mehr Informationen zu Handala vgl. „From the river to the sea.“ Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021, S. 50f.
- 45 Ebd.
- 46 Vgl. Kapitel Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945, S. 70.

Exkurs II

Der Krieg gegen die Ukraine
und (mögliche) Auswirkungen
auf die deutsche Erinnerung
an die Shoah¹



Berlin, April 2022
Sowjetisches Ehrenmal
im Treptower Park



Beinahe in Echtzeit konnte man verfolgen, wie Ukrainer:innen vor dem russischen Artilleriebeschuss fliehen, wie Schulen und Krankenhäuser zerbombt werden, wie Menschen um ihre getöteten Familienmitglieder trauern. Die Bilder des Grauens begegneten uns seit Februar überall, online wie offline. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf das Nachbarland Ukraine, die bisher blutigste Auseinandersetzung auf dem europäischen Kontinent in dem noch jungen 21. Jahrhundert, macht fassungslos und wütend. Er könnte aber auch Auswirkungen auf die ohnehin fragile deutsche Erinnerungskultur haben, indem er die Bilder der deutschen NS-Verbrechen verdrängt, geschichtsrevisionistische Tendenzen befeuert und die Flucht vor der eigenen Geschichte ermöglicht. Einige Verschiebungen sind schon jetzt sichtbar.

So werden Denkmäler, die an den Sieg der Roten Armee über Nazideutschland erinnern, mit antirussischen Parolen beschmiert. Erste Forderungen, sie ganz zu entfernen, werden laut.² Eine differenzierte Betrachtung und Trennung zwischen damals und heute ist in der emotional aufgeheizten Atmosphäre kaum mehr möglich. Die historische Rolle sowjetischer Soldat:innen, die unter anderem Auschwitz und Majdanek befreiten und zusammen mit den Westalliierten das Nazi-Regime militärisch besiegt haben, hatte im kollektiven Gedächtnis der westdeutschen Bevölkerung schon vor dem Ukraine-Krieg keinen festen Platz. Auch der Politik ist es immer schwergefallen, die Gräueltaten des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion ab 22. Juni 1941 anzuerkennen. Diese Einstellung könnte sich durch den Ukraine-Krieg noch verfestigen. In den Reihen der Roten Armee kämpften nicht nur Russ:innen, sondern auch Ukrainer:innen, Belaruss:innen, Georgier:innen, Tatar:innen oder Armenier:innen. Im Westen Deutschlands wird Russland jedoch noch heute, 77 Jahre nach Kriegsende und fast 30 Jahre nach dem Zerfall der UdSSR, oft stereotyp mit der Sowjetunion gleichgesetzt.

Die offizielle Erinnerung an den 8. Mai 1945 ist wieder gespalten. Der aktuelle Krieg erweckt die alten Feindbilder aus den Zeiten des Kalten Kriegs zu neuem Leben: Für die einen ist es „der Russe“, für die anderen sind es die USA und die NATO. Deutsche Putin-Unterstützer:innen, darunter Teile der Querdenker-Szene, sehen im russischen Präsidenten jemanden, der dem „woken Pluralismus“ des „dekadenten“ Westens die

Stirn bietet. Putin selbst beschrieb den Angriff auf die Ukraine als „Entnazifizierung“. Sein Außenminister Sergej Lawrow sagte in einem TV-Interview, dass Hitler „auch jüdisches Blut“ gehabt haben soll.³ Auch das wird in der deutschen prorussischen und antiukrainischen Propaganda übernommen, in der Fakten keine Rolle spielen, sondern alles darauf ausgerichtet ist, Tatsachen zu ignorieren und konkurrierende „Narrative“ als gleich legitim oder illegitim zu etablieren.

Ein Teil der Neonazi-Szene sympathisiert wiederum mit der ukrainischen Asow-Bewegung, die der kanadische Journalist und Kenner der extremen Rechten in Mittel- und Osteuropa Michael Colborne als eine „heterogene rechtsextreme Bewegung“ beschreibt, die gegen die liberale Demokratie auftritt und von ultranationalistischen, rechtsextremen und faschistischen Autoren beeinflusst sei.⁴

Antisemitische Verschwörungserzählungen, die seit Beginn der Corona-Pandemie wieder eine Blütezeit haben, spielen auch im Kontext des Krieges gegen die Ukraine eine große Rolle, was erneut zeigt, dass die Anlässe für den Antisemitismus beliebig variieren können.⁵ Häufig verschmelzen die Motive miteinander: Der Krieg sei demnach nur ein Vorwand für die „Neue Weltordnung“, Putin gehe gegen globale Eliten vor, die im Hintergrund die Fäden zögen, er werde zum Sündenbock gemacht, um von den wahren Problemen der Welt abzulenken. Letzteres glaubt laut einer repräsentativen Umfrage des *Centers für Monitoring, Analyse und Strategie* (CeMAS) jede siebte befragte Person in Deutschland, Gegner:innen der Corona-Maßnahmen und der Impfung zeigen sich dabei viel offener für verschwörungsideologische Erzählungen im Zusammenhang mit dem Krieg als Geimpfte.⁶ Vor allem die Querdenker-Szene, die nach der Abschaffung der meisten Corona-Schutzmaßnahmen nach einem neuen Thema für ihre demokratiefeindlichen und oft antisemitischen Ansichten sucht, zeigt eine hohe Affinität für prorussische Propaganda und bedient sich dabei oft aus denselben (Des)Informationsquellen wie schon während der Corona-Proteste. Auch über den jüdischen ukrainischen Präsidenten Selenskyj werden antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet.⁷

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine spielt auch im Kontext des israelbezogenen Antisemitismus eine Rolle. Manche propalästinensische Aktivist:innen ziehen dabei Parallelen zwischen dem russischen Angriffskrieg und den Verteidigungskämpfen des Staates Israel. Russland wird dabei z. B. mit dem „Aggressor“ Israel gleichgesetzt, während der Ukraine die Rolle der „palästinensischen Opfer“ zufällt. Es handelt sich um eine antisemitische Tatsachenverdrehung, wird ja dem Staat Israel seit seiner Gründung von seinen Gegnern seine schiere Existenz angekreidet und das Recht auf Verteidigung abgesprochen. Auf antiisraelischen Demonstrationen werden deutsche

Panzer für „Palästina“ gefordert und eine Ungleichbehandlung durch den Westen beklagt. Ein Teil der Putin-Anhängerschaft beklagt Diskriminierung und bezeichnet sich als „neue Juden“, womit die Schoah relativiert wird.

Seit Beginn der Ukraine-Krieges häufen sich in den Medien, auf sozialen Kanälen, auf Demos und in politischen Statements unzutreffende historische Parallelisierungen und Gleichsetzungen, die das Potential haben, das beispiellose Verbrechen der Schoah zu verharmlosen. Am häufigsten geht es dabei um die Gleichsetzungen von Putin und Hitler und die Bezeichnung des russischen Angriffskrieges als „Vernichtungskrieg“ – ein Begriff, der nicht nur in der deutschen Geschichtswissenschaft, sondern auch im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch bislang dem millionenfachen deutschen Kriegsverbrechen von SS und Wehrmacht, darunter die Schoah, vor allem im Feldzug gegen die Sowjetunion vorbehalten war. Ähnlich verhält es sich mit dem von Dan Diner geprägten Begriff „Zivilisationsbruch“,⁸ der seit dem Beginn des Ukraine-Krieges meist unwidersprochen durch die deutschen Talk-Shows geistert und die Schlagzeilen auch der deutschen Qualitätspresse füllt.⁹ Nun sind Hitler-Vergleiche bzw. Gleichsetzungen nicht nur in Deutschland beliebt. Der Nationalsozialismus und die Schoah werden hierzulande (wie auch in Österreich) aber besonders gern als Referenzrahmen herangezogen, wenn es darum geht, eigene Empörung zum Ausdruck zu bringen und vermeintliche oder wirkliche Verbrechen anderer anzuprangern.¹⁰ Die historischen Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus bringen jedoch keine Erkenntnis. Sie dienen viel mehr der Entlastung von dem Gefühl der historischen Schuld, die viele nichtjüdische Deutsche als Haupthindernis für eine ungebrochen positive Identifikation mit der deutschen Nationalgeschichte ansehen. Eine Hitler-Putin-Gleichsetzung relativiert das präzedenzlose Verbrechen der Schoah, das in Hitlers Politik eine zentrale Rolle spielte.

Der russische Angriffskrieg ist verbrecherisch und unentschuldig. Er kostete bislang tausende Ukrainer:innen das Leben, verursacht millionenfaches Leid von Zivilist:innen, die ihre Familienangehörigen, ihr Hab und Gut verloren haben, er verschärft drastisch die weltweite Flüchtlingskrise und die Hungersnot und hat heute noch kaum absehbare Folgen für die europäische und globale Wirtschaft. Dennoch ist er kein „Vernichtungskrieg“, wie ihn die deutsche Wehrmacht seit 1941 gegen die Sowjetunion führte. Die deutsche Führung plante den Feldzug im Osten von Anfang an als ideologischen Weltanschauungs- und rassebiologischen Vernichtungskrieg. Es ging dabei nicht nur um die Eroberung des „Lebensraumes“ für das deutsche Volk und um die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete sowie der dort lebenden Bevölkerung. Der Angriff auf die Sowjetunion war von Anfang an auch in mörderischer Absicht gegen die komplette jüdische Bevölkerung gerichtet, weil die Sowjetunion als Trägerin des „jüdischen Bolschewismus“ galt.¹¹ Gleich zu Beginn des

Operation Barbarossa genannten Angriffs auf die Sowjetunion bekamen die deutschen Truppen auf dem Weg „militärgeographische Angaben“, in denen neben Straßen, Brücken und Industrieanlagen auch die jüdischen Einrichtungen und die Zahl der jüdischen Einwohner:innen in jeder Stadt und jeder Ortschaft penibel eingetragen waren. Damit konnte die flächendeckende Ermordung der sowjetischen Jüdinnen und Juden beginnen.¹² In der deutschen Auseinandersetzung stehen Auschwitz und die industrialisierte Ermordung von Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern für die Schoah. Über die Massenerschießungen von jüdischen Kindern, Frauen und Männern auf dem Gebiet der damaligen Sowjetunion, vor allem in der Ukraine, in Belarus, Litauen, Lettland oder Estland – auch „Holocaust durch Kugeln“ genannt – herrscht nach wie vor sehr großes Unwissen. Schätzungsweise anderthalb bis zwei Millionen osteuropäische Jüdinnen und Juden fielen den Massenerschießungen zum Opfer, von etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen überlebten 3,3 Millionen nicht, deutsche Besatzer:innen ließen die meisten verhungern, Millionen Slaw:innen wurden als Zwangsarbeiter:innen ins Deutsche Reich deportiert. Der deutsche Vernichtungskrieg kostete am Ende 27 Millionen Bürger:innen der Sowjetunion ihr Leben. Diese Verbrechen der deutschen Wehrmacht in den Ländern der früheren Sowjetunion wurden erst mit der ersten Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht Mitte der 1990er Jahren¹³ gegen enorme Widerstände öffentlich thematisiert. Sie gehören nach wie vor zu den verdrängten Elementen der nationalsozialistischen Verbrechen.

- 1 Dieser Text wurde im Sommer 2022 verfasst.
- 2 <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ukraine-krieg-denkmal-sowjetunion-deutschland-100.html>
- 3 <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-lawrows-nazi-vergleich>
- 4 <https://www.belltower.news/interview-zur-ukraine-asow-verdankt-seine-existenz-dem-krieg-128347/>
- 5 Vgl. hierzu „Das muss man auch klar benennen dürfen.“ Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona.
- 6 https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwoerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/2022_05_CeMAS_ResearchPaper_Verschwoerungserzaehlungen_Ukraine.pdf
- 7 Ein Beispiel: Im Mai 2022 wurde die Süddeutsche Zeitung wegen einer Selenskyj-Karikatur kritisiert, die ihn klischeehaft übermächtig über dem World Economic Forum in Davos erscheinen lässt und damit an die Bildsprache der antisemitischen NS-Zeitung Der Stürmer erinnert, <https://meedia.de/2022/05/27/sz-wegen-selenskyj-karikatur-in-der-kritik/>
- 8 Vgl. Kapitel Was ist war Schoah?, S. 16.
- 9 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wladimir-putins-ueberfall-auf-die-ukraine-zivilisationsbruch-17829693.html>; <https://www.waz.de/politik/ukraine-krieg-zivilisationsbruch-invasion-id234793347.html>; <https://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article126069585/Putin-begeht-einen-Zivilisationsbruch.html>
- 10 2002 erntete etwa der CDU-Politiker Norbert Blüm Kritik, weil er von einem „hemmungslosen Vernichtungskrieg“ Israels gegen die Palästinenser sprach. „Das neue Babyn Jar – bis zu 9000 Leichen in Massengräbern“, betitelte die WELT am 22.4.2022 einen Bericht über die Entdeckung von Massengräbern bei Mariupol, in unwidersprochener Anlehnung an ein entsprechendes Zitat des Bürgermeisters der mittlerweile zerbombten Stadt.
- 11 Vgl. Ernst Noltes Positionen im Historikerstreit, S. 84.
- 12 „Die Wehrmacht“, schreibt der Historiker und Leiter der ersten Wehrmachtausstellung, „hat dem osteuropäischen Judentum diesen ‚ersten Schlag‘ versetzt. Sie hat Juden gejagt und erschossen, sie hat sie gedemütigt und entmenschlicht, sie hat dazu beigetragen, sie in den ‚Abfall‘ zu verwandeln, der von Einsatzgruppen und Polizeibataillonen dann systematisch weggeräumt wurde.“ Hannes Heer: „Hitler war’s“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2008, S. 264–280, hier S. 279.
- 13 Vgl. Kapitel Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945, S. 70.

Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945

Antisemitismus der Nachkriegsjahre: Die Dämonisierung Hitlers und die kollektive Amnesie

Im Oktober 1944 interviewte Saul K. Padover, Mitglied der Abteilung für Psychologische Kriegsführung der 1. US-Armee, Zivilist:innen in Aachen und Umgebung – und machte dabei folgende Beobachtung: „Seit zwei Monaten sind wir hier zugange, wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. Jeder ist ein Nazigegner. Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen.“ Padovers Fazit: In der Neigung, wie sich die Deutschen von ihrem Führer abwenden, entdeckte man „keinen Schimmer eigenen Schuldbewusstseins [...]. Hitler wurde vorgeworfen, den Krieg verloren, und nicht, ihn begonnen zu haben.“¹

Die Leugnung und Verdrängung der eigenen Verstrickung in die NS-Verbrechen bei gleichzeitiger Delegation der Schuld auf Hitler und ein paar wenige Nazigrößen, die „im deutschen Namen“ gehandelt hätten, zählten schon vor der militärischen Niederlage Nazideutschlands zu den wirksamsten Entlastungsstrategien nichtjüdischer Deutscher. In populären Geschichtsdarstellungen erschien Hitler lange Zeit als Dämon und der Nationalsozialismus als eine unerklärliche Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen war. Eine solche Interpretation der NS-Geschichte blendete aus, dass der Nationalsozialismus eine Konsensdiktatur war, die eigene bzw. familiäre Verstrickung in die Verbrechen sollte so relativiert oder sogar gerechtfertigt werden.

Der/die „normale Deutsche“ litt indes unter kollektiver Amnesie, hatte weder seine jüdischen Nachbar:innen denunziert noch jüdisches Eigentum an sich gerissen, auch

nicht gesehen, wie Erwachsene und Kinder am helllichten Tag durch Ortschaften getrieben wurden und in die Deportationszüge steigen mussten und schon gar nicht hatte er etwas mit dem Massenmord zu tun. Die auf *Re-Education* gerichteten Bemühungen der Alliierten verstärkten noch die allgemeine Abwehrhaltung, verstanden sich ja die meisten Deutschen selbst als Opfer. Beklagt wurde das eigene Leid, die Bombennächte sowie Vertreibung und Flucht, Wohnungsnot und Hunger nach Kriegsende. Auch andere Völker begangen Verbrechen, war oft zu hören – eine weitere, für den Post-Schoah-Antisemitismus charakteristische Entlastungs- und Schuldumkehrstrategie, die bis heute angewendet wird. Schon im Februar 1945 beobachtete der australische Kriegskorrespondent Osmar White, wie Wehrmachtsoldaten in einem Kriegsgefangenenlager bei einer Filmvorführung über das KZ Bergen-Belsen piffen und schrien: "Und was ist mit den hungernden Indianern? Und mit den Bergarbeitern in Kongo?"²

Obwohl der Antisemitismus nach 1945 keine Staatsideologie mehr und in seiner offen rassistischen Form tabuisiert war, bestanden antijüdische Ressentiments in weiten Teilen der Bevölkerung fort. Sie suchten sich neue Ausdrucksformen und passten sich dabei der gesellschaftlichen Realität an. „Nur wenige verteidigen die Art und Weise, wie die Juden behandelt wurden, aber die meisten meinen, dass es gut war, deren Macht zu brechen“, fasste im November 1945 eine Analyse der amerikanischen Militärregierung in Deutschland die Aussagen nichtjüdischer Deutscher zusammen.³ Trotz des Bekanntwerdens des Ausmaßes der Verbrechen blieb der Antisemitismus in der Nachkriegszeit keineswegs in den eigenen vier Wänden, wie häufig behauptet wird. Davon zeugen u. a. die vielen Friedhofsverwüstungen, antisemitische Parolen im Straßenbild, ressentimentgeladene Artikel und Kommentare in der deutschen Nachkriegspresse, Beschwerden aus der Bevölkerung in den Polizeiakten, bürokratische Hindernisse, die man jüdischen Überlebenden bei ihren Rückerstattungsfordernungen in den Weg legte, bis hin zu einigen gewalttätigen Konfrontationen zwischen deutschen Antisemit:innen und jüdischen Überlebenden.

In den ersten drei Nachkriegsjahren lebten in der amerikanischen Besatzungszone über 200.000 jüdische Displaced Persons (DPs)⁴, die meisten von ihnen in Bayern. Deutschland war für den Großteil nur ein Transitland, viele wollten nach Eretz Israel⁵ oder in die USA. Sie hatten ihre Heimat, auch ihre Familien und Freund:innen verloren. Sie hausten in überfüllten DP-Camps, waren in schlechter körperlicher Verfassung, nicht wenige trugen noch ihre KZ-Häftlingsuniform. Erst infolge der Intervention des Beauftragten des US-Präsidenten Truman und von jüdisch-amerikanischen Hilfsorganisationen verbesserten sich langsam ihre Lebensbedingungen. Die tatsächliche oder vermeintliche materielle Hilfe, die sie ab Spätsommer 1945 erhielten, stieß in großen Teilen der deutschen Bevölkerung auf Ablehnung, rief sozialen Neid und



Jüdische Demonstranten protestierten am 10. August 1949 in München-Bogenhausen gegen die Süddeutsche Zeitung, die einen antisemitischen Leserbrief veröffentlicht hatte. Foto: Fosch, Süddeutsche Zeitung

antijüdische Ressentiments hervor, die durch die jahrelange NS-Propaganda noch verstärkt worden sind. Den jüdischen DPs wurde eine überproportionale Kriminalitätsrate unterstellt, Frauen und Mädchen in Stürmertradition der Prostitution bezichtigt, jüdische Männer wurden als Betrüger, Wucherer und „Deutschlands Parasiten“ (DPs) diffamiert. Hierbei handelte es sich um eine Täter-Opfer-Umkehr, die die Schuld für den Nachkriegsantisemitismus den Juden zuschob. Antisemitismus hat mit realen Jüdinnen und Juden jedoch nichts zu tun und existiert unabhängig von ihrem tatsächlichen Handeln.⁶

Kurz vor der Bundestagswahl 1949 erklärte US-Hochkommissar John McCloy vor Vertreter:innen der jüdischen Gemeinden, dass das Leben und Wohlergehen der Jüdinnen und Juden in Deutschland der „Prüfstein der demokratischen Entwicklung in Deutschland“ sein werde. Wie es um die deutsche Demokratie tatsächlich bestellt war, zeigte sich wenige Tage später. Am 10. August versammelten sich in München etwa 1000 jüdische DPs, um gegen einen am Tag zuvor in der *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichten antisemitischen Leserbrief zu protestieren. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Münchner Polizei und wütenden Demonstrierenden. Erst die eintreffende US-Militärpolizei beendete den Tumult.

Frieden mit den Täter:innen, „Wiedergutmachung“ für die Opfer?

Mit dem Beginn des Kalten Krieges verloren die Entnazifizierung und der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland für die USA an Bedeutung. Die westlichen Siegerländer brauchten Deutschland als künftigen Bündnispartner für ihren Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Viele Deutsche kultivierten weiterhin ihre antisemitischen Ressentiments. In der ersten bundesweiten empirischen Umfrage des *Allensbacher Institut für Demoskopie* im Herbst 1949, dem Gründungsjahr der Bundesrepublik, gaben 23 Prozent der Befragten an, Juden gegenüber „demonstrativ“ oder „gefühlsmäßig“ ablehnend zu sein. Weitere 15 Prozent zeigten sich den Juden gegenüber reserviert und begründeten dies unter anderem mit den „komischen dreckigen Gestalten auf dem schwarzen Markt“ und der „abstoßenden jüdischen Religion“.⁷

Der Nachkriegsantisemitismus ging einher mit einem zunehmend erstarkenden nationalen Selbstbewusstsein und dem „großen Frieden mit den Tätern“. So bezeichnete Ralph Giordano die Tatsache, dass die ehemaligen NS-Täter:innen – abgesehen von jenen ranghohen Nazis, die sich in den alliierten Kriegsverbrecherprozessen verantworten mussten – durch die fehlgeschlagene Entnazifizierung ihre Karrieren nahtlos oder nach nur kurzer Unterbrechung fortsetzen konnten.

Dem kollektiven Schweigen stand auf der institutionellen Ebene eine klare Distanzierung entgegen. Der Philosoph Hermann Lübbe prägte für diese Doppelstrategie den Ausdruck „kommunikatives Beschweigen.“⁸ Die meisten nichtjüdischen Deutschen waren mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beschäftigt, die Situation überlebender Jüdinnen und Juden interessierte kaum jemanden. „Nirgends wird dieser Albtraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland. [...] Dieser allgemeine Gefühls-mangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden“,⁹ beschrieb Hannah Arendt in ihrem 1950 veröffentlichten Essay *Besuch in Deutschland* die Stimmung im Land.

Am 10. September 1952 unterschrieben Bundeskanzler Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Mosche Scharett das Luxemburger Abkommen, die erste gesetzliche Regelung über Entschädigungsleistungen der BRD an Israel und die *Jewish Claims Conference* (JCC). Während die israelische Seite nüchtern von

„[I]m Namen des deutschen Volkes“ seien aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die „wiedergutmacht“ werden müssten.

„Zahlungen“ sprach, war auf der deutschen von einer „Wiedergutmacht“ die Rede. Ganz so, als ob es für den Massenmord und das Leid der Überlebenden eine „Wiedergutmacht“ geben könnte, als ob die Verbrechen durch Geld „gutgemacht“ und ad acta gelegt werden könnten. In seiner Regierungserklärung betonte Bundeskanzler Adenauer, dass sich die Mehrheit der Deutschen an den Verbrechen an den Juden nicht beteiligt hätte. „[I]m Namen des deutschen Volkes“ seien aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die „wiedergutmacht“ werden müssten. Entsprechend verfolgte der Mainstream der deutschen Geschichtspolitik in den kommenden Jahrzehnten das Ziel, den Kreis der Verantwortlichen für die Verbrechen möglichst klein zu halten – nicht selten flankiert von einer Zeitgeschichtsforschung, die jüdische Wissenschaftler:innen wegen ihrer angeblichen Parteilichkeit ausgrenzte, sich selbst aber als objektiv ausgab. Die Frage der Moral dürfte in der BRD allerdings nicht der Hauptgrund gewesen sein, Entschädigungszahlungen zu leisten. Vielmehr handelte es sich um ein pragmatisches Kalkül Adenauers, wollte die BRD doch in die westliche Staatengemeinschaft aufgenommen werden.¹⁰ In der Bevölkerung beider Länder stieß das Abkommen auf heftige Proteste. In der Knesset sprach die israelische Opposition vom „Blutgeld“, mit dem sich Deutschland freikaufen wolle und vor dem Gebäude demonstrierten Schoah-Überlebende. In der BRD hielten 44 Prozent der Bundesbürger:innen laut einer Umfrage jede Zahlung an Israel für „überflüssig“ und lehnten sie ab.

Nach 1965 betrachtete die BRD die Entschädigungsfrage als erledigt. Die Schoah-Überlebenden aus dem ehemals kommunistischen Osteuropa erhielten Entschädigungszahlungen erst nach einer 1998 beschlossenen Einigung zwischen der Bundesrepublik und der *Jewish Claims Conference*.

Antisemitische „Schmierwelle“ 1959/1960

Ende der 1950er Jahre wurde die Bundesrepublik zum Schauplatz einer landesweiten antisemitischen Schmierwelle, die am 24. Dezember 1959 mit dem weißen Schriftzug „Deutsche fordern: Juden raus“ auf den Außenmauern der Kölner Synagoge begann. Die beiden Täter waren Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Reichspartei. Sie wurden zwar schnell verurteilt, der Antisemitismus von rechts aber nicht weiter thematisiert und zum Randphänomen erklärt.¹¹

Innerhalb eines Monats kam es bundesweit zu mehr als 600 Nachfolgetaten. So auch in Bayern: Am 27. Dezember 1959 warf der Schreiner Ludwig Vogel in das Café eines jüdischen Wirts im fränkischen Kitzingen ein Plakat voller Hakenkreuze, auf dem stand: „Nieder mit den Juden! In die Gaskammer!“ Der damalige Bundesminister für Verteidigung Franz-Josef Strauß (CSU) ging, ähnlich wie Adenauer, von einer „kommunistischen Steuerung der Ereignisse“ aus. Die westliche Presse war sich indes schnell einig, dass die Schmierwelle ein Beleg für das Wiederaufleben des Antisemitismus in der Bundesrepublik sei. In London versammelten sich 20.000 jüdische Kriegsveteranen auf der Straße, um gegen den Antisemitismus in der BRD zu protestieren. Im Londoner Unterhaus hieß es, die Deutschen seien „das gleiche arrogante Volk wie unter Hitler“.¹² Parallel zur antisemitischen Schmierwelle erstarkten in der BRD in den 1960er Jahren wieder rechtsextreme Parteien. Der in den 1950er Jahren eingeübte Umgang mit dem Antisemitismus von rechts und dem rechten Terror gegen Jüdinnen und Juden zieht sich durch die gesamte Geschichte der BRD. Das belegt unter anderem die lange Liste der rechtsextremen Anschläge auf Jüdinnen und Juden sowie auf jüdische Einrichtungen, bei denen die Behörden ein antisemitisches Motiv entweder gleich verneint oder nicht wirklich in Betracht gezogen haben.¹³

Der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatte und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel

Am 20. Dezember 1963 begann in Frankfurt am Main der erste der drei Auschwitz-Prozesse, das bis dahin größte und wichtigste Strafverfahren der deutschen Justiz gegen NS-Täter.¹⁴ Mitinitiiert wurde er vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, einem der wichtigsten Kämpfer für die systematische Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik. Erst 1949 war Bauer nach Deutschland zurückgekehrt, das er wegen der Judenverfolgung 1936 verlassen musste. 1957 gab er dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort

des einstigen Hauptorganisators der Deportationen von Jüdinnen und Juden in die Todeslager, Adolf Eichmann, der drei Jahre später zu dessen Ergreifung und 1961 zum medial weltweit verfolgten Eichmann-Prozess in Jerusalem führte.

Auch wenn die im Frankfurter Landgericht am 20. August 1965 gesprochene Urteile mild ausfielen – es gab sechsmal lebenslänglich und drei Freisprüche, die restlichen Angeklagten erhielten unterschiedlich lange Freiheitsstrafen – war der erste Auschwitz-Prozess und der ihm vorausgegangene Eichmann-Prozess für die Etablierung einer bundesdeutschen Erinnerungskultur von enormer Bedeutung. Zum ersten Mal sah sich die Öffentlichkeit mit den deutschen NS-Verbrechen konfrontiert. Die jahrelange Schweigemauer wurde durchbrochen. Auch Kunst, Literatur, Theater und Film griffen die Thematik auf. Doch es waren auch danach breite Teile der Bevölkerung nicht bereit, sich mit ihrer individuellen Schuld bzw. ihrer Verstrickung in die Verbrechen auseinanderzusetzen. Von dem angefeindeten und Morddrohungen ausgesetzten Fritz Bauer, der 1968 in seiner Frankfurter Wohnung unter ungeklärten Umständen starb, blieb der Ausspruch überliefert: „Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.“¹⁵

Parallel zu Bauers juristischem Kampf führte der Bundestag 1965 eine hitzige Debatte über eine Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen. Im Grunde ging es um die Frage, was 20 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus schwerer wiege: die Verantwortung gegenüber den Opfern oder der gesellschaftliche Frieden, der nach einem Schlussstrich verlangt?¹⁶ Nach damals geltendem Recht sollte für die NS-Straftaten am 8. Mai die Verjährung eintreten. Proteste dagegen kamen unter anderem von amerikanisch-jüdischen Organisationen und aus Israel. „Wir können uns nicht von Israel unter Druck setzen lassen in einer Frage, die für uns eine Rechtsfrage ist“, monierte Bundesjustizminister Ewald Bucher (FDP) im Bundestag und fügte eine den Massencharakter des Nationalsozialismus leugnende Bemerkung hinzu: „Wir müssen es auf uns nehmen, notfalls mit einigen Mördern zusammenzuleben.“¹⁷ Die Debatte endete mit einem Kompromiss. Die Verjährungsfrist wurde um vier Jahre verlängert. Erst 1979 wurde vom Bundestag mehrheitlich beschlossen, dass es für Mordtaten keine Verjährung gibt, was eine Weiterverfolgung von Nazi-Verbrecher:innen möglich machte.

Das Jahr 1965 war noch aus einem anderen Grund historisch bedeutend. Im März nahmen die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen auf. Zehn arabische Länder riefen daraufhin aus Protest ihre Botschafter aus Bonn ab.

Israel als Projektionsfläche: „Ehrbarer“ Antisemitismus der westdeutschen Linken

Bis 1967 überwog in der westdeutschen politischen Linken eine demonstrativ pro-israelische Position. Die Nachkriegslinken engagierte sich für das sogenannte Wiedergutmachungsabkommen und für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und begeisterte sich für die Kibbuz-Bewegung. Die Sympathien für Israel reichten bis zur philosemitischen Überhöhung. Mit dem Sechstagekrieg 1967 kam die Kehrtwende. Während konservative Kreise und Teile der Presse den israelischen „Blitzkrieg“ feierten und die BILD-Zeitung in ihrer Begeisterung den israelischen Verteidigungsminister Moshe Dayan geschichtsrelativierend mit dem Wehrmachtsgeneral Rommel verglich, wechselten die radikalen Linken die Fronten und solidarisierten sich fortan mit den arabischen Staaten und der Fatah. In ihrem manichäisch geprägten, antiimperialistischen Weltbild identifizierten sie sich mit den tatsächlich oder vermeintlich Unterdrückten in aller Welt. Den Verfolgten und Opfern der eigenen Landsleute galt diese Solidarität jedoch nicht. Der israelisch-palästinensische Konflikt wurde zum zentralen Befreiungskampf aller „unterdrückten Völker“ gegen den US-Imperialismus umgedeutet. Israel galt als dessen „Brückenkopf“ und als „rassistisches“ und „koloniales“ Staatsgebilde, das mit der Bezeichnung „zionistisch“ als negativ und illegitim apostrophiert wurde. Damit wurde Israel als Staat delegitimiert. Im implizierten Vorwurf einer imperialistischen, jüdisch-amerikanischen Allianz klang der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung an. „Die Palästinenser“ erklärte man in einer schuldabwehrenden Täter-Opfer-Umkehr zu den „Opfern der Opfer“. Den jüdischen Israelis wies man damit die Rolle der „heutigen Nazis“ zu. Dass der Antizionismus nichts weiter als Judenhass war, zeigte sich am deutlichsten am 9. November 1969, als nur wegen eines technischen Defekts ein Sprengstoffanschlag der Gruppe „Tupamaros Westberlin“ auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin scheiterte. Etwa 250 Schoah-Überlebende hätten an diesem 31. Gedenktag der Novemberpogrome ermordet werden können. Bereits in der Nacht zuvor waren jüdische Mahnmale in Westberlin mit der zynischen Parole „Schalom und Napalm“ und dem Schriftzug „El Fatah“ beschmiert worden. In dem Bekenner schreiben, das vier Tag später in einem Westberliner Szeneblatt erschien, hieß es, man wolle sich im Kampf gegen den Zionismus nicht länger vom „deutschen Schuldbewusstsein“ leiten lassen. Der Bundesrepublik wurde vorgeworfen, sich durch ihre Wiedergutmachungszahlungen an Israel an seinen „faschistischen Gräueltaten“ gegen die palästinensischen Araber mitschuldig zu machen.

Große Teile des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) verurteilten den antisemitischen Anschlagversuch in Westberlin. Die eigenen antisemitischen Resentiments hinterfragten jedoch nur wenige. Auch nach der Auflösung des SDS als Sammelbecken der Neuen Linken im Jahre 1970 und ihrer Zersplitterung in mehrere rivalisierende sogenannte K-Gruppen¹⁸ blieb der Israelhass im linksradikalen Lager



Anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Abba Eban in München im Jahr 1970 demonstrierten arabische Studenten und Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation Rote Garde gegen Israel. Auf dem Transparent: Keine Mark und keinen Mann für ein zweites Vietnam. Foto: Fritz Neuwirth, Süddeutsche Zeitung

verbreitet. So bejubelte nach dem palästinensischen Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972 Ulrike Meinhof von der RAF die Tat als „gleichzeitig antifaschistisch, antiimperialistisch und internationalistisch.“ Israel habe seine Sportler verheizt wie einst die Nazis die Juden, hieß es zum Attentat.¹⁹ Bis heute ist nicht aufgeklärt, ob der Brandanschlag auf das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde in München am 13. Februar 1970, bei dem sieben Bewohner starben, auch von Linksterrorist:innen begangen worden ist, aber viele Indizien sprechen dafür.

Der linke Antisemitismus blieb nicht auf die militanten oder bewaffneten Gruppen beschränkt. Die israelfeindliche Haltung wurde in den folgenden Jahrzehnten zum festen Bestandteil linker Politik in Westdeutschland – bis hinein in die Partei der Grünen und der Friedensbewegung. Nicht wenige Anhänger:innen des linken Spektrums sind dabei zum unkritischen Sprachrohr antisemitischer und israelfeindlicher palästinensischer Propaganda geworden und versteckten dahinter ihre – geleugneten – antisemitischen Einstellungen.

Der Antisemitismus ist im Antisraelismus enthalten „wie das Gewitter in der Wolke“ und wieder ehrbar, schrieb der österreichisch-jüdische Schriftsteller Jean Améry, der als einer der ersten die Wende in der Einstellung der westdeutschen Linken zu Israel kritisierte.²⁰ Der israelbezogene Antisemitismus ist heute die sozial anerkannte Form des Judenhasses, in dem sich die Gegner:innen der Erinnerungskultur auf verschiedensten Seiten begegnen können.

Olympia-Attentat 1972 und das Versagen der deutschen Behörden

Am 26. August 1972 begannen in München die XX. *Olympischen Sommerspiele*. Palästinensische Terroristen der Organisation *Schwarzer September* drangen am 5. September in das Quartier der israelischen Mannschaft im Olympischen Dorf ein. Sie ermordeten zwei der Sportler und nahmen neun weitere als Geiseln, um mehr als 300 inhaftierte Terroristen, darunter RAF-Mitglied Ulrike Meinhof, freizupressen. Alle Geiseln starben einen Tag später während einer missglückten Befreiungsaktion auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck. Deutsche Behörden hatten Warnhinweise auf einen möglichen Anschlag vernachlässigt und bei der versuchten Geiselbefreiung zahlreiche fatale Fehler gemacht. Dies entfachte einen bis heute andauernden Streit zwischen den Familien der Opfer und der Bundesregierung um Aufklärung und eine angemessene Entschädigung.²¹ Die deutsche Seite hat ein gründliches, kritisches Aufarbeiten der Tat und ihrer Umstände verhindert, manche Akten sind immer noch unter Verschluss. Erst bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Attentats bat Bundespräsident Steinmeier die Angehörigen der Opfer im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung. So endete die Olympiade 1972 in Deutschland, die auch ein Versuch war, die Spiele von 1936 im nationalsozialistischen Berlin positiv zu überschreiben, wieder mit toten Juden.

Die elf israelischen Opfer waren David Berger, Ze'ev Friedman, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, Yossef Romano, Amitzur Shapira, Kehat Schor, Mark Slavin, Andrei Spitzer, Yakov Springer und Moshe Weinberg. Außerdem kam der deutsche Polizist Anton Fliegerbauer ums Leben.

Olympische Spiele 1972:
Die israelische
Mannschaft bei der
Eröffnungsfeier.
Foto: Sven Simon,
Süddeutsche Zeitung





Die Särge mit den sterblichen Überresten der israelischen Sportler in der Münchner Synagoge.

Foto: dpa/Süddeutsche Zeitung



Ein erinnerungspolitisches Großereignis: Die US-amerikanische TV-Serie *Holocaust* 1979

Eine bis dahin nie dagewesene öffentliche wie auch private Debatte über die deutsche NS-Vergangenheit löste die US-amerikanische Fernsehserie *Holocaust. Die Geschichte der deutsch-jüdischen Familie Weiß* im Januar 1979 mit Einschaltquoten bis 39 Prozent aus. Ihr ist es in erster Linie zuzuschreiben, dass der Begriff Holocaust seit den 1980er Jahren ein fester Bestandteil des westdeutschen Sprachgebrauches wurde.

Das große Verdienst der Serie war, dass dem bislang Abstrakten des Massenmordes, der vermeintlichen Objektivität und Sachlichkeit, die die Mehrzahl der westdeutschen Historiker:innen für sich reklamierten, das emotional erzählte, individuelle Schicksal einer fiktiven jüdischen Familie gegenübergestellt wurde. Trotz berechtigter Kritik an der Machart und der Fiktionalisierung, an manchen historischen Ungenauigkeiten und Vereinfachungen und der Vereinnahmung von Auschwitz durch die Kulturindustrie zeigte die Serie, was die westdeutsche Geschichtswissenschaft bis dahin ignoriert hatte: Die deutschen Täter:innen waren normale, pflichtbewusste Familienmenschen. Die Opfer bekamen ein Gesicht und wurden als handelnde Subjekte dargestellt.²²

Gleichzeitig wurde die Serie auch Anlass für einen der ersten bekannten rechten Anschläge in der Bundesrepublik. Um ihre Ausstrahlung zu verhindern, sprengte der Rechtsterrorist Peter Naumann mit einigen Komplizen während der Präsentation einer einführenden Dokumentation zwei Sendemasten der ARD. Mehr als 100.000 Haushalte saßen zu Beginn der Serie vor schwarzen Bildschirmen. Unter dem Motto „Ich bin kein Esel, ich glaube nicht an den Holocaust“ protestierte in München die NPD in einer als „Gegenaufklärung“ deklarierten Demonstration gegen die Ausstrahlung der Serie.²³

1985: Weizsäckers Rede zum 8. Mai und die „Bitburg-Affäre“

Am 8. Mai 1985 hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes eine Rede, die im In- und Ausland große Beachtung fand und als Zäsur der bundesdeutschen Erinnerungskultur gilt. Ihre zentrale Botschaft lautete: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ Bis zu diesem Zeitpunkt stand der Tag im kollektiven Bewusstsein der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft für die militärische Niederlage Nazideutschlands. Vor allem bei Angehörigen der Kriegsgeneration rief Weizäckers wegweisende Umdeutung große Aufregung und Abwehr hervor, stand sie doch zum Gegensatz zu dem, wie sie den 8. Mai subjektiv empfanden. Auch in Teilen der Union stieß die Rede auf Kritik. Dreißig CSU-Abgeordnete blieben der Ansprache des Bundespräsidenten demonstrativ fern. Der damalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß beklagte die „ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe.“²⁴ Nichtsdestotrotz kann die Rede von einem Tag der Befreiung auch als eine zu diesem Zeitpunkt neuere Auflage der Zurückweisung kollektiver Verantwortung gesehen werden, da, wie ja auch die Proteste zeigten, die Alliierten von einer Mehrheit der Deutschen selbstverständlich nicht als Befreier gesehen wurden.



Für die deutsch-jüdischen Beziehungen und den bundesdeutschen Umgang mit der Schoah war aber noch ein anderer, viel seltener zitierter Teil von Weizsäckers Rede von Bedeutung. Der Bundespräsident nannte den Massenmord an den sechs Millionen Juden „beispiellos“ und stieß den deutschen „Wir haben nichts gewusst“-Mythos um: „Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.“²⁵

Eine völlig andere Botschaft sendete drei Tage vor Weizsäckers Rede Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), als er mit seinem Gast, dem US-Präsidenten Ronald Reagan, den Soldatenfriedhof in Bitburg und das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen besuchte. In Bitburg liegen auch Mitglieder der Waffen-SS begraben – ein peinlicher, der Schlussstrichmentalität entsprungener, geschichtsumdeutender Versuch, 40 Jahre nach Kriegsende Täter und Opfer über ihre Gräber „zu versöhnen“. „Das Nebeneinander von Bergen-Belsen und Bitburg“, schrieb der Philosoph Jürgen Habermas 1987 rückblickend, „nahm den NS-Verbrechen ihre Einmaligkeit, und der Händedruck der Veteranen-Generale in Gegenwart des US-Präsidenten (und deutschen Bundeskanzlers) konnte schließlich bestätigen, dass wir im Kampf gegen den gemeinsamen Feind schon immer auf der richtigen Seite waren.“²⁶ Scharfe Kritik am Bitburg-Besuch kam vom *Zentralrat der Juden in Deutschland*, dessen Vertreter:innen sich daraufhin weigerten, an der Gedenkveranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen teilzunehmen und sich dadurch für Kohls Erinnerungspolitik instrumentalisieren zu lassen. Auch international hagelte es Kritik. In der deutschen Bevölkerung und in der Presse wurde der Bitburg-Besuch von Kohl und Reagan mehrheitlich gutgeheißen und verteidigt – unter anderem von Ernst Nolte, der in den darauffolgenden zwei Jahren einer der Hauptakteure im sogenannten Historikerstreit sein sollte – einem der vehementesten Angriffe auf die Erinnerungskultur und das Geschichtsbewusstsein.

◀ Bundespräsident
Richard von Weizsäcker
bei seiner historischen
Rede zum 8. Mai
als Tag der Befreiung.

„Wer seine Ohren und Augen
aufmachte, wer sich informieren
wollte, dem konnte nicht ent-
gehen, dass Deportationszüge
rollten. Jeder, der die Zeit mit
vollem Bewusstsein erlebt hat,
frage sich heute im Stillen selbst
nach seiner Verstrickung.“

Deutscher „Historikerstreit“ 1986/1987

Der deutsche Historikerstreit gilt als eine der wichtigsten vergangenheitspolitischen Kontroversen um die diskursive Deutungshoheit über den Nationalsozialismus bzw. die Shoah in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Zentrum der erbittert geführten Debatte, an der einige der prominentesten Intellektuellen des Landes teilnahmen, standen die Fragen nach den historischen Ursachen der Shoah und ihrer Singularität bzw. Vergleichbarkeit mit anderen, in diesem Fall stalinistischen, Gewalt- und Massenverbrechen. Bis heute ist das offizielle Geschichtsbild Deutschlands beeinflusst von der 1986/1987 geführten Kontroverse. Der Historikerstreit fand vor dem Hintergrund der Rufe nach einer „geistig-moralischen Wende“ statt, die Helmut Kohl bereits 1982 in seinem Wahlkampf als Antwort auf die von den Sozialliberalen geprägten 1970er Jahre ausgerufen hatte. Für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus werteten Kritiker Kohls Vorstoß als Ausdruck einer verbreiteten Schlussstrichmentalität.²⁷

Der Streit entzündete sich an einem Aufsatz des konservativen deutschen Historikers Ernst Nolte, der unter dem Titel *Vergangenheit, die nicht vergehen will* am 6. Juli 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen war. Nolte kritisierte unter anderem, dass die „Endlösung“ – also der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden – angeblich von anderen Verbrechen der Nationalsozialist:innen, vor allem aber von „entscheidenden Fragen der Gegenwart“ ablenke. Zu diesen zählte der Historiker, die Shoah relativierend, etwa die Diskussionen um den Schutz „von ‚ungeborenem Leben‘“ oder den „‚Völkermord‘ gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.“

Was die eigentliche Debatte auslöste, war Noltés Konstruktion eines vermeintlich kausalen Zusammenhangs zwischen den NS-Verbrechen und dem ihnen vorausgegangen stalinistischen Terror. Das Handeln der Nationalsozialist:innen und Hitlers – damit also auch deren Antisemitismus, der in Noltés Analyse der NS-Mordpolitik ausgeklammert blieb – deutete Nolte als eine nachvollziehbare Putativ-Gegenwehr gegen eine vermeintliche bolschewistische Bedrohung: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“, fragte er suggestiv in einer Mischung aus Antisemitismus, Antikommunismus und antislawischen bzw. antirussischen Ressentiments.²⁸ Klar zu erkennen war dabei sein Rückgriff auf verschwörungsideologische, rechtsnationale Haltungen in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit, wonach hinter dem Bolschewismus die Juden stünden, gegen die man sich wehren müsse. Noltés Thesen

zielten auf eine grundlegende Revision des sich in der BRD gerade erst mühsam durchsetzenden wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungs mit der nationalsozialistischen Geschichte.

Öffentlicher Widerspruch kam sofort vom Philosophen Jürgen Habermas, der in einem *ZEIT*-Artikel Nolte und drei weiteren konservativen deutschen Historikern apologetische und revisionistische Tendenzen, die Konstruktion eines neuen, dem Kalten Krieg nutzbaren nationalen Geschichtsbildes und die Relativierung von NS-Verbrechen vorwarf.²⁹ Nolte leugne, schrieb Habermas, die Singularität des Holocaust, indem er sie als Antwort auf bolschewistische Vernichtungsdrohungen „mindestens verständlich“ mache. Der Beitrag des Philosophen führte zu einer heftigen Debatte, an der sich namhafte Historiker und Publizisten beteiligten. Eine wichtige Erweiterung erhielt der Streit im August 1986 durch einen Artikel des konservativen *FAZ*-Herausgebers Joachim Fest, der Nolte verteidigte, Zweifel an der These von der Singularität der Schoah äußerte und vehement die Vergleichbarkeit der „Mordfabriken der Stalin-Ära“ mit Auschwitz verteidigte, ohne auf deren wesentliche Unterschiede einzugehen.³⁰ Der Artikel stieß bei mehreren liberalen deutschen Historikern auf massive Kritik. Der Streit unter den Intellektuellen wurde zu einem Politikum. Letztendlich setzten sich im Streit um Noltes erinnerungspolitische Thesen seine Kritiker durch. Der radikale, rassifizierte Antisemitismus wird seither als Kern der nationalsozialistischen Ideologie angesehen.

In der deutschen und internationalen Schoah-Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass eine historische Analyse ohne Vergleiche nicht möglich ist. Aber eine Gleichsetzung mit anderen Genoziden und Verbrechen führt wiederum zu keiner Erkenntnis, sondern relativiert, verharmlost und/oder banalisiert. Nur durch die Bezugnahme auf andere Genozide und Massenverbrechen konnte das Besondere an der Schoah herausgearbeitet und Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten sichtbar gemacht werden. Ein Vergleich der Schoah mit anderen Verbrechen ist also kein Tabu, wie oft behauptet wird. Gerade das Extreme an der Schoah, meint der israelische Historiker Yehuda Bauer, erlaube es, sie mit anderen Völkermorden zu vergleichen und als Warnung darzustellen.³¹

Nach 1989/1990: Zweigeteilte Erinnerung im vereinten Europa

Mit der deutschen Wiedervereinigung, dem Zusammenbruch der Regime in den Ländern Mittelosteuropas und der Sowjetunion rückten die kommunistischen Verbrechen erneut in den Vordergrund – diesmal auch in einer breiteren Öffentlichkeit. Die Präzedenzlosigkeit der Schoah, auf der die offizielle deutsche Erinnerungskultur fußt, wurde dadurch zum wiederholten Mal infrage gestellt.

Die europäische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde 1989/1990 zweigeteilt. Im Zentrum des neuen Ost-West-Gefälles steht seitdem das Verhältnis zweier totalitärer Systeme, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, die in den meisten postkommunistischen Ländern auf die gleiche Stufe gestellt werden.³² Gleichzeitig beschwerten sich viele Mittelosteuropäer:innen, dass „der Westen“ die Deutungshoheit über die Geschichte für sich reklamieren, nur die Schoah-Opfer im Blick habe und zu wenig Sensibilität für die Opfer des Kommunismus zeige. Ehemalige Verfolgte des SED-Regimes beklagen, dass sie als „Opfer zweiter Klasse“ behandelt würden.³³ Aus solchen geteilten Gedächtnissen entstehen Erinnerungsrivalitäten, die seit 1989 immer wieder zu Opferhierarchien, der Aufrechnung des Leides und der Relativierung der Schoah führen.³⁴ In der Praxis münden die Gleichsetzungen meist in einem einseitigen Gedenken, in dem die Erinnerung an die Verbrechen Stalins und der Kommunist:innen, auch aufgrund des geringeren Zeitabstands, der historischen Erfahrung und der fortbestehenden Befürchtungen vor Russlands neo-imperialer Machtpolitik meistens schwerer wiegt als die nationalsozialistische Besatzung.³⁵ Die Geschichte wird häufig durch die nationale Brille gesehen. Aus ehemaligen Täter:innen werden Opfer gemacht und umgekehrt. Die Gleichsetzungen ignorieren das Faktum, dass es – mit Salomon Korn gesagt – „nichts Analoges zu dem staatlich organisierten Massenmord, zum eliminatorischen Antisemitismus, zur fabrikmäßigen Ermordung von Millionen Menschen, zum Vernichtungs- und ‚Lebensraum‘-Krieg und zum Willen der Versklavung und Ausbeutung ganzer Völker“ gegeben habe, wie das unter dem nationalsozialistischen Regime der Fall gewesen ist.³⁶

Die Behauptung, beide totalitären Regime seien „gleichermaßen verbrecherisch“ gewesen, hat auch eine Ursache darin, dass in vielen postkommunistischen Ländern die Kollaboration mit dem NS-Besatzungsregime und die Beteiligung der eigenen Landsleute an der Verfolgung der Jüdinnen und Juden und dem Massenmord jahrzehntelang verschwiegen und die Erinnerung daran abgewehrt worden ist. In Polen entzündete das dort im Frühjahr 2000 erschienene Buch *Nachbarn* des polnisch-amerikanischen Historikers Jan T. Gross erbitterte Debatten, weil der Autor darin erstmals die Ermordung der jüdischen Bewohner:innen der Stadt Jedwabne, mindestens

340 Menschen, am 10. Juli 1941 durch nichtjüdische Pol:innen beschrieben und den Antisemitismus seiner früheren Landsleute thematisiert hatte. Einen ähnlichen Sturm der Entrüstung löste in Litauen das Buch von Ruta Vanagaitis, *Die Unsrigen*, aus, in dem die Autorin über den Judenhass in der litauischen Bevölkerung aufklärte. Salomon Korn warnte deshalb schon 2004 vor einem fundamentalen Einbruch der Erinnerungskultur: „Die noch ausstehende oder nur in Ansätzen begonnene Auseinandersetzung der hinzutretenden osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten mit ihrer bis in die Gegenwart nachwirkenden antisemitischen Vergangenheit wird die erweiterte EU vor ein bisher unbeachtetes Problem stellen: Der gleichzeitig von Südeuropa vordringende islamistische Antisemitismus und der aus dem Osten Europas in die bisherige Europäische Union einsickernde ‚klassische‘ Antisemitismus werden eine ‚Zangenbewegung‘ vollziehen, die den in Westeuropa vorhandenen sekundären oder ‚schuldreflexiven‘ Antisemitismus vermutlich stärken wird.“

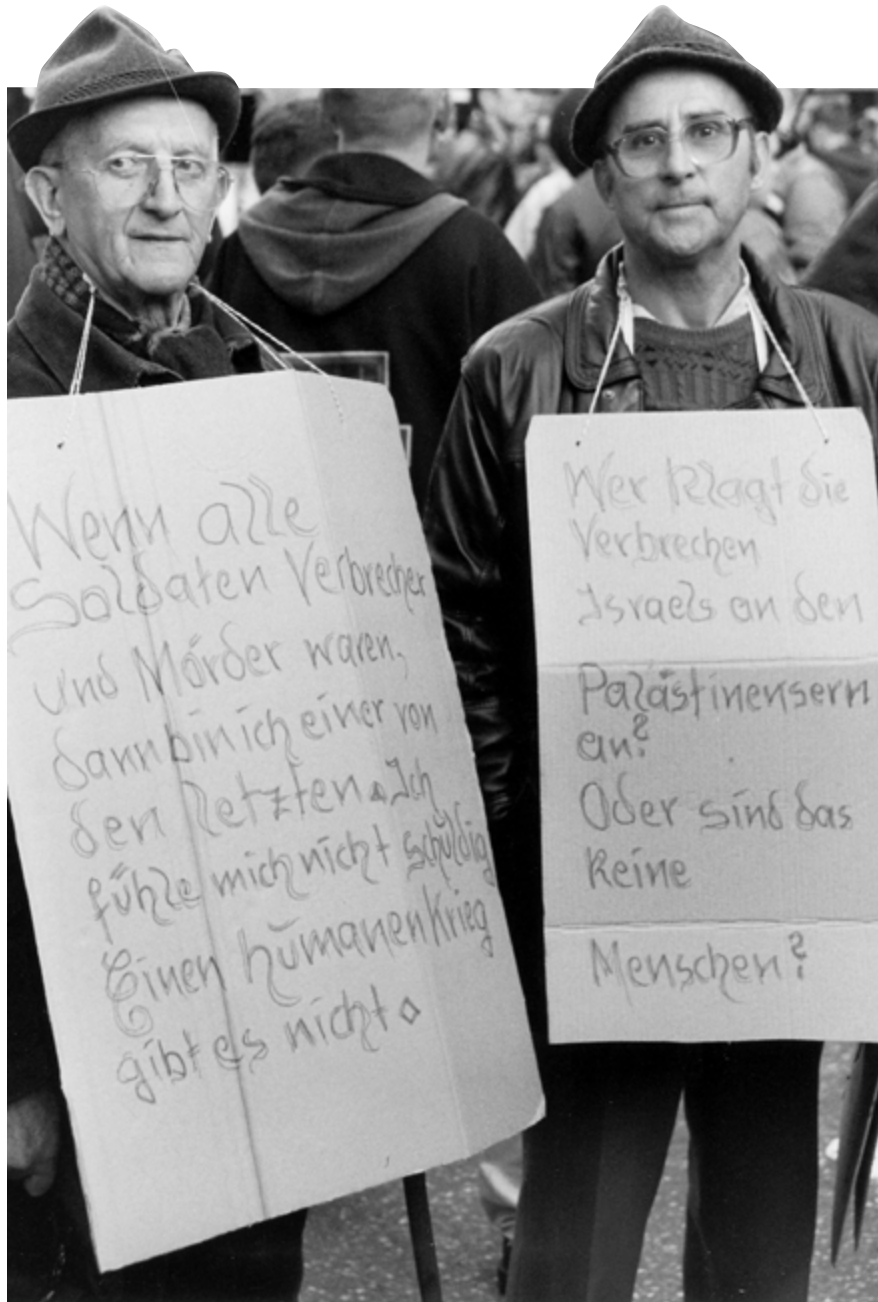
Die europäische Erinnerung
an den Zweiten Weltkrieg
wurde 1989/1990 zweigeteilt.
Im Zentrum des neuen Ost-
West-Gefälles steht seitdem das
Verhältnis zweier totalitärer
Systeme, des Nationalsozialis-
mus und des Kommunismus,
die in den meisten postkom-
munistischen Ländern auf die
gleiche Stufe gestellt werden.

Die „Wehrmachtausstellung“ 1995–1999

In den späten 1990er Jahren dokumentierte eine in vielen deutschen Städten gezeigte Wanderausstellung des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* unter dem Titel *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* die Beteiligung der Wehrmacht an den nationalsozialistischen Massenmorden, insbesondere im Krieg gegen die Sowjetunion. In weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit herrschte bis dahin noch die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ und den „unschuldigen deutschen Soldaten“, die nur ihre Pflicht taten und mit den SS-Verbrechen nichts zu tun gehabt haben sollen. Die sogenannte Wehrmachtausstellung räumte mit diesem Mythos auf und rückte die Verbrechen der Wehrmacht erstmals ins Blickfeld. Weil einige der mehr als 1400 erschütternden und zum Teil schockierenden Bilder in den Bildunterschriften falsch zugeordnet waren, gerieten die Ausstellungsmacher in Kritik, was das Institut schließlich zu einer Überarbeitung veranlasste.³⁷ An der Grundaussage, dass sich die Wehrmacht im deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion aktiv am Massenmord an Jüdinnen und Juden, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung beteiligt hatte, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen, änderte sich jedoch nichts. Die Beurteilung der Rolle der Wehrmacht wurde durch die nachfolgende historische Forschung bestätigt.

Vor allem in München führte die erste Wehrmachtausstellung zu heftigen Diskussionen und wütenden Auseinandersetzungen. Als Protest gegen die angeblich „pauschale Verunglimpfung aller Wehrmachts-Angehörigen“ boykottierte fast die gesamte CSU-Stadtratsfraktion die Ausstellungseröffnung in der Landeshauptstadt und legte stattdessen demonstrativ einen Kranz am Grabmal des unbekanntes Soldaten nieder. Gegenüber der Presse bezeichnete der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) die Ausstellung als „generalisierend und beleidigend“.³⁸ Der *Bayernkurier*, das offizielle Blatt der bayerischen Regierungspartei, schrieb gar von einem „moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“.³⁹ Auch zahllose ehemalige Wehrmachtsangehörige fühlten sich diffamiert und pauschal verurteilt. Am 25. April 1995 setzte sich der frühere Wehrmachtssoldat und Geschichtsrevisionist Reinhold Elster vor der Feldherrnhalle in München aus Protest gegen die Wehrmachtausstellung selbst in Brand und starb am Folgetag. In Erinnerung an seinen Tod halten Neonazis in München am 25. April jährlich eine Mahnwache ab.

In der Intensität der Proteste spiegelte sich erneut der allgemeine Wunsch nach einem Schlussstrich, der eine wichtige Quelle für den Antisemitismus nach 1945 ist. Zudem wurde die Behauptung eines angeblichen Kollektivschuld-Vorwurfs, der nach Kriegsende den Alliierten unterstellt worden war, reaktiviert und insgesamt mit Schuldabwehr reagiert. Dass die Wehrmacht rückblickend in die Verantwortung für die NS-Verbrechen einbezogen wurde, die man bis dahin einem nur kleinen Täterkreis zugeschoben hatte, stellte jedoch einen erinnerungspolitischen Durchbruch dar.



▲ Teilnehmer einer Demonstration gegen die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944‘ in München im Jahr 1997.

Foto: Andreas Heddergott, Süddeutsche Zeitung

Die Goldhagen-Debatte 1996

In die erinnerungspolitisch aufgeheizten Debatten fiel im Sommer 1996 die Veröffentlichung der deutschsprachigen Version der Studie des US-amerikanischen Soziologen und Politikwissenschaftlers Daniel J. Goldhagen, die einige Monate zuvor in New York unter dem Titel *Hitlers Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust* erschienen war. Goldhagen stellt darin die Frage, warum die Shoah ausgerechnet in Deutschland möglich war, und geht dabei von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ nicht nur der NS-Führung, sondern auch der gewöhnlichen Deutschen aus. Dieser „böartige Antisemitismus“ – und nicht etwa der oft beschworene Befehlszwang – sei die Hauptmotivation für das Quälen und das Töten der Jüdinnen und Juden, also die zentrale Triebkraft des Holocaust, gewesen. Goldhagen sieht ihn als einen elementaren Bestandteil der deutschen Kulturgeschichte an, als wesentliches Element der deutschen Nationenwerdung, in der der Jude stets als die Negation des Deutschtums und einer deutschen nationalen Identität dargestellt und bekämpft worden war. Die Goldhagen-Studie war für die Shoah-Forschung insofern von Bedeutung, als sie den Blick von einer abstrakten Debatte über Ideologie und Struktur auf die „normalen“ Deutschen, ihre Überzeugungen, Entscheidungen und ihre individuelle Verantwortung lenkte – und den Kreis der Verantwortlichen für die Ermordung der Juden Europas wie bisher keine andere wissenschaftliche Untersuchung weitete.

Während im Ausland die Reaktionen meist zustimmend waren, empfand ein Großteil der deutschen Presse Goldhagens Thesen als schiere Provokation und reagierte – noch bevor die deutsche Ausgabe überhaupt veröffentlicht war – mit Abwehr. Dabei ging es bei weitem nicht nur um die Inhalte, sondern auch um persönliche, zum Teil offen aggressive Attacken. So wurde dem Autor unter anderem vorgeworfen, den Deutschen eine Kollektivschuld unterstellen zu wollen. Immer wieder wurde auf seine angeblich mangelnde Qualifikation und die jüdische Herkunft verwiesen, die ihm angeblich kein objektives Urteil erlaube.⁴⁰ Der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein nannte Goldhagen einen „Scharfrichter“, womit er an das antisemitische Motiv vom „rachsüchtigen Juden“ anknüpfte.⁴¹ Auch wurde Goldhagen vorgeworfen, mit seinen Thesen dem Antisemitismus in Deutschland neue Nahrung zu geben. Nach dem jahrhundertealten Muster: Nicht der Antisemitismus ist das Problem und sollte bekämpft werden, sondern die Jüdinnen und Juden sind dafür verantwortlich, dass es ihn überhaupt gibt.

Der Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein nannte Goldhagen einen „Scharfrichter“, womit er an das antisemitische Motiv vom „rachsüchtigen Juden“ anknüpfte

Download der Publikation unter:

https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf



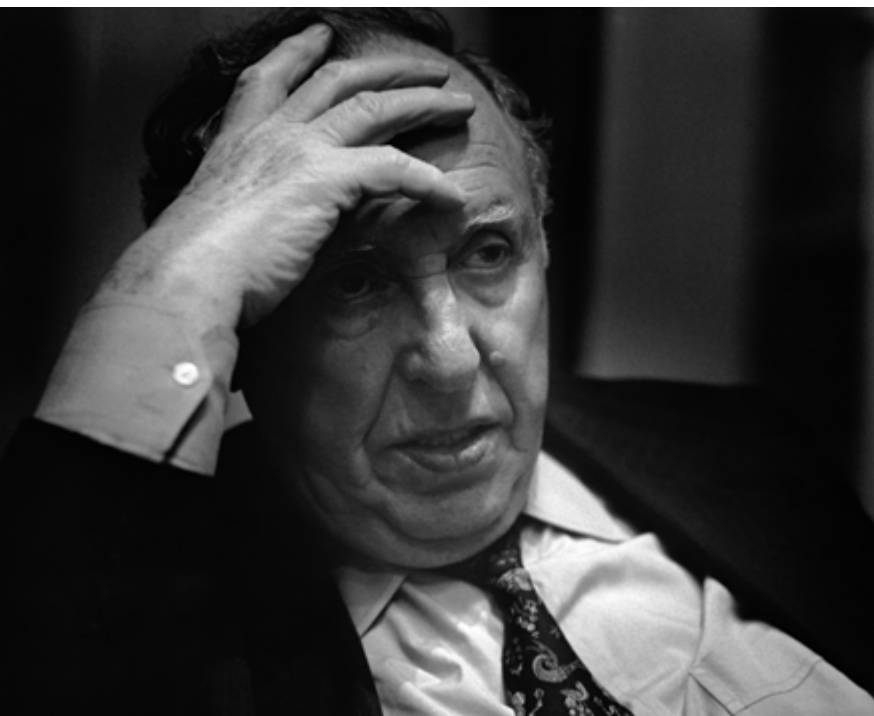
„Moralkeule Auschwitz“: Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche 1998

Mit seiner Dankesrede zur Verleihung des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels* machte sich der namhafte deutsche Schriftsteller Martin Walser die Schlussstrichforderung im Umgang mit der deutschen NS-Vergangenheit zu eigen. Obwohl er sich in der Paulskirche als Tabubrecher („vor Kühnheit zitternd“) ausgab, sprach er doch nicht nur seinem Publikum, sondern der Mehrheit der Deutschen aus der Seele.⁴²

Walser wandte sich unter anderem gegen eine „Instrumentalisierung“ von Auschwitz „zu gegenwärtigen Zwecken“. Auschwitz, so Walser, eigne sich nicht dafür, „Droh-routine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.“ Wer – und zu welchem Zweck – hinter den von ihm behaupteten Drohungen und Einschüchterungen stehen soll, ließ Walser offen. Die Interpretation, dass er damit „jüdische Erpressungsversuche“ imaginieren wollte, lag jedoch nahe. Der Ausdruck „Moralkeule Auschwitz“ erinnerte zudem an die Rhetorik rechtsextremer Agitatoren. Mit Blick auf die parallel laufende Debatte über die Errichtung des Berliner *Denkmal für die ermordeten Juden Europas* bezeichnete Walser dieses als einen „fußballfeldgroßen Alptraum“ und als eine „Monumentalisierung der Schande“. Weder über die jüdischen Opfer der Deutschen, noch über die mit der Wiedervereinigung steigende Zahl von Übergriffen auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen in Deutschland verlor Walser ein Wort. Sein Mitgefühl galt allein den Deutschen als „Opfer von Meinungssoldaten“, eine verschwörungsideologische Formel, die eine angebliche Medienkontrolle von „Eliten“ insinuiert.

1200 in der Paulskirche anwesende Gäste aus Kultur, Wirtschaft und Politik erhoben sich nach Walsers Rede zu stehenden Ovationen. Nur der damalige Vorsitzende des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Ignatz Bubis, seine Frau Ida und zwei weitere Gäste blieben sitzen. Bubis bezeichnete Walsers Rede als „geistige Bandstiftung“ und warf ihm eine „Schlussstrichmentalität“ vor. Die meisten Zeitungskommentator:innen vertraten indes die Meinung, dass Bubis Walser bloß missverstanden habe. Bei einem vom damaligen Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Frank Schirrmacher, organisierten Versöhnungsgespräch zwischen den beiden nahm Bubis den Vorwurf der geistigen Brandstiftung großzügig zurück. Walser distanzierte sich erst 2015 halbherzig von seiner Rede („Ich könnte die Paulskirchenrede so nicht mehr halten“),⁴³ was seine damals zahlreichen Unterstützer:innen aus dem konservativen wie linksliberalen Lager in eine gewisse Verlegenheit brachte.

Walsers Rede hatte inzwischen weitreichende Folgen gehabt. Sie hatte die Abwehr der NS-Verbrechen und der Schoah nicht nur in der sogenannten Mitte



„Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt“, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, in einem Interview mit dem *Stern* im Juli 1999, nur wenige Wochen vor seinem Tod. In einem Gespräch mit der *WELT* ergänzte er: Noch immer sei ein Jude in Deutschland kein Deutscher.“ Die Trennung sei geblieben, und dies liege vor allem am Desinteresse der Gesellschaft.

Foto: Catherina Hess, Süddeutsche Zeitung



der Gesellschaft, sondern auch in rechten Milieus befeuert. Während seiner Rede zur deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ in Dresden 2017 bediente sich der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke aus Walsers Rede, indem er das Berliner Holocaust-Mahnmal ein „Denkmal der Schande“ nannte und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Die AfD leugnet die NS-Verbrechen nicht, wie es früher rechtsextreme Parteien wie die NPD taten. Die Aussage des damaligen AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland von den zwölf Jahren Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der 1000-jährigen Geschichte Deutschlands“ hat den Effekt, dass die Shoah in ihrer Bedeutung letztlich heruntergespielt wird. Die Verbrechen der Nationalsozialist:innen werden als eine eher marginale Erscheinung in einer ansonsten ruhmreichen deutschen Geschichte dargestellt. Die Aussage stieß auf harsche Kritik. Allerdings fiel vielen Kritiker:innen nicht auf, dass Deutschland, das als Staat erst seit dem 19. Jahrhundert existiert, mitnichten auf eine 1000 Jahre lange Geschichte zurückblicken kann. Auch wird hier die alte Legende wieder aufgewärmt, dass quasi aus dem Nichts, wie ein „Vogelschiss“ aus heiterem Himmel, der Nationalsozialismus die Deutschen befleckt habe.

Die Affäre Möllemann 2002

Den Aggregatzustand der deutschen Seele – zwischen Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung – illustrierte die Affäre um den damaligen stellvertretenden FDP-Vorsitzenden, der weder von links noch von ganz rechts kam, sondern in Gestalt eines ehemaligen Bundesministers der Regierung Kohl das Gesicht der „ehrbaren Mitte“ der Gesellschaft trug: der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann. Er war im Bundestagswahlkampf 2002 in einen antisemitischen Furor ausgebrochen und ließ an Millionen von Haushalten Flyer verschicken, in denen er den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon und den Vizepräsidenten des *Zentralrats der Juden*, Michel Friedman, als das Haupthindernis für einen Frieden im Nahen Osten darstellte, nachdem er schon zuvor Verständnis für palästinensische Selbstmordattentate geäußert hatte. Er warf den beiden vor, sie selbst würden den Antisemitismus im Land anfeuern – das klassische antisemitische Stereotyp, wonach Jüdinnen und Juden selbst schuld an ihrer Verfolgung seien. Den Grünen-Abgeordneten Jamal Karsli, der behauptete, die israelische Armee wende Nazi-Methoden an und vergifte das Trinkwasser der Palästinenser:innen, nahm Möllemann demonstrativ in seine Partei auf. Nach Erkenntnissen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes hat die von Möllemann ausgelöste Antisemitismusdebatte vorübergehend zu einer Stärkung der rechtsextremistischen Szene geführt.⁴⁴

Die Wiederkehr der Selbstviktimisierung

Der Konflikt um die Deutung der NS-Vergangenheit, um die Erinnerungskultur in Deutschland, hat sich seit der sogenannten Wiedervereinigung verschärft. Im Historikerstreit der 1980er Jahre wurden die Angriffe auf die historische Wahrheit noch zurückgewiesen, heute sind sie in den politischen Mainstream eingedrungen – nicht zuletzt durch die Attacken von postkolonialer Seite und im israelbezogenen Antisemitismus. Dieser Umbruch kündigte sich in der Neubewertung des 8. Mai anlässlich seines 50. Jahrestages 1995 an, in den Debatten um die Wehrmachtsausstellung, Goldhagen und Walser und mündet in die neu-alte Frage, ob nicht doch die nicht-jüdischen Deutschen die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus gewesen sind.

Schon an der Schwelle zum neuen Jahrtausend war der ausgeprägte Hang der Deutschen, sich selbst als Opfer des Nationalsozialismus bzw. der Alliierten zu sehen, wie das auch in Walsers larmoyanter Rede in der Paulskirche angeklungen war und wie man das aus den unmittelbaren Nachkriegsjahren kennt, kräftig aufgelebt. Eine Vielzahl von Büchern sowie Film- und Fernsehproduktionen widmete (und widmet) sich verstärkt dem Leiden der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung im Zweiten

Weltkrieg. In Büchern wie *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945* (2002) werden Luftschutzbunker zu „Krematorien“ und die Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten zum „Vernichtungskrieg“ – die sprachliche Gleichsetzung mit der Schoah läuft auf ihre Verharmlosung hinaus.

Nicht nur extreme Rechte demonstrieren anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 gegen den „Bombenholocaust“. Der Zweiteiler *Die Flucht* (2007) thematisiert die Leiden der Deutschen am Beispiel einer landadligen Familie, die aus Ostpreußen flieht – die Antwort auf die US-Fernsehproduktion *Holocaust* von 1979. Ein weiteres unter vielen Beispielen: Die TV-Serie *Unsere Mütter, unsere Väter* (2013). „Zwar zählt zu den fünf Freunden auch der (Alibi-)Jude Viktor, allerdings beschränkt sich seine Funktion auf diskretes Verschwinden. [...] Und so ist die Trilogie eine Offenbarung für alle, die schon immer wussten, dass nicht nur die Juden, sondern auch und vor allem die Deutschen Hitler zum Opfer fielen“, urteilte Jennifer Nathalie Pyka in der *Jüdischen Allgemeinen*.⁴⁵ Noch deutlicher kritisierte den Film der Historiker Ulrich Herbert in der *taz*: „Unsere Väter und unsere Mütter waren eben nicht nur junge Leute, die einfach nur leben wollten, es wegen des Krieges aber nicht konnten, wie es der Film suggeriert. Es handelte sich um eine hoch ideologisierte, politisierte Generation, die den deutschen Sieg, den Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands wollte, weil sie ihn für richtig hielt.“⁴⁶

Parallel dazu wurde die Forderung laut, dass man doch endlich auch einmal über die deutschen Opfer sprechen müsse und dürfe, die Opfer der Bombardements und der Vertreibung, als wäre das nicht längst der Fall gewesen. Diese geschichtsverzerrenden künstlerischen und schriftstellerischen Darstellungen bedienen, ob nun intendiert oder „nur“ geschichtsvergessen, das Bedürfnis, endlich einmal über die Opfer der Deutschen schweigen zu dürfen und die Erinnerungskultur so umzuschreiben, damit sie, wie ihre Gegner:innen meinen, einer positiv aufgeladenen nationalen Identität nicht mehr im Wege steht.

- 1 Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland. München 2001, S. 46, 93.
- 2 Osmar White: Die Straße des Siegers. Eine Reportage aus Deutschland 1945, München 2005. Ganz ähnlich forderte 1965 z. B. der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß während der Bundestagdebatte um die Aufhebung der Verjährungsfrist von Mord, dass es nicht länger so aussehen dürfe, „als ob nur die Deutschen alleine Kriegsverbrechen begangen hätten“.
- 3 Vgl. Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Besatzer, Deutsche und Juden in der Nachkriegszeit. In: Erinnern oder Verweigern, Dachauer Hefte 6. München 1990, S. 26.
- 4 Vgl. Kapitel „Du warst doch in Kaunas!“, S. 8
- 5 Vgl. Kapitel „Du warst doch in Kaunas!“, S. 8
- 6 Nach der Gründung des Staates Israel 1948 findet die Schuldumkehr häufig im Kontext des israelbezogenen Antisemitismus statt, indem behauptet wird, ohne Israel gäbe es keinen Antisemitismus. 2018 sorgte Mahmud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, mit seiner antisemitischen Rede vor dem Palästinensischen Nationalrat für Empörung, als er behauptete, der Holocaust sei durch das „soziale Verhalten“ der Juden ausgelöst worden.
Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mahmoud-abbas-gibt-juden-schuld-am-holocaust-a-1205676.html>.
- 7 Wolfgang Benz: Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus. Erinnerung, Amnesie, Abwehr. In Erinnern oder Verweigern, Dachauer Hefte 6. München 1990, S. 17–19.
- 8 Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 594.
- 9 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 24–25.
- 10 Dass auch Adenauer nicht frei von antisemitischen Ressentiments war, zeigte sich in einem Interview von 1966. Von Günter Gaus nach den Motiven seiner „Wiedergutmachungspolitik“ befragt, sprach Adenauer von „viel Unrecht, das die Deutschen den Juden getan hatten, und das irgendwie gesühnt werden müsse. Dann fügte er im Duktus des modernen Antisemitismus, der eine jüdische Allmacht insinuiert, hinzu: „Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“ <https://monde-diplomatique.de/artikel/15675078>
- 11 So sprach Adenauer, besorgt über die Reaktionen im westlichen Ausland, in seiner Rundfunksprache im Januar 1960 im Zusammenhang mit der Schändung der Kölner Synagoge von einem „Lümmel“, der „eine Tracht Prügel“ verdienen würde.
- 12 <https://www.spiegel.de/geschichte/hakenkreuz-antisemitismus-in-der-nachkriegszeit-a-1006236.html>
- 13 Dazu zählen u.a. der Doppelmord an dem Rabbiner Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke im Jahr 1980 in Erlangen, die Tötung der Schoah-Überlebenden Blanka Zmigrod 1992 in Frankfurt am Main, der Sprengstoffanschlag in Düsseldorf Wehrhahn im Juli 2000 mit sechs jüdischen Todesopfern und ein verhindertes Sprengstoffanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum am Münchner St. Jakobsplatz im November 2003.
- 14 Ein wichtiger Vorläufer war die ab 1959 in mehreren deutschen Städten gezeigte Wanderausstellung „Ungesühnte Justiz“, die die Verjährung von NS-Verbrechen und die Weiterbeschäftigung von Nazi-Richtern anprangerte und eine gezielte Strafverfolgung von NS-Tätern forderte. Ihr Initiator und Hauptautor war der Westberliner Student Reinhard Strecker, Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Die Ausstellung gilt auch als eine Initialzündung für die Auseinandersetzung der westdeutschen Studentenbewegung mit der NS-Vergangenheit. Ende der 1950er Jahre wurde in Ludwigsburg die Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen eingerichtet, nachdem 1958 in Ulm der erste Prozess gegen Angehörige von SS-Einsatzgruppen stattgefunden hatte.
- 15 <https://www.spiegel.de/politik/feindliches-ausland-a-35891a2a-0002-0001-0000-000009205805>
- 16 In der Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts überwogen mit 60 Prozent die Stimmen der Verjährungsbefürworter:innen. Die Mehrheit von ihnen begründete ihre Haltung damit, dass „auch die ehemaligen Kriegsgegner Verbrechen begangen“ hätten. Vgl. https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2006_2_1_kittel.pdf
- 17 Shulamit Volkov: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2022, S. 266–267.
- 18 „K“ steht hier für „kommunistisch“.
- 19 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/kultur/literatur/die-westdeutsche-linke-und-ihr-antisemitismus-der-brand-im-juedischen-altersheim/25319476.html>. Vier Jahre später trennten zwei deutsche Mitglieder der Revolutionären Zellen in einem von palästinensischen Terroristen entführten Flugzeug in Entebbe in Uganda die Passagiere in Juden und Nichtjuden. Dies wurde immer wieder mit der Selektion in Auschwitz verglichen.
- 20 Vgl. https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Amer_y_der_ehrbare_Antisemitismus_mit_Vorwort_Gess.pdf
- 21 Kurz vor der Gedenkfeier am 5. September 2022 in München gab es doch noch eine Einigung über die Entschädigungszahlungen und darüber, dass eine unabhängige Expertenkommission die Geschehnisse aufarbeiten solle. Die Hinterbliebenen sagten daraufhin ihre Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zu. Siehe <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240774377/Olympia-1972-Einigung-im-Entschadigungsstreit-um-Olympia-Attentat.html>
- 22 Eva Gruberová, Marc Grimm: Zeitzeugen und Gegenwartszeugen. Möglichkeiten emotionalen Lernens anhand von Biografien in der historischen und politischen Bildungsarbeit. In Julia Bernstein, Mark Grimm, Stefan Müller (Hg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln, Frankfurt am Main 2022, S. 227.
- 23 Vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Antisemitismus_\(nach_1945\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Antisemitismus_(nach_1945))
- 24 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/308821/befreiung-vom-nationalsozialismus-und-endes-zweiten-weltkriegs-in-europa/>

- 25 <https://www.tagesschau.de/inland/rede-vonweizsaecker-wortlaut-101.html>
- 26 Jürgen Habermas: Vom öffentlichen Gebrauch von Historie. In: Ders.: Eine Art Schadensabwicklung. Frankfurt am Main 1987, S. 137 ff.
- 27 In diesem Zusammenhang stand auch Kohls Redewendung von der „Gnade der späten Geburt“, die er als Regierungskchef 1984 bei seinem Besuch in Israel benutzte. Er stellte sich vor „als einer, der in der Nazizeit nicht in Schuld geraten konnte, weil er die Gnade der späten Geburt und das Glück eines besonderen Elternhauses gehabt hat.“ <https://www.spiegel.de/politik/verschwiegene-ent-eignung-a-976d7e96-0002-0001-0000-000013519977>
- 28 Vgl. Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will, FAZ, 6. 6. 1986.
- 29 Vgl. Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung, Die Zeit, 11. 7. 1986.
- 30 Vgl. Joachim Fest: Die geschuldete Erinnerung, FAZ, 29. 8. 1986. Ähnlich wie damals geht es in den aktuellen, postkolonialen Angriffen auf die Erinnerung u. a. darum, die Beispiellosigkeit der Schoah in Frage zu stellen, falsche kausale Zusammenhänge herzustellen und die Schoah zu universalisieren. Gingen beim Historikerstreit solche Angriffe vom konservativen Lager aus, werden sie heute von progressiven, linksliberalen Akteur:innen geführt.
- 31 Vgl. Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen, Berlin 2001, S. 321. 1988 schaltete sich in die Diskussion um die Vergleichbarkeit der Schoah Dan Diner mit seinem Buch „Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz“ ein, vgl. hierzu Kapitel *Was war die Schoah?*, S. 16.
- 32 Die Gleichsetzung spiegelt sich z. B. in der Theorie des „doppelten Genozids“ wider, die vor allem in Litauen populär wurde und zwischen den Verbrechen am litauischen Volk durch das Sowjetregime und dem Genozid an den Juden – den man auf die deutsche Alleinschuld zurückführt – nicht unterscheidet. In der Behauptung eines „doppelten Genozids“ drückt sich eine nationale Geschichtspolitik aus, die den antisowjetischen Widerstand in Litauen glorifiziert und die Beteiligung vieler nichtjüdischer Litauer:innen an der Verfolgung und Ermordung der litauischen Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkrieges verharmlost oder verschweigt.
- 33 Vgl. <https://hubertus-knabe.de/opfer-zweiter-klasse/>
- 34 Bei ihrer Rede zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2004 bezeichnete die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete Nazismus und Kommunismus als „gleichermaßen verbrecherisch“. Salomon Korn, damals Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, verließ daraufhin aus Protest den Saal.
- 35 Gut beobachten lässt sich das unter anderem im *Museum der Opfer des Genozids* im litauischen Vilnius oder im *Haus des Terrors* in Budapest, wo es nur am Rande um die Schoah geht.
- 36 Salomon Korn: Die fragile Grundlage. Auf der Suche nach der deutsch-jüdischen „Normalität“, Berlin 2004, S. 176.
- 37 Die zweite Ausstellung wurde im November 2001 in Berlin eröffnet und trug den Titel „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“.
- 38 <https://www.welt.de/print-welt/article634515/Proteste-und-Hysterie-um-Wehrmacht-Ausstellung.html>
- 39 <https://taz.de/CSU-Dieses-Bild-bedroht-Deutschland/!1413150/>
- 40 Einen ähnlichen Vorwurf äußerte 1987 der damalige Direktor des Münchner *Instituts für Zeitgeschichte*, Martin Broszat, gegenüber dem israelischen Historiker Saul Friedländer. In einem Briefwechsel mit Friedländer stellte Broszat die These auf, Friedländer könne als Nachfahre von Holocaust-Überlebenden keine wissenschaftlich gebotene Distanz zu der damaligen Zeit aufbringen. Mit seiner eigenen NSDAP-Vergangenheit hatte Broszat offenbar keine Probleme bezüglich wissenschaftlich gebotener Distanz.
- 41 Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/der-soziologe-als-scharfrichter-a-e0706afa-0002-0001-0000-000008909530> Über den Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel, der Goldhagens Buch lobte, schrieb der Autor zynisch: „Es versteht sich, dass der Nobelpreisträger Elie Wiesel Goldhagens Buch für einen ‚riesigen Beitrag zum Verständnis des Holocaust‘ erklärt. Wiesel erforscht nichts Anderes.“
- 42 63 % wünschten sich 1998 laut zdf.info einen Schlusstrich. <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/martin-walserpaulskirchenrede-so-nicht-mehr-halten-a-1031674.html>
- 43 <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/martin-walserpaulskirchenrede-so-nicht-mehr-halten-a-1031674.html>
- 44 Vgl. <https://www.derstandard.at/story/976381/deutsche-antisemitismus-debatte-bekraeftigt-rechtsextreme-szene>. Möllemann war nicht der einzige Politiker, der sich fragwürdig zu Israel äußerte. Der frühere Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) warf Israel einen „hemungslosen Vernichtungskrieg“ vor. 2004 stimmten 68 Prozent der befragten Deutschen der Aussage „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ zu. Blüms Parteifreund Martin Hohmann wurde wegen einer offen antisemitischen Rede im Bundestag zwar aus der CDU ausgeschlossen (etwa jeder Fünfte stimmte jedoch gegen seinen Ausschluss.), kehrte später aber als Mitglied der AfD-Fraktion wieder in den Bundestag zurück. An Israel arbeiten sich auch Vertreter von SPD, Grünen und der Linkspartei ab – etwa Inge Höger, die als Linke-Bundestagsabgeordnete 2010 mit zwei Parteifreunden an Bord einer „Gaza-Solidaritätsflotte“ die israelische Seeblockade des Gaza-Streifens durchbrechen wollte. Islamistische Organisationen hatten die Aktion gesteuert, die blutig endete.
- 45 <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/opferneid-als-dreiteiler/>
- 46 <https://taz.de/Unsere-Muetter-unsere-Vaeter/!5070893/>

Exkurs III

Der Wandel der
Erinnerungskultur am Beispiel
des Umgangs mit dem
ehemaligen KZ Dachau



Das KZ Dachau war eines der ersten „offiziellen“ Konzentrationslager in NS-Deutschland. Eingerichtet am 22. März 1933, bestand es als einziges Lager während der gesamten zwölf Jahre Nationalsozialismus und wurde zum „Modell“ für alle anderen Konzentrationslager. Mehr als 200.000 Gefangene waren im Stammlager Dachau und seinen Außenlagern inhaftiert, mindestens 41.500 von ihnen starben an Hunger, Krankheiten, Folter, Mord und den Folgen der KZ-Haft. Am 29. April 1945 wurde das Lager durch Einheiten der US-amerikanischen Armee befreit. Die amerikanische Militärregierung nutzte das ehemalige Häftlingslager zunächst als Displaced Persons Camp. Eine Reihe jüdischer Dachau-Überlebenden schlossen sich der Organisationen der *She'arit Hapleta*, des „Rests der Überlebenden“, an, einige bildeten die Spitze des *Zentralkomitees der befreiten Juden in Bayern*, das jüdische Überlebende in der gesamten US-Zone repräsentierte. Ab Juli 1945 diente das Areal des ehemaligen Konzentrationslagers als Internierungslager für NS-Täter, 1948 ließ dort die Bayerische Staatsregierung ein Flüchtlingslager einrichten. Die 1965 errichtete KZ-Gedenkstätte Dachau befindet sich auf einem kleinen Teil der Gesamtfläche des ehemaligen KZ, der das ehemalige Häftlingslager und dessen Zugangsbereich, das Areal der Krematorien sowie den außerhalb gelegenen ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen, den KZ-Ehrenfriedhof Leitenberg und die Gräber auf dem Waldfriedhof umfasst. Wie die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg befindet sich die Gedenkstätte Dachau seit 2003 in der Trägerschaft der *Stiftung Bayerische Gedenkstätten*.

Als ehemalige Schauplätze von NS-Verbrechen, Gedenkort und Friedhöfe für die Opfer des Nationalsozialismus nehmen die KZ-Gedenkstätten in der öffentlichen Erinnerung einen besonderen Platz ein. Sie sind Ergebnis jahrelanger, zum Teil heftiger geschichtspolitischer Kontroversen um den Umgang mit der Vergangenheit, symbolisieren den offiziellen Erinnerungskonsens, der durch die negative Abgrenzung zum Nationalsozialismus und das Bekenntnis Deutschlands zu seiner historischen Schuld und Verantwortung bestimmt ist. Im Umgang mit dem früheren Konzentrationslager Dachau und in der Geschichte der Nutzung seines Areals und der Gebäude nach 1945 spiegelt sich die Entwicklung der bundesdeutschen bzw. bayerischen Erinnerungskultur wider.

Wie an anderen Orten nationalsozialistischer Verbrechen konfrontierten die US-Soldaten unmittelbar nach der Befreiung einen Teil der Dachauer Bevölkerung mit den Verbrechen im Lager. Gruppen prominenter Dachauer Bürger:innen wurden durch das Lagergelände geführt, sahen die Leichenberge bei den Krematorien, während Fotograf:innen und Signalcorps der US-Armee ihre Reaktionen dokumentierten. Tagelang mussten ehemalige NSDAP-Mitglieder die Toten auf offenen Fuhrwerken durch die Stadt zu Massengräbern am Leitenberg fahren und bestatten. Diese als

Re-Education intendierte Maßnahmen der USA gruben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Dachauer Bevölkerung ein, bestärkten sie in ihrer Abwehrhaltung sowie in der Überzeugung, selbst Opfer Hitlers gewesen und nun auch noch Opfer der amerikanischen „Besatzer“ zu sein. Über die einst enge verwaltungstechnische und wirtschaftliche Verflechtung zwischen Stadt und Lager wurde geschwiegen. Mitglieder des *Psychological Warfare Branch* der 7. US-Army stellten in ihrem Bericht über die Dachauer Bevölkerung fest, dass im Umgang mit dem ehemaligen Lager und den Häftlingen „Teilnahmslosigkeit, Distanz und Ablehnung“ dominieren würden.¹ Die Befreier:innen waren sich zudem sicher, dass es in Dachau niemanden gegeben habe, der nicht hätte wissen oder ahnen können, dass im Lager furchtbare Verbrechen geschahen.² Das Schweigen und Leugnen – die erste Reaktion der allermeisten Deutschen nach Kriegsende – prägten auch in späteren Jahren die Abwehr von Erinnerung und die Angriffe auf die KZ-Gedenkstätte.

Ab Juli 1945 diente das Areal des ehemaligen Konzentrationslagers als Internierungslager für NS-Täter. Anfang 1948 stellte der bayerische Landtag Überlegungen an, auf dem Gelände ein Arbeitslager für „asoziale Elemente“ einzurichten. Dazu kam es trotz eines in ihrem Bemühen um das Vergessen einstimmigen Beschlusses aller politischer Parteien nicht, denn die Behörden benötigten die ehemaligen Häftlingsbaracken zur Unterbringung von sogenannten volksdeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten. Das bis Mitte der 1960er Jahre bestehende Flüchtlingslager bzw. die „Wohnsiedlung Dachau-Ost“ umfasste Unterkünfte, Geschäfte, eine Schule und sogar eine Gaststätte, die wegen ihrer räumlichen Nähe zu den beiden Krematorien den Namen „Gaststätte zum Krematorium“ trug – ein beredtes Zeugnis für den geschichtsvergessenen Umgang mit der Geschichte des Ortes. Es gab aber auch gegenläufige Aktionen: Etwa die Neugestaltung des Friedhofs am Leitenberg, finanziert aus den Mitteln des Landesentschädigungsamtes, oder eine Ausstellung im Krematorium, von einem Überlebenden und Mitarbeiter des Landesentschädigungsamtes konzipiert, zu der eigens ein Zufahrtsweg mit Förderung des Freistaates Bayern gebaut worden war. Dem US-amerikanischen Historiker Harald Marcuse zufolge darf man daraus jedoch nicht schließen, dass die ehemals Verfolgten ein hohes Ansehen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gehabt hätten. „Vielmehr war Dachau ein Dorn im Auge des Staates, und sobald es nicht mehr in den ausländischen Schlagzeilen war, versuchte man wieder, es aus der öffentlichen Erinnerungspflege verschwinden zu lassen.“³ Eine von der *Arbeitsgemeinschaft Dachau* geplante Gedenkfeier im April 1951 wurde – der Kalte Krieg hatte an Fahrt aufgenommen – als „kommunistisch“ diffamiert. Die Bayerische Staatsregierung war damit beschäftigt, in derselben Zeit eine „Gedenkwoche für die deutschen Kriegsgefangenen“ zu veranstalten. Eine Medienkampagne, ausgehend von der *Süddeutschen Zeitung*, wurde im Januar 1952 gegen die Ausstellung im Krematorium entfacht. Als die Gedenkstätten im Herbst

1952 aus der Verantwortung des Landesentschädigungsamtes, dessen Vorsitzenden Philip Auerbach eine antisemitische Kampagne in den Suizid trieb, wieder an die Staatliche Verwaltung der bayerischen Schlösser, Gärten und Seen übergang, – schon diese skurril anmutende Zuordnung lässt tief blicken – war es so weit: Am 12. Mai 1953 wurde die Ausstellung im Krematorium geräumt, zwei Jahre später forderte der Dachauer Landtagsabgeordnete Heinrich Junker (CSU) den Abriss der Krematorien. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Baumgartner (Bayernpartei) unterstützte ihn. Mit der „Diffamierung des Dachauer Landes“ müsse Schluss gemacht werden, erklärte er auf dem Dachauer Volksfest. Daraus wurde jedoch nichts, weil das Zusatzabkommen zu den Pariser Verträgen 1955 die Unantastbarkeit der Grabstätten von Opfern des NS-Regimes festlegte.⁴ Junker ließ daraufhin alle Wegweiser zu dem Gedenkort entfernen. Die Einstellung der bayerischen Mehrheitsgesellschaft drückte 1960 der damalige Dachauer Bürgermeister, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, einem englischen Zeitungskorrespondenten gegenüber aus: Er erklärte, in dem KZ seien nicht nur Helden gewesen, sondern auch politische Gegner, die illegal gegen die Regierung opponiert hätten.

Im Zuge des Eichmann-Prozesses in Jerusalem 1961 sowie der Frankfurter Auschwitzprozesse von 1963 bis 1965⁵ begann sich das gesellschaftliche Klima langsam zu wandeln. Nach jahrelangem Ringen gelang es dem *Comité International de Dachau*, der Organisation der Dachau-Überlebenden, mit Unterstützung von Bürgerinitiativen und einzelner Persönlichkeiten, die feindselige Abwehrhaltung in der Politik des neuen demokratischen Staates zu überwinden. Am 9. Mai 1965 wurde die KZ-Gedenkstätte Dachau feierlich eröffnet, in der Folgezeit stand sie im Fokus extrem rechter Angriffe. Im Januar 1966 hetzte die *Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung* unter der Schlagzeile „Gaskammer-Schwindel aufgedeckt [...] Wie war es wirklich in Dachau?“ gegen den Erinnerungsort. Im selben Monat beschimpften Dachauer Gymnasiast:innen Ehrenamtliche der *Aktion Sühnezeichen*, die in der Gedenkstätte gearbeitet hatten, sie würden „unnötig in der Vergangenheit [...] wühlen“. Im November 1966, kurz vor den bayerischen Landtagswahlen, hängte die NPD Plakate auf an der Zufahrtsstraße zur Gedenkstätte auf, nach der Wahl wurde der jüdische Gedenkstein auf dem Waldfriedhof in Dachau beschmiert, ein halbes Jahr später auch der Gedenkstein auf dem Leitenberg im Dachauer Stadtteil Etzenhausen, wo in den Massengräbern etwa 7000 ehemalige KZ-Häftlinge beerdigt liegen.⁶

1968, auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte in der BRD, protestierte eine Gruppe junger Menschen während der Einweihung des internationalen Mahnmals gegen den Umgang mit der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik und die Prügelattacken der Berliner Polizei auf demonstrierende Student:innen. Sie führten ein Transparent mit der Aufschrift „Dachau grüßt Hitlers Erben“ mit sich. Die

Verharmlosung der NS-Zeit und die Instrumentalisierung der Gedenkstätte für eigene politische Zwecke wurden von auf der Gedenkfeier anwesenden Überlebenden, gleichwohl sie Sympathien mit dem Anliegen der jungen Demonstrant:innen zeigten, energisch zurückgewiesen.

In den 1970er Jahren bekam die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit neue Impulse. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen begannen, sich verstärkt mit lokalen Spuren der sogenannten vergessenen Lager sowie mit bislang marginalisierten Opfergruppen zu beschäftigen. Eine solche Graswurzel-Geschichtsbewegung entstand auch in Bayern. Als Beispiel dafür kann man den ehemaligen Dachauer KZ-Außenlagerkomplex Kaufering bei Landsberg am Lech nennen: 1944 deportierten die Deutschen in die elf Außenlager mehr als 23.000 überwiegend jüdische Häftlinge aus Vernichtungslagern und Ghettos im Osten zur Vernichtung durch Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie. Das Gelände von zehn Lagern wurde völlig überbaut. Außer den Massengräbern erinnert dort heute kaum etwas mehr daran, dass sie zu einem Ort der Schoah geworden sind. Nur noch Reste des ehemaligen Lagers Kaufering VII sind dank einer privaten Initiative vorhanden – der Freistaat Bayern förderte die Erhaltung der Tonflaschenbunker mit einer kargen Summe, zur Schaffung einer angemessenen Gedenkstätte kam es trotz jahrelanger Gespräche nicht. Ähnlich verhielt es sich mit dem ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen, auf dem in den Jahren 1941 und 1942 mehr als 4000 kriegsgefangene Rotarmisten, darunter viele Juden, von der Dachauer Lager-SS erschossen worden waren. Der Ort verfiel und wäre völlig in Vergessenheit geraten, wenn nicht Bürgerinitiativen und NS-Opfer-Verbände immer wieder an dieses Verbrechen erinnert hätten. Erst 2014 wurde der SS-Schießplatz als Gedenkort mit finanzieller Hilfe des Bundes und des Landes Bayern gestaltet und der KZ-Gedenkstätte Dachau eingegliedert. Überhaupt – und das war auch in der Gedenkstättenarbeit lange spürbar – spielte die Erinnerung an den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden in der Geschichtspolitik der Bundesrepublik bis weit in die 1980er Jahre hinein eine marginale Rolle. Erst die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie *Holocaust* im Januar 1979⁷ erzwang eine Korrektur in der allgemeinen Wahrnehmung. Fortan konnte die Schoah, die im Zentrum national-sozialistischer Ideologie und Staatspolitik stand, nicht mehr ausgeblendet werden.

Hungerstreik deutscher Sinti 1980

Am 4. April 1980 traten zwölf Sinti, unter ihnen vier KZ-Überlebende, in der evangelischen Versöhnungskirche an der KZ-Gedenkstätte Dachau in einen einwöchigen Hungerstreik. Sie verlangten die Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti:zze und Rom:nija und protestierten gegen den nach 1945 fortgesetzten Antiziganismus bayerischer Behörden, der sich unter anderem in der polizeilichen Sondererfassung von Sinti:zze und Rom:nija auf der Grundlage von Naziakten niederschlug. Der Protest löste eine große Sympathiewelle im In- und Ausland aus. Unter anderem beabsichtigten die Streikenden, in Dachau ein Kulturzentrum einzurichten. Der Stadtrat lehnte mit der Begründung ab, dass die Dachauer:innen schon an der KZ-Gedenkstätte schwer genug zu tragen hätten. Aber: „Als kleine diskriminierte Minderheit teilen die Dachauer Bürger das bedauernswerte Schicksal der Zigeuner“, erklärte der damalige Oberbürgermeister Lorenz Reitmeier. Schließlich räumte die Landesregierung ein, dass Diskriminierungen von Sinti:zze und Rom:nija abgebaut werden müssten. Zwei Jahre später erkannte die Bundesregierung den NS-Völkermord an einer halben Million Sinti:zze und Rom:nija an.

Von links oben:
Pepi Schopper, Brala Ernst,
Wallani Georg;
unten Romani Rose,
Jakob Bamberger

Foto: Zentralrat
Deutscher Sinti und Roma



1981 wollte ein Verein eine Internationale Jugendbegegnungsstätte gründen, die den jugendlichen Besuchern der Gedenkstätte Unterkunft und eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Geschichte des Konzentrationslagers bieten sollte. Der Kampf darum dauerte 17 Jahre lang. CSU-Politiker schworen, eine solche „Vergangenheitsbewältigungsstätte“ bis „auf den letzten Blutstropfen“ zu bekämpfen und ließen im Bierzelt über das Vorhaben – mit dem erwünschten Resultat – abstimmen. Letztlich aber scheiterten sie. Erst 1995, dreißig Jahre nach der Eröffnung der Gedenkstätte, besuchte erstmals ein bayerischer Ministerpräsident, Edmund Stoiber, die Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung des KZ.

Zu einem besonders gravierenden und nie aufgeklärten antisemitischen Übergriff auf die KZ-Gedenkstätte Dachau kam es wenige Tage nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001. In der Nacht auf den 16. September beschmierten Unbekannte die Außenwände der beiden rekonstruierten Häftlingsbaracken mit Parolen wie: „Die USA die Bomben + Gas + Abfackelmeister von Vietnam sind verlogene ölgierige Judenwichser“, „Deutsche Politiker sind Juden + Amilakaien“, „Die Juden wollen im 3. Weltkrieg ausgerottet werden“ oder „Der Jud ist verantwortlich für die Moslemterroristenanschläge in den USA“ – offenbar eine Anspielung auf das weitverbreitete antisemitische Verschwörungsnarrativ, wonach „die Juden“ bzw. der israelische Geheimdienst Mossad hinter dem von Islamisten verübten Terroranschlag in New York stünden. Die beiden Präsidiumsmitglieder des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und Michel Friedmann, wurden namentlich erwähnt, beleidigt und bedroht.

Doch KZ-Gedenkstätten sahen sich auch mit Angriffen aus dem Spektrum der demokratischen Parteien konfrontiert, die die nationalsozialistische Vernichtungspolitik relativierten. Zum Beispiel 2004, als die CDU/CSU-Fraktion ein „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ forderte. Der damalige Vizepräsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Salomon Korn, kritisierte, dass das Unionskonzept auf eine Einebnung der Unterschiede zwischen SED-Sozialismus und Nationalsozialismus hinauslaufe.⁸ Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland konnte mit Unterstützung aus dem In- und Ausland die beabsichtigte Parallelisierung von DDR-Unrecht und NS-Verbrechen in der Erinnerungspolitik verhindern.

In der Nacht auf den 2. November 2014 stahlen mehrere Täter:innen, die nie gefunden wurden, das schmiedeeiserne Eingangstor des KZ Dachau mit dem zynischen Schriftzug „Arbeit macht frei“. Mehr als zwei Jahre später wurde das Relikt im norwegischen Bergen aufgefunden und nach Dachau zurückgebracht. Diese massive Angriff auf die Gedenkstätte hatte international große Empörung ausgelöst.

Auch heute sind KZ-Gedenkstätten vielfältigen Angriffen ausgesetzt – gerade auch im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl geschichtsrevisionistischer Umdeutungsversuche und antisemitischer Vorfälle und Straftaten in Deutschland. Dachau und andere KZ-Gedenkstätten müssen ihren Anspruch als Gedenk- und Lernorte in den Umbrüchen der europäischen Erinnerungskultur verteidigen und auf das bevorstehende Ende der Zeitzeugenschaft und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft reagieren. Die Erinnerungskultur ist gegenwärtig Attacken auf die Präzedenzlosigkeit der Schoah ausgesetzt, und das in einem gesellschaftlichen Klima, in dem die Mehrheit der Menschen denkt, dass es nun aber doch genug sei mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen und ein Schlussstrich gezogen werden solle.

2019 drehte der wegen Holocaustleugnung verurteilte Videoblogger Nikolai Nerling hinter dem Gedenkstättengelände ein Video gegen den vermeintlichen deutschen „Schuld kult“, in dem er sagte: „Ich fühle mich nicht schuldig. Geht zu Gedenksteinen, geht zu Lagern und sagt, dass ihr euch nicht schuldig fühlt. Für ein freies Deutschland und gegen den Schuld kult.“ Einer Gruppe von Schüler:innen erzählte er, sie sollten nicht alles glauben, was ihnen hier erzählt werde. Als „Schuld kult“ bezeichnen (nicht nur) Rechte vor allem das Gedenken an die Schoah, das sie als eine Demütigung und Unterdrückung der deutschen Nation ansehen. Der vermeintliche „Schuld kult“ wird als ein von äußeren Mächten gesteuerter Angriff auf die deutsche Nation verstanden, der man angeblich immer wieder die historische Schuld an der Schoah und anderen NS-Verbrechen vorwerfe, um sie moralisch kleinzuhalten und materiell auszunutzen – z. B. durch die Auftritte von Schoah-Überlebenden, die Existenz von KZ-Gedenkstätten, durch Gedenkinitiativen, Stolpersteine und ähnliches.

Seit der Einführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid 19-Pandemie bekommt die KZ-Gedenkstätte Dachau die Wut von Impfgegner:innen und sogenannten Querdenker:innen zu spüren. Etliche Besucher:innen verglichen die Pandemiemaßnahmen mit Naziverbrechen, setzten sich mit verfolgten NS-Opfern gleich und missbrauchten damit das ehemalige KZ Dachau für ihre eigene Agenda.

- 1 Gabriele Hammermann: Das Kriegsende in Dachau. In: Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte, Bernd-A. Rusinek (Hg.), Göttingen (Wallstein Verlag) 2004, S. 41.
- 2 Sybille Steinbacher: Das eine und das andere Dachau. Die Stadt und ihr Konzentrationslager. In: Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Wolfgang Benz und Angelika Königseder (Hg.), Berlin (Metropol Verlag) 2008, S. 42.
- 3 Harald Marcuse: Der mühevolle Weg zur Gedenkstätte 1945–1968. In: ebd, S. 169–170.
- 4 Ebd., S. 171.
- 5 Vgl. Kapitel *Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945*, S. 70.
- 6 Zu einem internationalen Skandal um diesen Ort war es schon 1949 gekommen, als beim Sandabbau auf dem Hügel Knochen freigelegt wurden, die ein ehemaliger Häftling bei einem Spaziergang entdeckte. Der völlig vernachlässigte Ort machte Schlagzeilen in den USA, bayerische Staatsregierung und Stadt Dachau schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu – und wurden dann nur auf Druck der internationalen Öffentlichkeit tätig. Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/dachau-kz-leitenberg-1.5153746>
- 7 Vgl. Kapitel *Angriffe auf die Erinnerung und Umgang mit der Schoah seit 1945*, S. 70.
- 8 Vgl. ebd., S. 70.



Begrifflicher Rahmen und Kategorien

RIAS Bayern verifiziert antisemitische Vorfälle im Austausch mit den Meldenden und erfasst sie danach systematisch. Dieses Verfahren ermöglicht es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Bayern zu treffen. Im Folgenden werden die Definitionen und Kriterien vorgestellt, auf denen die Analysen beruhen. RIAS Bayern berücksichtigt dabei neben antisemitischen Straftaten auch antisemitische Vorfälle, die keinen justiziablen Tatbestand erfüllen.

Als inhaltlicher Referenzrahmen zur Bewertung antisemitischer Vorfälle dient die unter anderem von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde in einer von RIAS Berlin und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin dem deutschsprachigen Kontext geringfügig angepassten Fassung von RIAS Bayern übernommen. RIAS Bayern orientiert sich zudem an der 2013 von der IHRA verabschiedeten „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“. Bei der Unterscheidung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und nicht-antisemitischer Kritik an der Politik israelischer Regierungen wird außerdem die von Natan Sharansky vorgeschlagene Trias von Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards (der sogenannte 3-D-Test) zugrunde

gelegt. Die Bedeutung der von RIAS Bayern verwendeten Begriffe und Kategorien ist nicht notwendigerweise deckungsgleich mit der Bedeutung der Begriffe und Kategorien, die etwa bei Sicherheitsbehörden Anwendung finden.

Antisemitische Vorfälle werden von RIAS Bayern in verschiedenen Kategorien erfasst. Bei der Weiterentwicklung und Anwendung dieser Kategorien sowie beim Austausch über Auswertungsmethoden steht RIAS Bayern im regelmäßigen Austausch mit dem Bundesverband RIAS e.V. Die im Folgenden beschriebenen, von RIAS Bayern genutzten Kategorien zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und von RIAS Berlin dem deutschen Kontext angepasst.

Art des Vorfalls

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit

antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Schoah-Gedenkorten, also Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, Geschäftsstellen entsprechender Organisationen sowie sonstiger Erinnerungszeichen für die Opfer der Schoah. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden auch antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische (Online-) Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten.

Zur Tätigkeit von RIAS Bayern gehört auch das proaktive Monitoring von Versammlungen mit bekannter bzw. zu vermutender antisemitischer Ausrichtung durch Vor-Ort-Beobachtungen und Analyse der relevanten Hintergründe und Berichterstattung. Werden bei Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder in der

Ankündigung anhand der beschriebenen Kriterien antisemitische Inhalte festgestellt, wird die Versammlung als ein Fall von verletzendem Verhalten gewertet.

Erscheinungsformen

Inhaltlich unterscheidet RIAS Bayern bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Im antisemitischen **Othering** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden.

Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen und Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Wird Jüdinnen und Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmäthen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet.

Der **Post-Schoah-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Bayern klassifiziert den politischen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich jedoch auf der Grundlage der Informationen, die dem Projekt vorliegen, dieser politische Hintergrund nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS Bayern zwischen folgenden sieben politischen Spektren:

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem entsprechenden Spektrum verbunden sind. Rechtsextremismus wird als Sammelbegriff verwendet für anti-moderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Verbindendes Element des Rechtsextremismus sind Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, das Streben nach ethnischer Homogenität von Völkern und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus wird hingegen als Sammelbegriff für eine abgemilderte und modernisierte Variante des Rechtsextremismus verstanden. Während der traditionelle Rechtsextremismus die Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, insbesondere Rassismus und Antisemitismus,

vorwiegend biologistisch begründet, bedient sich der Rechtspopulismus vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus verfolgt nicht die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, wie der Rechtsextremismus, sondern ihre autoritäre Umformung und Aushöhlung. Rechtspopulismus wird des Weiteren als eine bestimmte Form politischer Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf die scharfe Abgrenzung von und Entgegensetzung zu bestimmten politischen Eliten abzielt und sich zumindest nach außen hin von rechtsextremen Positionen und Akteur:innen abgrenzt. Bei antisemitischen Vorfällen sind die Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf der Akteur:innenebene, aber insbesondere bei den verwendeten antisemitischen Stereotypen zunehmend schwer auszumachen. Sie werden deshalb unter der gemeinsamen Kategorie rechtsextrem/rechtspopulistisch gezählt. Diese Kategorie umfasst auch Akteur:innen, die sich im oben beschriebenen Sinne nicht auf ein ethnisch-national gedachtes deutsches, sondern auf z. B. ein polnisches, ukrainisches oder türkisches Kollektiv beziehen.

Als **links/antiimperialistisch** wird ein Vorfall klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken, darunter auch fundamentalistische, verbunden sind, und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugerechnet, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum miteinander nicht eindeutig verortet werden.

Auch für das Milieu des **israelfeindlichen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählt RIAS Bayern beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen

sowie Aktivist:innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die im Sinne der RIAS-Kategorien weltanschaulich nicht als rechtsextrem/rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch oder religiös-fundamentalistisch verortet werden können und deren Akteure für sich beanspruchen, eine demokratische Position einzunehmen.

Report Antisemitism!

Contact us if you are **affected** by **antisemitism** or are a **witness** to **antisemitic incidents**!

Our service is **confidential**, **anonymizing**, and we stand unequivocally **at the side** of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы **столкнулись с антисемитизмом** или являетесь **свидетелем антисемитских инцидентов**!

Наша работа **конфиденциальна**, **анонимна** и мы на **стороне потерпевших**.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von **Antisemitismus betroffen** oder **Zeuge** von **antisemitischen Vorfällen** sind!

Wir arbeiten **vertraulich**, **anonymisierend** und **parteilich**.



tel. 089 1 22 23 40 60
rias-bayern.de
info@rias-bayern.de

RIAS Bayern befindet sich in
der Trägerschaft des

VEREIN FÜR **AUFKLÄRUNG**
UND DEMOKRATIE E.V. 

gefördert vom



**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**

Die Veröffentlichungen
stellen keine
Meinungsäußerung
des StMAS dar. Für
inhaltliche Aussagen tragen
die Autor:innen die
Verantwortung.



RIAS Bayern
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauliche Annahme von Meldungen
antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Vermittlung von weitergehenden Unterstützungs-
angeboten (juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenenberatung)

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation
der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen,
Gruppen und Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.rias-bayern.de oder die Telefonnummer 089 12223 40 60 mitteilen.

 facebook.com/RIASBayern  instagram.com/rias_bayern

 twitter.com/Report_Antisem (Account des Bundesverbands)